

A line art illustration on a green background. In the foreground, a stag with large antlers stands facing forward. In the background, there are rolling hills, two birds in flight, and a large wind turbine on the right side.

Naturschutz neu denken und gestalten

EXPERTENFORUM DER DEUTSCHEN WILDTIERSTIFTUNG 2015

**Alle Achtung
vor unseren Tieren.**





Michael Miersch



Hilmar Freiherr von Münchhausen



Harry Neumann



Ralf Fücks



Naturschutz neu denken und gestalten



Fritz Vahrenholt



Josef H. Reichholf



Carsten Wille



Hansjörg Küster



Impressum:

Deutsche Wildtier Stiftung

Christoph-Probst-Weg 4

20251 Hamburg

Telefon 040 9707869-0

Fax: 040 9707869-99

Info@DeutscheWildtierStiftung.de

www.DeutscheWildtierStiftung.de

Alleinvorstand: Prof. Dr. Fritz Vahrenholt

Vorsitzende des Präsidiums: Alice Rethwisch

Spendenkonto:

Bank für Sozialwirtschaft

IBAN DE63251205100008464300

BIC BFSWDE33HAN

Redaktion: Ivo Bozic, Michael Miersch

Konzept & Gestaltung: Zissue GmbH –

Eric Schütz (Art Direktion), Robert Grill

Illustrationen: Roland Brückner / bitteschön.tv

Tagungsfotos: Ludwig Nikulski

Inhalt

Zielkonflikt Wald versus Wild

- 4 Naturschutz neu denken und gestalten.
Editorial von Michael Miersch
- 6 Artenvielfalt zwischen Wildnis und Kulturlandschaft. Till Meyer wirft einen Blick auf und hinter die Statistiken zur Lage der Wildtiere und ihrer Lebensräume in Deutschland
- 12 Welche Natur wollen wir eigentlich schützen? Hansjörg Küster über den Naturschutz als Kulturaufgabe
- 18 Wald vor Wild. Carsten Wilke plädiert aus Sicht der Bewirtschafter für mehr Rationalität im Umgang mit Natur
- 22 Wildtiere gehören zum Wald. Hilmar Freiherr von Münchhausen macht sich für den Rothirsch stark und kritisiert die „No-go-Areas“ in Bayern
- 28 Ökologie, Ideologie, Naturschutz: Wissenschaft im Konflikt mit Weltbildern. Josef H. Reichholf stellt zentrale Grundsätze des Naturschutzdiskurses in Frage
- 38 Zwischenrufe zum Zielkonflikt „Wald versus Wild“: Statements und Kommentare aus der Diskussion von Teilnehmern des Expertenforums
- 42 Der Naturschutz braucht die offene Debatte. Bilder vom Expertenforum in Berlin

Zielkonflikt: Energiewende und Naturschutz

- 46 Feinde im Wind. Jan-Philipp Hein berichtet, wie der Streit um Windkraftanlagen die Gesellschaft spaltet
- 50 Werden Mensch und Natur Opfer einer falschen Energiepolitik? Harry Neumann kritisiert die Verfahren zur Bewilligung von Windkraftanlagen
- 56 Klimaschutz ist nachhaltiger Naturschutz. Ralf Fücks hält einen Umstieg auf erneuerbare Energien im Einklang mit Naturschutzinteressen für möglich
- 60 Energiewende nicht auf Kosten der Natur. Fritz Vahrenholt kritisiert Auswirkungen und Grundlagen der derzeitigen Klimapolitik
- 66 Zwischenrufe zum Zielkonflikt „Energiewende und Naturschutz“: Statements und Kommentare aus der Diskussion von Teilnehmern des Expertenforums



Editorial

»NICHTS IST EWIG, WEDER IN DER NATUR NOCH IM MENSCHENLEBEN,
EWIG IST NUR DER WECHSEL, DIE VERÄNDERUNG.«

Der Satz stammt von August Bebel, einem Mann, der mithalf, die Welt zum Besseren zu verändern. Der Bebel-Satz kann als Motto dieses Magazins verstanden werden, das zusammenfasst, was 50 engagierte und nachdenkliche Naturschützer am 30. Oktober 2015 in Berlin diskutiert haben. Der Titel der Veranstaltung lautete: „Naturschutz neu denken und gestalten.“

Nicht nur die Natur selbst wandelt sich unentwegt, auch der Naturschutz. Seit es ihn gibt, hat er sich immer wieder neu erfunden. Wie andere Schutzbemühungen – zum Beispiel der Tierschutz oder der Denkmalsschutz – ist auch der Naturschutz vom Zeitgeist abhängig. Manchmal sogar von Moden.

Heutiges Naturschutzverständnis hat mit dem Naturschutz zu Anfang des 20. Jahrhunderts nicht mehr viel gemein. Damals sprach man zumeist von Heimatschutz. Und gemeint waren besonders schöne Landschaften, die romantische Seelen inspirierten. Bezeichnend ist, dass die Lüneburger Heide als eine der ersten und bekanntesten „Naturlandschaften“ unter Schutz gestellt wurde – ein Gebiet, das durch und durch von der wirtschaftlichen Tätigkeit des Menschen geprägt war. Man könnte es auch eine übernutzte, ausgebeutete Landschaft nennen.

Heute hat eine ökologische Sichtweise Vorrang. Es geht um den Erhalt von Biodiversität, um Prozessschutz und Ökosysteme. Alte Kulturlandschaften sollen ebenso geschützt werden wie neue Wildnisgebiete. Für beides liefert uns die Wissenschaft gute Gründe. Aber auch in wissenschaftlichen Abhandlungen klingen Untertöne durch, denen man anmerkt, dass die Beschäftigung mit Natur selten rein rational, sondern immer auch emotional ist. Unter dem Mantel der ökologischen Vernunft verbergen sich oftmals Vorlieben und Passionen – und immer wieder die menschliche Sehnsucht nach Schönheit.



MICHAEL MIERSCH,
Geschäftsführer Natur-
bildung der Deutschen
Wildtier Stiftung

Der Naturschutz hat Irrwege genommen, über die viel zu selten gesprochen wird. Dass nicht nur während der NS-Zeit, sondern noch Jahrzehnte danach ranghohe Nazis Naturschutzverbände leiteten, blieb bis heute ein Nicht-Thema. Einer der wenigen, die die Aufklärung darüber förderten, war der grüne Umweltminister Jürgen Trittin. Es habe, schrieb er, „erhebliche Schnittmengen“ und „zahlreiche Berührungspunkte“ zwischen Naturschutzverbänden und Nationalsozialisten gegeben. Aber man muss gar nicht so weit zurückgehen, um Beispiele für einen auffälligen Mangel an Selbstreflektion zu finden.

„Das Sterben der Wälder wird unsere Länder stärker verändern als der Zweite Weltkrieg.“ Dieser Satz von Hubert Weinzierl gibt die Doktrin wieder, die gute zwei Jahrzehnte lang im gesamten Naturschutz ohne Wenn und Aber nachgebetet wurde. Ab 1981 war Waldsterben das große Thema. „Wir stehen vor einem ökologischen Hiroshima“, wusste der *Der Spiegel*. „Die Reihen der Bäume lichten sich wie Armeen unterm Trommelfeuer“, schrieb der Stern. Und der Naturschutz sonnte sich in der plötzlich gewonnenen gesellschaftlichen und politischen Hochachtung.

Die wissenschaftliche Basis war dünn. Zwei Professoren dienten immer und immer wieder als Kronzeugen. Forscher, die Zweifel an der Theorie vom Waldsterben anmeldeten, wurden ignoriert und ausgegrenzt. 1993 veröffentlichte das Bundesforschungsministerium eine Zwischenbilanz aus zehn Jahren Waldschadensforschung. Das Expertengremium kam zu einem eindeutigen Ergebnis: „Das großflächige Absterben ganzer Waldregionen, wie es der Begriff Waldsterben unterstellt, wird heute von der Wissenschaft auch für die Zukunft nicht befürchtet.“

Ein Jahrzehnt nach dem großen Alarm war den Fachleuten also klar, dass das Waldsterben nicht existierte. Und wie wurde diese frohe

Kunde aufgenommen? Man ignorierte sie. Bis weit in die 2000er Jahre hinein wurde so getan, als stünde der mitteleuropäische Wald unmittelbar vor dem Total-Kollaps. Die Forststatistik dagegen belegt: Als alle den Wald für sterbenskrank hielten, nahm die Waldfläche jährlich um 100 Quadratkilometer zu. Zu Beginn des 21. Jahrhunderts waren es sogar über 170 Quadratkilometer pro Jahr.



Was taten die Naturschutzverbände? Sie korrigierten ihre Semantik und reden seither nur noch von „Waldschäden“. Selbstkritik? Fehlanzeige. Niemand hatte den Mut, öffentlich Bilanz zu ziehen. Das Schweigen im Walde.

Kritische Selbstreflektion ist eine Tugend, von der manche Naturschutzfunktionäre ein wenig mehr vertragen könnten. Dabei ist sie wichtiger denn je. Denn die Fragen „Was wollen wir schützen?“ und „Wie wollen wir es schützen?“ waren selten so schwer zu beantworten wie heute. Hier der Naturschutz und dort seine Gegner – das war einmal. Zu immer mehr Themen gibt es auch Kontroversen innerhalb der Naturschutz-Gemeinde.

Soll man natürliche Sukzessionen in jedem Falle zulassen oder landschaftlich besonders schöne Zustände durch ständiges Eingreifen bewahren? Soll man – wie es die Anhänger des Bio-Landbaus vertreten – für mehr biologische Vielfalt auf den Agrarflächen sorgen? Oder besser eine hoch effiziente Landwirtschaft betreiben, die weniger Fläche benötigt? Um dann Gebiete ganz aus der landwirtschaftlichen Nutzung herauszunehmen zu können? Soll man nichtheimische Tier- und Pflanzenarten tolerieren oder bekämpfen? Und wie radikal soll man sie bekämpfen? Brauchen Arten wie zum Beispiel Biber oder Graugänse, die einmal selten waren, auch dann noch Totalschutz, wenn sich ihre Bestände in den vergangenen Jahrzehnten rasant vermehrt haben? Wie soll man mit Wölfen umgehen, die in den menschlichen Siedlungsbereich eindringen?

Und natürlich die beiden Streitfragen, die wir für unser Expertenforum beispielhaft ausgewählt haben: Wie viel Wild gehört zum Wald? Ein „klassischer“ Konflikt, um den schon mindestens ein halbes Jahrhundert erbittert gestritten wird. Hinzu kommt das zur Zeit wohl heißeste Streitthema: Ist der Klimaschutz, der durch die deutsche Energiewende angestrebt wird, wirklich so vorrangig, dass Natur- und Artenschutz dafür geopfert werden dürfen? Problemanalysen und Lösungsansätze klaffen zu diesen und anderen Themen weit auseinander. Was haben der Windkraftinvestor und der Vogelschützer noch gemein?

Wer die Energiewende kritisiert oder die absolute Priorität des Klimaschutzes anzweifelt, kommt schnell unter Generalverdacht. Steht er im Solde der Öl- und Kohle-Konzerne? Man belegt ihn mit denunziatorischen Etiketten wie


**Kann
man ohne
wechselseitige
Unterstellungen
und in dem
Bewusstsein
diskutieren,
dass auch die
andere Seite,
die Natur
schützen
möchte?**


„Klima-Leugner“. Dabei besteht durchaus die Gefahr, dass eine Umweltpolitik, die nach dem Motto „Klima über alles“ agiert, selbst zur Bedrängnis für die Natur wird. Der Schriftsteller, Ornithologe und engagierte Artenschützer Jonathan Franzen hat in einem Essay darauf aufmerksam gemacht, dass es eine buchstäblich erdrückende Dominanz des Klima-Themas gibt. Die Beschwörung der allumfassenden globalen Erwärmung diene auch als Ausrede, schreibt er, den konkreten Naturschutz im Hier und Jetzt zu vernachlässigen. Mutlos und tatenlos sähen manche der Klima-Apokalypse entgegen. Wen juckt das Aussterben seltener Tiere, wenn demnächst die Welt untergeht? Franzen appelliert: Wir könnten jetzt Arten retten, auch ganz unabhängig von einem internationalen Klimavertrag!

Oder nehmen wir die Wald-Wild-Debatte, ein schon klassischer Zielkonflikt und Glaubensstreit. Den Jägern geht es nur um ihren Trophäen-Kult, heißt es da. Oder andersrum: Die Förster wollen Holzplantagen ohne Tiere. Aber was wollen Naturschützer?

Wir in der Deutschen Wildtier Stiftung finden: Die unterschiedlichen Sichtweisen werden viel zu selten in aller Offenheit diskutiert. Deshalb folgen wir einer Anregung unseres Stifters Haymo G. Rethwisch (1938–2014), ein Forum für solche Debatten ins Leben zu rufen. Wir sind neugierig und wollen wissen: Kann man diese Fragen überhaupt ohne wechselseitige Unterstellungen und in dem Bewusstsein diskutieren, dass auch die andere Seite die Natur schützen möchte – nur vielleicht eine ganz andere Natur? Was ist das eigentlich, Natur? Es ist eines dieser übergroßen Worte, bei denen sich jeder etwas anderes vorstellt – wie „Freiheit“, „Gerechtigkeit“ oder auch „Nachhaltigkeit“. Jeder findet sie gut, aber keiner weiß so recht, was das ist.

Wir möchten herausfinden: Kann man solche Zielkonflikte im gegenseitigen Respekt austragen, ohne dass man sich die ehrlichen Absichten abspricht. Gibt es Wege aus dem Dilemma? Vielleicht sogar Kompromisse? Oder klaffen die Sichtweisen zu sehr auseinander? Schließlich sind ja sowohl beim Wild-Wald-Konflikt als auch beim Streit um die Energiewende erhebliche wirtschaftliche Interessen im Spiel.

Die Deutsche Wildtier Stiftung versucht Naturschutzfragen möglichst sachlich und wissenschaftsbasiert abzuwägen. Neues Denken heißt für uns auch, genau hinzusehen, ob Wege, die als „öko“ angepriesen werden, wirklich ökologisch sind oder nur grün dekoriert.

Ich wünsche Ihnen eine anregende und nachdenkliche Lektüre.

«



Ihr Michael Miersch

Artenvielfalt zwischen Wildnis und Kulturlandschaft

VON TILL MEYER

Um herauszufinden, wie es in Deutschland um Wildtiere und ihre Lebensräume steht, muss man hinter die Statistiken blicken. Der Vernetzung von Lebensräumen kommt dabei im Naturschutz eine immer größere Bedeutung zu.



Der Raufußkauz



Totholz ist ein rares Gut. Entgegen allen Beteuerungen haben Bäume in Wirtschaftswäldern kaum Gelegenheit, alt zu werden. Damit sich ein Baum zum Höhlenbaum für Eulen eignet, müssen die großen Schwarzspechte die Vorarbeit leisten. Außerdem sollten genug Freiflächen in der Nähe sein, um die Jagd auf Kleinsäuger zu ermöglichen.



Auf vogelkundlicher Exkursion im „Perlacher Forst“ im Süden Münchens: Ein Tross Vogelfans folgt Manfred Siering durch eine Dickung zu einer kleinen Lichtung. Der weißbärtige Siering ist Exkursionsleiter bei der Münchner Volkshochschule und Vorsitzender der Ornithologischen Gesellschaft in Bayern. An einer alten, abgestorbenen Fichte hält er inne, greift nach einem Zweig am Boden und kratzt damit am Stamm, um die Klettergeräusche eines Baumratters zu simulieren. Nachdem er das ein paar Mal wiederholt hat, guckt, mit gelben Augen und etwas indigniert dreinblickend, ein Raufußkauz aus einem Astloch. Die Vogelfreunde sind entzückt. Immerhin steht der Raufußkauz auf Anhang 1 der europäischen Vogelschutzrichtlinie. Nach Sierings eindringlichem Appell, bitte nie ohne fachliche Begleitung an Biotopbäumen zu kratzen, zieht sich die Gruppe rasch zurück.

Darum, dass Biotopbäume wie die alte Fichte im Perlacher Forst stehen bleiben dürfen, kümmert sich Renate Kreuzer. Als Revierleiterin des 2000 Hektar großen staatlichen Forstrevieres ist sie unter anderem zuständig für den Umbau von „Fichtenreinbeständen in gemischte und strukturreiche Wälder“, wie es in einer Broschüre der Bayerischen Staatsforsten heißt. Auf diese Weise werde „nachhaltig Lebensraum für Vögel, Insekten und Amphibien geschaffen“. Mindestens zehn Biotopbäume pro Hektar sieht das Naturschutzkonzept der Bayerischen Staatsforsten vor, das 2009 der Öffentlichkeit vorgestellt wurde. In ganz Deutschland stehen der letzten Bundeswaldinventur (2014) zufolge 93 Millionen Bäume – neun pro Hektar – mit „ökologisch bedeutsamen Baummerkmalen“, die für die Artenvielfalt wichtig sind und von Motorsäge und Harvester verschont werden sollten.

Solche Zahlen lassen Renate Kreuzer schmunzeln. Sie hat schon während ihrer Ausbildung vor über 30 Jahren die Bedeutung von alten und morschen Bäumen für die Vogelwelt gelernt, lange bevor „Biotopbäume“ überhaupt in der offiziellen Forstpolitik erwähnt wurden. Zehn Bäume pro Hektar seien da nur ein Richtwert: „Die Revierleiter haben Ermessensspielräume, die sie für den Erhalt der Artenvielfalt nutzen können, die auch durch die unterschiedlichen Bestandsstrukturen bedingt werden.“

Sie muss ja auch einen Betrieb führen mit einem jährlichen Einschlag von 12 000 Festmetern, mit der Pflanzung vielfältiger Baumarten und mit der Erschließung und Pflege von Jungbeständen. Im stadtnahen Perlacher Forst, wo

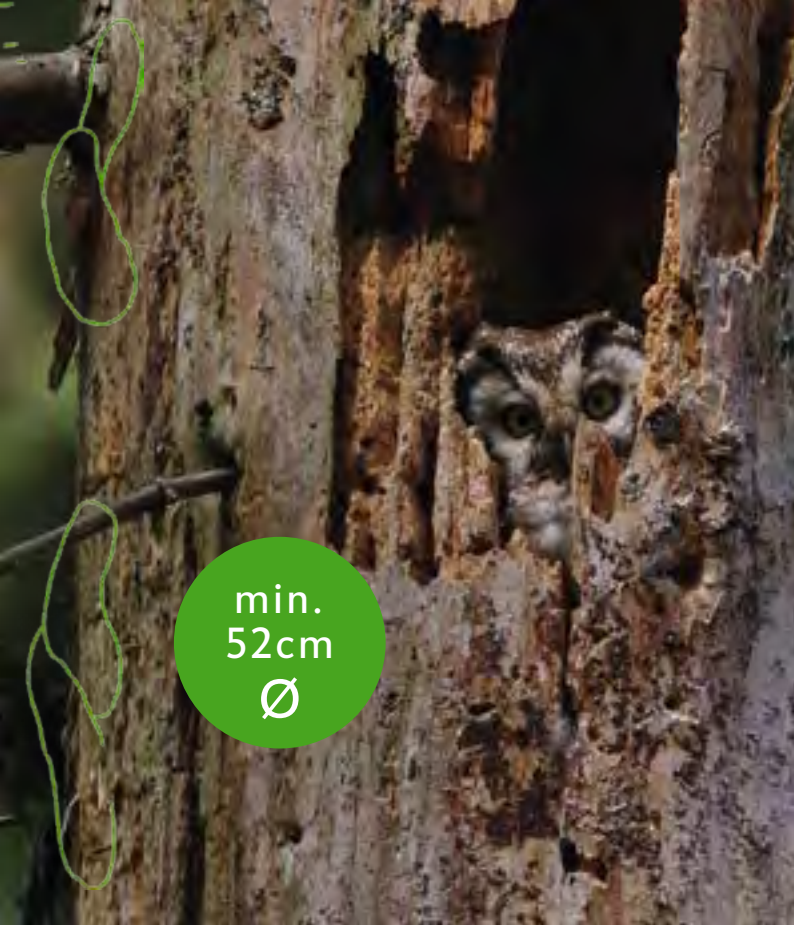
auch unter der Woche oft ein hohes Besucheraufkommen herrscht, muss sie sich immer wieder Proteste aus der Bevölkerung anhören, die dem Motto „Baum ab, nein danke!“ folgen. „Ich frage solche Leute dann oft, ob der Dachstuhl daheim aus Tropenholz ist.“

Auf der Website der Bayerischen Staatsforstverwaltung heißt es vollmundig: „In den gemischten Wäldern, die wir im Rahmen des Waldumbaus schaffen, finden seltene Arten einen wertvollen Lebensraum, den wir sichern und vergrößern. Auf diese Weise erreichen wir eine viel größere Breitenwirkung beim Naturschutz, als dies durch einzelne Großschutzgebiete wie zum Beispiel Nationalparks möglich wäre.“

Wird der Stellenwert der Wildnis für den Erhalt der Artenvielfalt also überschätzt? Eine Hochrechnung der Flächennutzung in Deutschland legt dies nahe: Gerade 0,6 Prozent der Fläche der Bundesrepublik entfallen auf Wildnis, und die befindet sich meistens in den Kernzonen der 16 Nationalparks in Deutschland. Der Rest teilt sich in landwirtschaftlich genutzte Flächen (52,3 Prozent), Wald beziehungsweise forstwirtschaftlich genutzte Flächen (30,2 Prozent), Siedlungs- und Verkehrsflächen (13,4 Prozent), Wasserflächen (2,4 Prozent) und sonstige Abbauf Flächen wie Steinbrüche und Braunkohletagebau (1,7 Prozent). In den meisten Naturschutzgebieten Deutschlands – 8 552 an der Zahl – ist „ordnungsgemäße Land- und Forstwirtschaft“ erlaubt.

Hineingesprenkelt in diese Hauptlebensräume und Schutzgebiete sind 5 346 Natura-2000-Gebiete, deren Erhaltungszustand regelmäßig zur EU nach Brüssel gemeldet werden muss. Von den in der Bundesrepublik etwa 72 000 heimischen Tier-, Pflanzen- und Pilzarten wurden 396 als EU-weit bedeutsam bewertet. Die Trends aus dem letzten Bericht nach Brüssel sind nicht ermutigend: Nur bei 25 Prozent dieser Arten kann der Erhaltungszustand als „günstig“ eingeschätzt werden. Bei 59 Prozent gilt er als „ungünstig“ bis „schlecht“ und bei 16 Prozent als „unbekannt“.

Doch das Glas ist immer halb voll oder halb leer. Bricht man den Zustand der Artenvielfalt herunter auf die Hauptlebensräume, dann ergibt sich ein etwas anderes Bild. Im „Indikatorenbericht 2014“ des Bundesumweltministeriums schneidet der Wald in Deutschland für den Indikator „Artenvielfalt und Landschaftsqualität“ mit einem „Zielerreichungsgrad“ von 78 Prozent halbwegs passabel ab.



» Wird Wildnis für den Erhalt der Artenvielfalt überschätzt? Eine Hochrechnung der Flächennutzung in Deutschland legt dies nahe. «

Um sich fortzupflanzen brauchen Raufußkäuze ausreichend hohle Bäume mit einem Mindestdurchmesser von 52 Zentimetern. Ausreichend heißt: Es sollten in der Umgebung genug geeignete Bäume wachsen, damit der Nachwuchs Chancen bei der Wohnungssuche hat. Im Gegensatz zu Waldkäuzen nimmt diese Art künstliche Nisthöhlen kaum an.

Er liegt damit deutlich vor Siedlungen und Binnengewässern (jeweils 68 Prozent), Küsten und Meeren (61 Prozent) und Agrarland (56 Prozent).

Der technokratische Begriff „Zielerreichungsgrad“ bezieht sich auf die „Nationale Strategie zur biologischen Vielfalt“, die 2007 vom Bundeskabinett beschlossen wurde. Darin heißt es optimistisch: „Bis 2010 ist der Rückgang der heute vorhandenen Vielfalt wildlebender Arten aufgehalten. Danach setzt eine Trendwende hin zu einer höheren Vielfalt heimischer Arten in der Fläche ein.“

Mit dieser ambitionierten Festlegung hat die Bundesregierung der 1992 in Rio de Janeiro unterzeichneten „UN-Konvention zur Biologischen Vielfalt“ entsprochen. Auch wenn viele der 193 Unterzeichnerstaaten keine eigene Biodiversitätsstrategie haben, ist die gerissene Ziellatte in Sachen Artenvielfalt peinlich für Deutschland. Denn seit 2012 ist die Bundesrepublik Sitz des Sekretariats des Weltbiodiversitätsrats (IPBES). Das in Bonn eingerichtete Büro soll „helfen, den Wert der Vielfalt von Arten und Lebensräumen dauerhaft in den Mittelpunkt der Politik und in das öffentliche Bewusstsein zu rücken, um den fortschreitenden Verlust endlich zu stoppen“, so die Bundeskanzlerin Angela Merkel.

Um mit Zwischenergebnissen aufwarten zu können, die erreichbare Ziele suggerieren, musste auf Basis von Stichproben eine geeignete Statistik erstellt werden. Unterstützt vom Statistischen Bundesamt und den staatlichen Vogelwarten hat das Bundesumweltministerium hierzu Listen von repräsentativen Vogelarten zusammengestellt. Als typische Vogelarten des Waldes wurden Grauspecht, Kleiber, Kleinspecht, Mittelspecht, Schreiadler, Schwarzspecht, Schwarzstorch, Sumpfmehse, Tannenmehse, Weidenmehse und Waldlaubsänger auserkoren, für die Agrarlandschaft Braunkehlchen, Feldlerche, Goldammer, Grauammer, Heidelerche, Kiebitz, Neuntöter, Rotmilan, Steinkauz und Uferschnepfe.

Selbst ornithologischen Laien fällt auf, dass etliche für die jeweiligen Lebensräume charakteristische Vögel fehlen. So fallen beim Wald alle Eulenarten durchs Raster und auch Wildhühner wie Haselhuhn und Auerhuhn. Freilich muss man die Vernetzung unter den Arten berücksichtigen. Die meisten Käuze können nur brüten, wenn die großen Schwarzspechte die Vorarbeit geleistet haben. In der Agrarlandschaft fehlen die typischen Kulturfolger wie Rebhuhn oder Wachtel. Dabei stehen Rebhuhn, Auer- »

huhn und Haselhuhn sogar auf der aktuellen Roten Liste der bedrohten Brutvögel Deutschlands.

Seit ein paar Jahren wird über wirksamere Rezepte zum Erhalt der Artenvielfalt in der Landschaft unter neuen Vorzeichen nachgedacht und auch gestritten. Beim Deutschen Naturschutztag in Erfurt 2012 brachte Beate Jessel, Präsidentin des Bundesamts für Naturschutz, die Diskussion auf einen Nenner: „Naturschutz zwischen Integration und Segregation – wohin führt der Weg?“ Segregation bezeichnet dabei den herkömmlichen Naturschutz mittels kleiner und kleinster Schutzgebietsinseln, die über die ganze Republik verteilt sind. Beim integrativen Naturschutz dagegen sollen die sogenannte Normallandschaft und deren Nutzer in den Natur- und Artenschutz eingebunden werden.

Die Frage, wie sich Naturschutz und Naturnutzung vereinbaren lassen, stellt sich ganz besonders in der Agrarlandschaft. Hier scheint jedoch Besserung in Form der runderneuerten „Gemeinsamen Europäischen Agrarpolitik“ (GAP) in Sicht. Angelegt für die Periode zwischen 2014 und 2020, sollen jährlich rund sechs Milliarden Euro von der EU an deutsche Landwirte ausbezahlt werden. Mehr als bisher sind die Leistungen an naturschützerisch sinnvolle Maßnahmen gebunden, etwa die Unterhaltung und Verbesserung von Hecken, Feldrainen und Pufferstreifen oder die Umwandlung von Äckern in Dauergrünland. Auch Maßnahmen, die zur Vernetzung von Natura-2000-Gebieten führen, werden unterstützt. Allerdings fehlt es an Möglichkeiten, die Ausgleichsmaßnahmen auf den Betrieben regelmäßig zu kontrollieren. Das wiederum führt dazu, dass viele Landwirte nach einiger Zeit ihre ökologischen Vorrangflächen umwidmen, um darauf etwa Mais für Biogasanlagen anzubauen, der finanziell attraktiver und oft auch weniger arbeitsintensiv ist als die Maßnahmen, die mit EU Prämien belohnt werden.

Trotz solcher Systemfehler – es tut sich etwas. Wer die Entwicklung im Naturschutz der vergangenen Jahre mitverfolgte, konnte bemerken, dass sich ein Perspektivwechsel anbahnte. An etlichen Universitäten wurde Landschaftsökologie neues Studienfach, etwa in Münster, Freiburg und Greifswald. Auch bei der EU wird landschaftsweiter Naturschutz großgeschrieben. Neue Worte haben sich im Fachvokabular eingeschlichen, die zunächst in Englisch Phänomene wie „Connectivity“ und „Permeability“ beschrieben, also etwa „Vernetzungsgrad“ und „Durchlässigkeit“. Worum geht es da genau?

Ein Blick in die USA: Bereits in den dreißiger und vierziger Jahren des letzten Jahrhunderts, als Naturschützer bei uns erstmals darüber nachdachten, Nationalparks nach dem Vorbild des Yellowstone Nationalparks zu schaffen, hatte sich in den USA ein Kritiker der Nationalparkidee zu Wort gemeldet. Aldo Leopold, Forstwissenschaftler, Wildbiologe und Wegbereiter des modernen Wildtiermanagements, schrieb: „Die Nationalparks reichen für den Fortbestand der großen Fleischfresser nicht aus; das zeigt sich am bedenklichen Status des Grizzlybären sowie an der Tatsache, dass es im Parksystem keine Wölfe mehr gibt.“

Richard Knight, Professor für Wildtierschutz an der Universität Colorado, brachte dieses Problem zur Jahrtausendwende auf den Punkt: „Ökologisch gesehen sind Nationalparkgrenzen Unsinn, ein Nationalpark leckt nach

» National und international herrscht eine große Begeisterung bei Naturschützern für Vernetzung auf überregionaler Ebene »zum großen Ganzen«. «



außen und innen. Wandernde Tierarten drängen nach außen, exotische Pflanzen nach innen.“

Der Umstand, dass selbst der riesige Yellowstone Park für Arten wie Bisons, Wapitis (die amerikanischen Rothirsche) und auch die später dort ausgesetzten Wölfe zu klein war, führte 1972 zur Gründung des Greater Yellowstone Ecosystem, bei dem staatliche und private Landnutzer per Gesetz zur Kooperation verpflichtet wurden. Obwohl das Greater Yellowstone Ecosystem mit 76 890 Quadratkilometern fast neunmal so groß ist wie der ohnehin schon riesige Yellowstone Nationalpark (8 987 Quadratkilometer), war das vielen Wissenschaftlern der Forschungszweige Naturschutzbiologie und Populationsgenetik noch immer viel zu klein. Denn auch die Weiten des vermeintlich wilden Westens werden in großem Maßstab zersiedelt und zerschnitten, und dabei werden die Wanderungen vieler Tierarten unterbrochen; nicht nur Bären und große Huftiere, sondern auch Vögel und kleine Säugetiere, selbst Insekten können durch genetische Isolation bedroht werden.

Auf maßgebliche Initiative des kanadischen Juristen und Naturschützers Harvey Locke wurde 1993 die Initiative „Yukon to Yellowstone“ (Y2Y) ins Leben gerufen, die zunächst für einen besseren genetischen Austausch wandernder Tierarten zwischen den USA und Kanada sorgen sollte. Dazu gehörte ein grenzübergreifender Datenaustausch sowie die Koordinierung der Schutz-Anstrengung, inklusive den strategischen Planungen von Querungshilfen wie Highway-Unterführungen und Grünbrücken.

Das Resultat kann sich sehen lassen: Im Gebiet des Y2Y hat sich der Bestand der Grizzlybären versechsfacht, gleichzeitig ist die Zahl der Wildunfälle um 80 Prozent zurück gegangen. Angespornt von solchen Erfolgen wurde im Jahr 2000 vom US-Innenministerium das National

Landscape Conservation System gegründet, in dem bis dato 886 Schutzgebiete miteinander vernetzt sind. Ein Argument für die Vernetzung der Lebensräume ist auch die Klimaerwärmung. Bei den Grizzlies etwa konnten Wissenschaftler zeigen, dass deutliche Arealverschiebungen dieser Tierarten von Süden nach Norden und von niederen in die höheren Bergregionen stattfanden, die Art also deutlich mobiler wurde.

Großlandschaftliche Vernetzungen gibt es inzwischen immer häufiger auch in Deutschland. Ein Beispiel hierfür ist das Große Böhmisches Waldökosystem, eine Konstruktion, die von bayerischen und tschechischen Wildbiologen in den benachbarten Nationalparks Bayerischer Wald und Šumava erdacht wurde, um bei Erforschung und Management von Rothirsch, Luchs und Elch grenzübergreifend zusammenzuarbeiten. Auch die Jagdreviere der Peripherie sind in dem Waldökosystem berücksichtigt, ein Umstand, der eine Zeitlang dazu führte, dass die Geweihe der im Nationalpark geschossenen Hirsche bei den Hegeschauern der Umgebung präsentiert wurden. Ein weiteres Beispiel für eine gelungene Vernetzung ist der Ökologische Korridor Südbrandenburg im Süden Berlins, dem wir es unter anderem zu verdanken haben, dass Wölfe aus Polen leichter nach Brandenburg gelangen, ohne von einem Auto überfahren zu werden. Derzeit leben 14 Rudel und fünf territoriale Einzelwölfe in Brandenburg (Stand August 2015).

Durchaus ambitioniert ist auch der Bundeswildwegeplan, der 2010 vom Bundeskabinett verabschiedet wurde. Das Vorhaben ermöglicht es, wertvolle Lebensräume zu erfassen, die durch Zerschneiden besonders gefährdet sind beziehungsweise die wieder miteinander vernetzt werden sollten. Beim Neubau von Autobahnen und Bundesstraßen werden Querungshilfen quasi automatisch mit eingeplant und finanziert. Derzeit gibt es über 70 Grünbrücken in Deutschland. Bis zum Jahr 2020 sollen weitere 20 dazukommen. Das Bundesnaturschutzgesetz (2002) fordert sogar eine Vernetzung von zehn Prozent der Landesfläche. Nach einer Schätzung der Grünen (Stand 2014) sind aktuell allerdings nur 3,5 Prozent der Biotopflächen in der Bundesrepublik überregional vernetzt.

Immerhin: Finanziell erleichtert wird die Vernetzung schon jetzt durch die EU, die seit einigen Jahren viele der entsprechenden Maßnahmen als förderungswürdig anerkennt. Eines der Ziele der im Mai 2011 vorgelegten Biodiversitätsstrategie der EU ist „darauf ausgerichtet, bis 2020 Ökosysteme und ihre Dienstleistungen durch Grüne Infrastruktur zu erhalten und zu verbessern und mindestens 15 Prozent der bereits geschädigten Ökosysteme wiederherzustellen“. Im Gegensatz zur „grauen“ Infrastruktur – also beispielsweise Straßen, Wohnungsbau und Industrieanlagen – soll die Grüne Infrastruktur ausdrücklich dazu beitragen, die „Zersplitterung von Ökosystemen aufzuhalten, die Konnektivität von Schutzgebieten innerhalb des Natura-2000-Netzes zu verbessern“. Praktisch bedeutet dies, dass Biobrücken von der EU ebenso gefördert werden wie Landwirte, die Trittsteinbiotope anlegen.

National und international herrscht also eine große Begeisterung bei Naturschützern für Vernetzung auf überregionaler Ebene „zum großen Ganzen“. Werden jetzt die genau abgezielten Großschutzgebiete tatsäch-

lich überflüssig? Sind die völlig naturbelassenen Wildnisgebiete und Nationalparks weniger wichtig für die Erhaltung der Arten?

Ganz im Gegenteil. Noch einmal der Blick in die USA. Gary Oye, zuständig für Wildnisgebiete in der Nationalparkbehörde, bezeichnet Nationalparks und Wildnisgebiete als „Goldstandard“ innerhalb des National Landscape Conservation System. Der Begriff „Goldstandard“ stammt aus der Geldwirtschaft und bedeutet auf den Naturschutz übertragen, dass die ökologischen Verhältnisse in Wildnisgebieten Richtwerte für Verhältnisse widerspiegeln, wie sie in vergleichbaren Kulturlandschaften herrschen könnten, wenn menschliche Einflüsse eingeschränkt würden. Aldo Leopold schrieb dazu: „Man kann die Physiologie von Montana nicht am Amazonas untersuchen; jedes Biotop braucht eine eigene Wildnis für vergleichende Studien an genutztem und ungenutztem Land.“

Was so ein Natur-Labor (Experten sprechen von „Referenzgebieten“) leisten kann, lässt sich besonders gut am Nationalpark Bayerischer Wald demonstrieren, in dessen Kernzone sich die Natur seit seiner Gründung im Jahr 1970 ganz ohne menschliche Einwirkung entwickeln kann. Konkret heißt dies: Beschleunigt vom Borkenkäfer, der nicht bekämpft wird, sterben viele Bäume ab, die dann im Wald liegen oder stehen bleiben dürfen. In entstanden Lichtungen wächst eine Kraut- und Strauchschicht heran mit Pioniergehölzen wie Heidelbeere, Vogelbeere oder Birke, deren Früchte und Samen für viele Vögel und Kleinsäuger die Nahrungsgrundlage bilden. Das Totholz wiederum bietet Besiedlungsflächen für Pilze und zahlreiche Insekten. Diese – oder ihre Maden – dienen vielen Vögeln als Nahrung, und etliche von ihnen legen im morschen Holz auch ihre Bruthöhlen an. Auf einem Flyer der Bayerischen Staatsforsten zum Thema Totholz (2014) heißt es enthusiastisch: „Damit Insekten, Vögel, Wirbeltiere, Pilze ihre angestammten Lebensgrundlagen finden, brauchen wir in unseren Wäldern mehr Totholz. Vor allem stärkeres Totholz, also faulende Baumstümpfe und abgestorbene Baumstämme. Mehr als ein Drittel der im Wald lebenden 13 000 Arten sind darauf angewiesen. Darunter vor allem die bedrohten und seltenen Arten.“

Jörg Müller, stellvertretender Leiter und Sachgebietsleiter für Naturschutz und Forschung des Nationalparks Bayerischer Wald sowie Dozent am Lehrstuhl für Terrestrische Ökologie der Technischen Universität München, wurde im Jahr 2010 mit einem hoch dotierten Wissenschaftspreis für seine Erkenntnisse zu den „Schlüsselstrukturen und deren kritische Mengen in temperaten Wäldern Mitteleuropas“ ausgezeichnet. Müller konnte nachweisen, dass zur Erhaltung der Artenvielfalt in naturnahen Mischwäldern mindestens ein Vorrat von 40 Festmetern Totholz pro Hektar benötigt wird. Das entspricht 20 Bäumen mit einer Stammhöhe von 20 Metern und einem Durchmesser von 36 Zentimetern auf einem Hektar – also mindestens die doppelte Menge an Totholz, wie die Bundeswaldinventur für den deutschen Wald ermittelt hatte. Für Jörg Müller hat daher die naturnahe Waldwirtschaft in den meisten Gebieten Deutschlands „im Naturschutz versagt“. Übrigens auch für den Raufußkauz im Perlacher Forst, wo der Ornithologe Manfred Siering diese Art jetzt schon seit einiger Zeit nicht mehr feststellen konnte. «

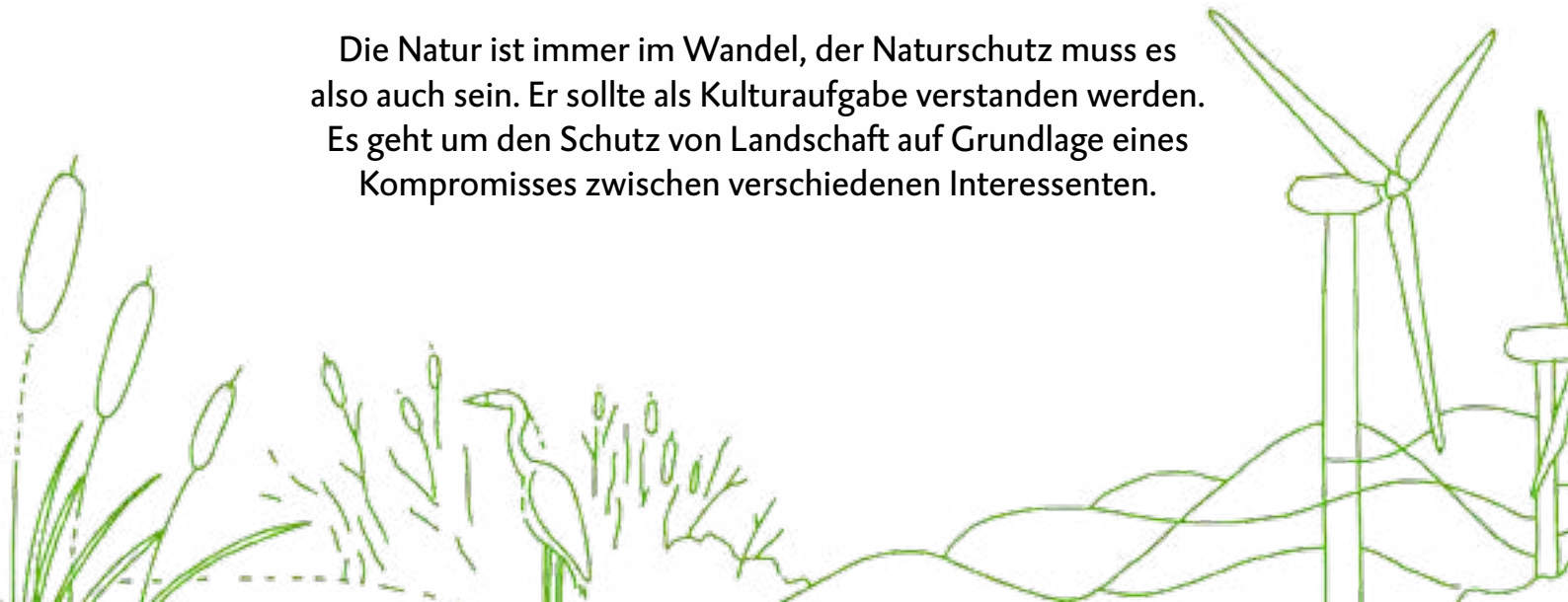


Welche Natur wollen wir eigentlich schützen?

VON PROF. DR. HANSJÖRG KÜSTER



Die Natur ist immer im Wandel, der Naturschutz muss es also auch sein. Er sollte als Kulturaufgabe verstanden werden. Es geht um den Schutz von Landschaft auf Grundlage eines Kompromisses zwischen verschiedenen Interessenten.



Ein Widerspruch im Bundesnaturschutzgesetz

Im §1, Absatz 1 des Bundesnaturschutzgesetzes heißt es: „Natur und Landschaft sind auf Grund ihres eigenen Wertes und als Grundlage für Leben und Gesundheit des Menschen auch in Verantwortung für die künftigen Generationen im besiedelten und unbesiedelten Bereich nach Maßgabe der nachfolgenden Absätze so zu schützen, dass

1. die biologische Vielfalt,
2. die Leistungs- und Funktionsfähigkeit des Naturhaushalts einschließlich der Regenerationsfähigkeit und nachhaltigen Nutzungsfähigkeit der Naturgüter sowie
3. die Vielfalt, Eigenart und Schönheit sowie der Erholungswert von Natur und Landschaft auf Dauer gesichert sind; der Schutz umfasst auch die Pflege, die Entwicklung und, soweit erforderlich, die Wiederherstellung von Natur und Landschaft.“

Aus naturwissenschaftlicher Sicht widersprechen sich diese Ansichten. Denn man kann entweder die Leistungs- und Funktionsfähigkeit des Naturhaushalts schützen oder die biologische Vielfalt sowie Eigenart und Schönheit, aber nicht alles auf der gleichen Fläche.

Der Naturhaushalt

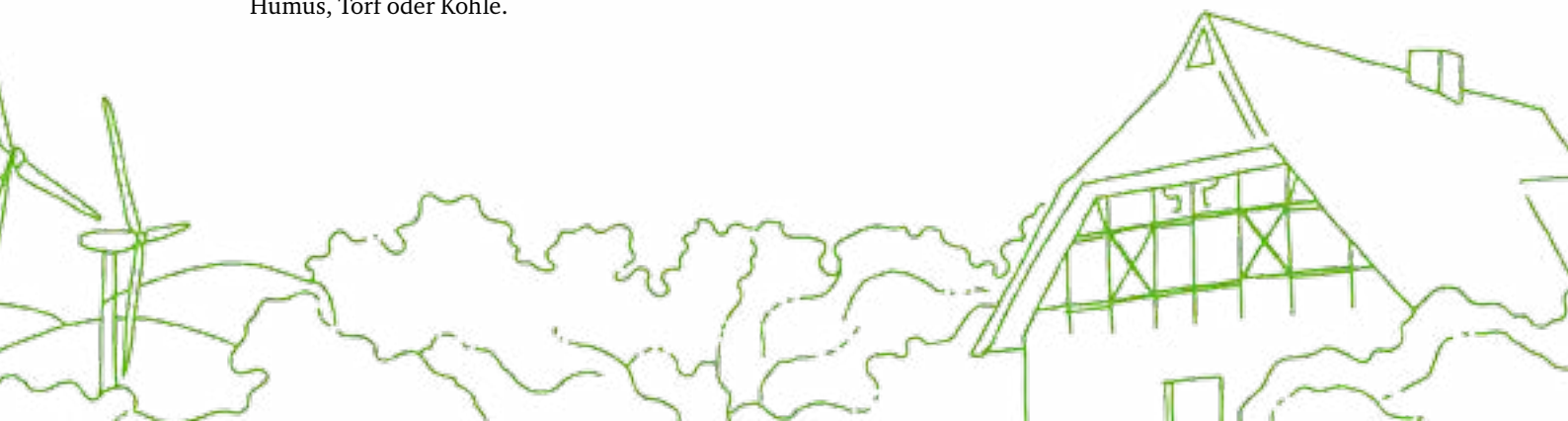
Ökosysteme verändern sich ständig, und das gilt auch für den Naturhaushalt. Das hat zwei Gründe. Erstens wird in der Aufeinanderfolge der beiden grundlegenden Stoffwechselprozesse Fotosynthese und Atmung Energie umgewandelt, und zwar irreversibel. Licht- oder Sonnenenergie trifft auf die Chloroplasten als Orte der Fotosynthese. Bei der Atmung aber wird letztlich Wärmeenergie frei. Diese Wärmeenergie lässt sich nicht wieder in Sonnenenergie zurückverwandeln. Zweitens werden nicht alle Substanzen, die im Zuge der Fotosynthese aufgebaut werden, bei der anschließenden Atmung wieder abgebaut. Ein Teil von ihnen gelangt in die Körper von Lebewesen und wird dort für eine kürzere oder längere Zeit gespeichert, auch über den Tod des Lebewesens hinaus, beispielsweise als Humus, Torf oder Kohle.

Alle in den Lebewesen und im Boden gespeicherten Stoffe werden dem Ökosystem beziehungsweise dem Naturhaushalt für kürzere oder längere Zeit entzogen, und der bei der Fotosynthese freigesetzte Sauerstoff reichert sich in der Atmosphäre an. Durch alle diese Vorgänge verändern sich die Ökosysteme. Vor allem wandeln sich die Eigenschaften des Bodens. In ihm wird organische Substanz abgelagert. Außerdem wird er saurer: An den Wurzeln werden im Austausch gegen Mineralstoffe Protonen abgegeben und im Humus entstehen Säuren, unter anderem Huminsäuren. Die Säuren lassen das unter dem Boden liegende Gestein chemisch verwittern und Mineralstoffe werden freigesetzt, die anschließend den Pflanzen zur Verfügung stehen.

» Tier- und Pflanzenarten treten auf und verschwinden wieder. Dabei wird deutlich, dass die Natur nicht nachhaltig ist.«

Besonders augenfällig sind Veränderungen an Seen. Dort entwickelt sich die Ufervegetation in jedem Jahr von Neuem. Die abgestorbene Biomasse sammelt sich am Grund des Gewässers, so dass es flacher wird, und auch an den Rändern des Sees wird organische Masse abgelagert. Auf diese Weise verlandet jeder See früher oder später. Dabei verlieren Pflanzenarten ihren Wuchsort, Tierarten ihr Habitat. Andere Arten von Lebewesen breiten sich aus, die an die neu entstehenden Standortbedingungen angepasst sind. Diese natürliche Dynamik ist intrinsisch für den Leistungs- und Funktionshaushalt der Natur. Schützt man also den Leistungs- und Funktionshaushalt der Natur, muss man Dynamik zulassen, auch wenn dabei bestimmte Pflanzen- und Tierarten Standorte oder Habitate verlieren.

»



Zwei Formen von Natur

Zugleich mit den Böden unter ihnen verändern sich die Wälder. Unter adäquaten Klimabedingungen entwickelt sich Offenland zu Wald, wenn der menschliche Einfluss aufhört, der zur Ausbildung des Offenlandes geführt hatte. Auch bei diesen natürlicherweise ablaufenden Prozessen im Leistungs- und Funktionshaushalt von Ökosystemen ist es möglich, dass Pflanzen- und Tierarten verschwinden, mithin also weder die Biodiversität noch die Eigenart und Schönheit einer Landschaft so geschützt sind, dass ein Status quo erhalten bleibt.

Wer den Leistungs- und Funktionshaushalt von Ökosystemen schützen will, muss Wildnis zulassen. In jeder Wildnis kommt es zu unvorhergesehenen Entwicklungen, auf jeden Fall zu einer Dynamik. Dabei können sehr faszinierende Bilder von Natur entstehen und sehr interessante Tier- und Pflanzenarten auftreten. Sie sind aber nicht auf Dauer zu finden, sondern verschwinden nach kürzerer oder längerer Zeit wieder. Dabei wird deutlich, dass Natur allein nicht nachhaltig ist.

Wenn dagegen die biologische Vielfalt sowie die Eigenart und Schönheit oder ein Bild von Natur oder einer Landschaft geschützt werden soll, muss immer wieder in den Leistungs- und Funktionshaushalt der Natur eingegriffen werden. Die Dynamik der Ökosysteme muss dann nämlich unterdrückt und Wildnis verhindert werden, um die Existenz einzelner Tier- und Pflanzenarten oder ein besonders schönes Bild von Natur zu bewahren. Dynamik und Wildniskonzepte in einer Landschaft sind dann nicht das Schutzziel. Es geht dann vielmehr um Bewahrung, Konservierung.

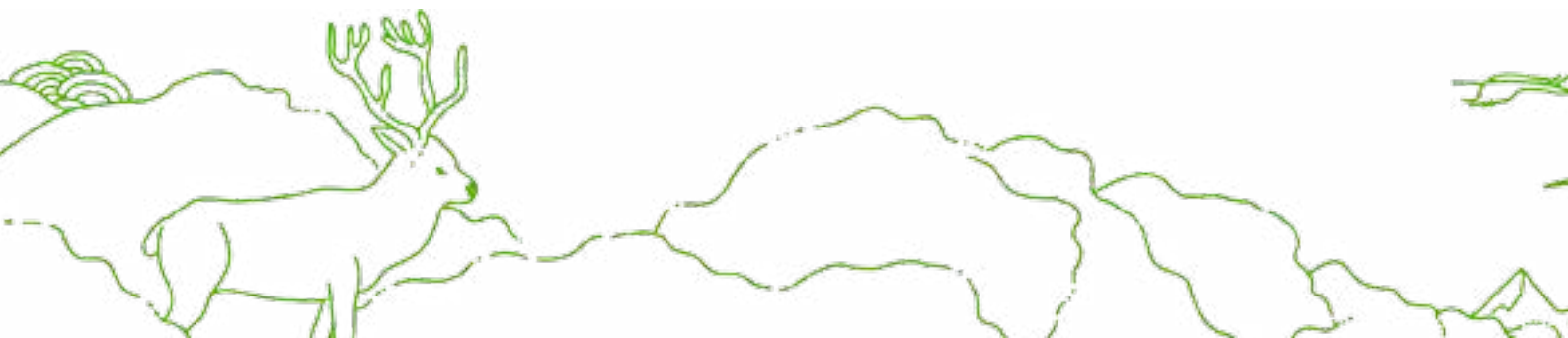
Es gibt also zwei sehr verschiedene Formen von Natur, deren Schutz in den Fokus genommen werden kann.

Einerseits kann man die dynamische, sich entwickelnde und sich verändernde Natur, die Wildnis schützen. Sie ist die Natur der Naturwissenschaftler, und ihr Schutz kann naturwissenschaftlich begründet werden. Dynamik ist kennzeichnend für diese Natur. Ein Wildniskonzept, das die Dynamik von Natur zulässt, ist preiswert, denn es erfordert kaum Management. Die Dynamik entwickelt sich schließlich auch ohne den menschlichen Einfluss. Große Teile der Bevölkerung akzeptieren aber die Dynamik von Natur nicht, weil durch sie vertraute Strukturen (Biodiversität, Landschaftsbild) zerstört werden.

Andererseits kann man die schöne Natur schützen. Man kann Strukturen darin bewahren, vor allem eine bestimmte, definierte Biodiversität. Dieses Konzept schützt die Leistungsfähigkeit des Naturhaushaltes und seine ihm eigene Dynamik nicht, sondern geht gegen sie vor. Man braucht sehr viel Expertenwissen, um natürliche Dynamik so zu bekämpfen, dass bestimmte Pflanzen- und Tierarten, für deren Schutz man sich einsetzen will, dauerhaft an einem Standort bleiben. Die praktische Umsetzung dieses Ziels ist sehr aufwändig, denn man muss sich dabei gegen natürliche Entwicklungen stellen. Diese Form von Naturschutz genießt zwar hohe Sympathie in der Bevölkerung; es ist aber oft nicht klar, dass die Pflege von Schutzgebieten wegen des Aufwands bei der Entwicklung und Umsetzung des Expertenwissens sehr teuer ist. Diese Tatsache wird dadurch verschleiert, dass man sie als Naturschutz bezeichnet und viele Menschen die Eingriffe für unnötig halten, weil die Natur sich von selbst entwickelt. Daher wäre es günstig, diese Form des Schutzes nicht Naturschutz zu nennen, sondern Landschaftsschutz, der die Bewahrung einer bestimmten Biodiversität und ästhetischer Werte mit einschließt.

Beide Formen eines Schutzes sind möglich und gut zu begründen. Es ist zu begrüßen, dass das Naturschutzgesetz beide Möglichkeiten offenlässt. Von naturwissenschaftlicher Seite ist es aber gerade die entscheidende Frage, ob man ein Stück Land sich selbst überlässt oder ob man eingreift, um bestimmte Strukturen zu schützen. Die Ergebnisse

» Zu jeder Landschaft lässt sich ein Konsens festlegen, wie man mit ihr verfahren möchte.«



sind sehr verschieden; dies müsste durch das Naturschutzgesetz ebenfalls zum Ausdruck gebracht werden. Man könnte sogar darauf hinweisen, dass es unbedingt notwendig ist, zu entscheiden, ob man in einem Gebiet ein Wildniskonzept oder ein Schutzkonzept für ästhetische Werte und die Biodiversität verwirklichen will. Diese Entscheidung kann nur auf der Grundlage eines wissenschaftlich gestützten gesellschaftlichen Dialogs erfolgen.

Das Europäische Landschafts- übereinkommen

Diesen Weg bietet das Europäische Landschaftsübereinkommen an, das auch als Europäische Landschaftskonvention bezeichnet wird. Die Konvention wurde vom Europarat entwickelt, trat 2004 in Kraft und wurde von den meisten europäischen Ländern unterzeichnet. Nur wenige Länder lehnten dies bisher ab, darunter Deutschland und Österreich. In § 5 dieser Konvention (Allgemeine Maßnahmen) heißt es: „Jede Vertragspartei verpflichtet sich, Landschaften als wesentlichen Bestandteil des Lebensraums der Menschen, als Ausdruck der Vielfalt ihres gemeinsamen Kultur- und Naturerbes und als Grundlage ihrer Identität rechtlich anzuerkennen.“ Zu den in § 6 genannten spezifischen Maßnahmen gehört eine „Bewusstseinsbildung. Jede Vertragspartei verpflichtet sich, das Bewusstsein für den Wert von Landschaften, für ihre Rolle und für die Veränderungen, denen sie unterworfen sind, in der Gesellschaft, bei privaten Organisationen und bei Behörden zu schärfen.“

Gemeint sind dabei nicht die Landschaft und der Landschaftsschutz im Sinne des Naturschutzgesetzes. Es geht vielmehr um alle Gebiete, die sowohl durch natürliche als auch menschliche Einflüsse bestimmte Eigenschaften angenommen haben und zu denen Menschen in Beziehung getreten sind. Zu jeder Landschaft lässt sich als Konsens festlegen, wie man mit ihr verfahren möchte. Will man in ihr der Natur mehr Raum geben oder dem Einfluss des Menschen? Was soll, was darf, was kann in jeder Landschaft geschehen? Dies bringt gegenüber dem konventionellen Naturschutz große Vorteile mit sich. Denn viele Naturschutzgebiete haben ihren schutzwürdigen Status nur unter dem Einfluss des

Menschen angenommen und können nicht bewahrt werden, wenn man sie nun der Natur allein überlässt. Und wenn man im Naturschutzgebiet pflegend eingreift, handelt man gegen die Natur. Man handelt dann nicht konsequent und fordert den Einwand heraus, man müsse die Natur vor den Naturschützern bewahren.

Wenn man jedoch die Landschaft auf der Grundlage eines allgemeinen Kompromisses pflegt, hat man sich für ein kulturelles Konzept entschieden, das auf viel mehr Akzeptanz stoßen kann. Ein gutes Beispiel dafür ist die Lüneburger Heide. Die dortigen Zwergstrauchheiden entstanden unter dem Einfluss des Menschen und seiner Weidetiere. Bauern trugen den Oberboden ab und verwendeten ihn als Einstreu in den Ställen. Dabei entstand im Lauf eines Winters ein Gemisch aus Oberboden und Fäkalien, mit dem man anschließend die Felder düngen konnte. Durch die Abtragung des Oberbodens blieben die Heideflächen aber arm an Mineralstoffen, und deshalb konnten immer nur die typischen Heidepflanzen auf ihnen gedeihen.

Diese Eingriffe entfielen, nachdem man die Heideflächen unter Naturschutz gestellt hatte. Denn die Abtragung des Oberbodens ist ein schwerwiegender Eingriff in den Naturhaushalt der Heidegebiete, der in einem Naturschutzgebiet keineswegs erlaubt werden konnte. Nun aber sammelten sich die Mineralstoffe im Oberboden an, so dass auch andere, anspruchsvollere Gewächse auf den Heideflächen gedeihen konnten, unter anderem verschiedene Gräser und Baumarten. Hier kann man keinen Naturschutz im herkömmlichen Sinn betreiben (und das geschieht auch nicht mehr), sondern man braucht einen Plan zur Landschaftspflege: Welche Eigenschaften soll die Landschaft auch künftig aufweisen, welche Maßnahmen sind erforderlich, um dieses Ziel zu erreichen?

Verschiedene Interessen

Im Landschaftsübereinkommen soll aber nicht nur der Schutz von spektakulären Gebieten wie der Lüneburger Heide geregelt werden, sondern es soll auch das Interesse auf eher unauffällige Landschaften gelenkt werden. Zu jeder Landschaft kann »



Fazit

man einen Kompromiss herbeiführen. Dazu braucht man zunächst einmal die Landnutzer, vor allem also Land- und Forstwirte. Ihre Handlungsweise ist es, die den Zustand einer Landschaft herbeiführte und herbeiführt. Dabei geht es – im Unterschied zu einem allein unter natürlichem Einfluss stehenden Gebiet – tatsächlich um einen Zustand, der sich im Sinne von Nachhaltigkeit bewahren lässt. Es muss aber berücksichtigt werden, dass viele weitere Menschen, die Landschaft ebenfalls nutzen, etwa zu Erholung oder zur Naturbeobachtung, ebenfalls bestimmte Interessen an der Zukunft der Landschaft haben. In der Forstwirtschaft wird dies schon lange berücksichtigt, indem dort bei der Umsetzung nachhaltiger Konzepte auf ökologische (natürliche), ökonomische und soziokulturelle Aspekte eingegangen wird. Unter dem zuletzt genannten Punkt wird dabei vor allem an die Erholungsfunktion des Waldes gedacht.

Ein entsprechendes Konzept brauchen wir für jede Landschaft, ob sie nun spektakuläre Naturschönheiten besitzt oder nicht. Denn sie ist das, was viele Menschen als Heimat empfinden. Über Landschaft und Heimat sollten mehr Dialoge geführt werden, an denen Landnutzer, Wissenschaftler und Liebhaber teilnehmen. In diesen Dialogen sollte jede Seite ihre Ziele und Wünsche vortragen. Landnutzer sollten erklären, wie sie mit ihrer Landschaft umgehen, um damit mehr Akzeptanz in der Öffentlichkeit zu erlangen. Und alle anderen, die auf die Landschaft blicken und sich für sie interessieren, können ihre Wünsche vorbringen, die das Handeln der Landnutzer beeinflussen könnten. Notwendig ist dieser Dialog unter anderem auch deshalb, weil sonst in den ländlichen Räumen eine Entfremdung zwischen Landnutzern und der übrigen Bevölkerung droht.

Die Natur, die viele Menschen schützen wollen, ist nicht die sich selbst überlassene Wildnis, sondern eine Landschaft in einem schützenswerten Zustand, die man in diesem Status erhalten möchte, und zwar durch eine geeignete Pflege. Die Berechtigung, dies zu tun, gibt nicht der Naturschutz, denn man muss beim Schutz auch gegen natürliche Prozesse vorgehen. Vielmehr geht es hier um einen Schutz von Landschaften auf Grundlage eines Kompromisses zwischen verschiedenen Interessenten oder „Stakeholdern“, wie dies heute genannt wird.

Es kommt darauf an, in so vielen Gebieten wie möglich den Dialog zwischen Landnutzern und anderen Interessenten an der Landschaft zu initiieren. Man muss Landwirte, Förster, Jäger, Tourismusexperten, Wissenschaftler und an Natur Begeisterte an einen Tisch bringen. Sie müssen sich selbst und ihre Argumente gegenseitig besser kennenlernen und auf dieser Grundlage gemeinsam einen Plan für den Umgang mit einer Landschaft und ihrer Lebenswelt entwerfen. Dieser Plan kann so lange bestehen, wie er vernünftig ist. Anschließend kann man einen neuen Plan entwerfen. Denn eine Landschaft kann immer wieder neu gedacht werden. Über die Natur lässt sich dagegen nicht debattieren. Sie besteht, und sie wird immer zu Veränderungen führen. «

PROF. DR. HANSJÖRG KÜSTER

ist Professor für Pflanzenökologie am Institut für Geobotanik an der Leibniz Universität Hannover, Autor zahlreicher Bücher und Vorstandsvorsitzender der Stiftung Naturschutzgeschichte.

» Die Natur, die viele Menschen schützen wollen, ist nicht die sich selbst überlassene Wildnis, sondern eine Landschaft in einem Zustand, die man in diesem Status erhalten möchte.«



ECHTES. PRIVATE. BANKING.

www.bethmannbank.de



Bethmann Bank

ABN AMRO

AN ALLE, DIE HIER GROSSES SEHEN.

Sie möchten Gutes bewirken und arbeiten deshalb für eine gemeinnützige Organisation? Sprechen Sie mit uns über die richtige Vermögensanlage.

Wir unterstützen Sie gerne:

069 21 77 - 3427

SEIT

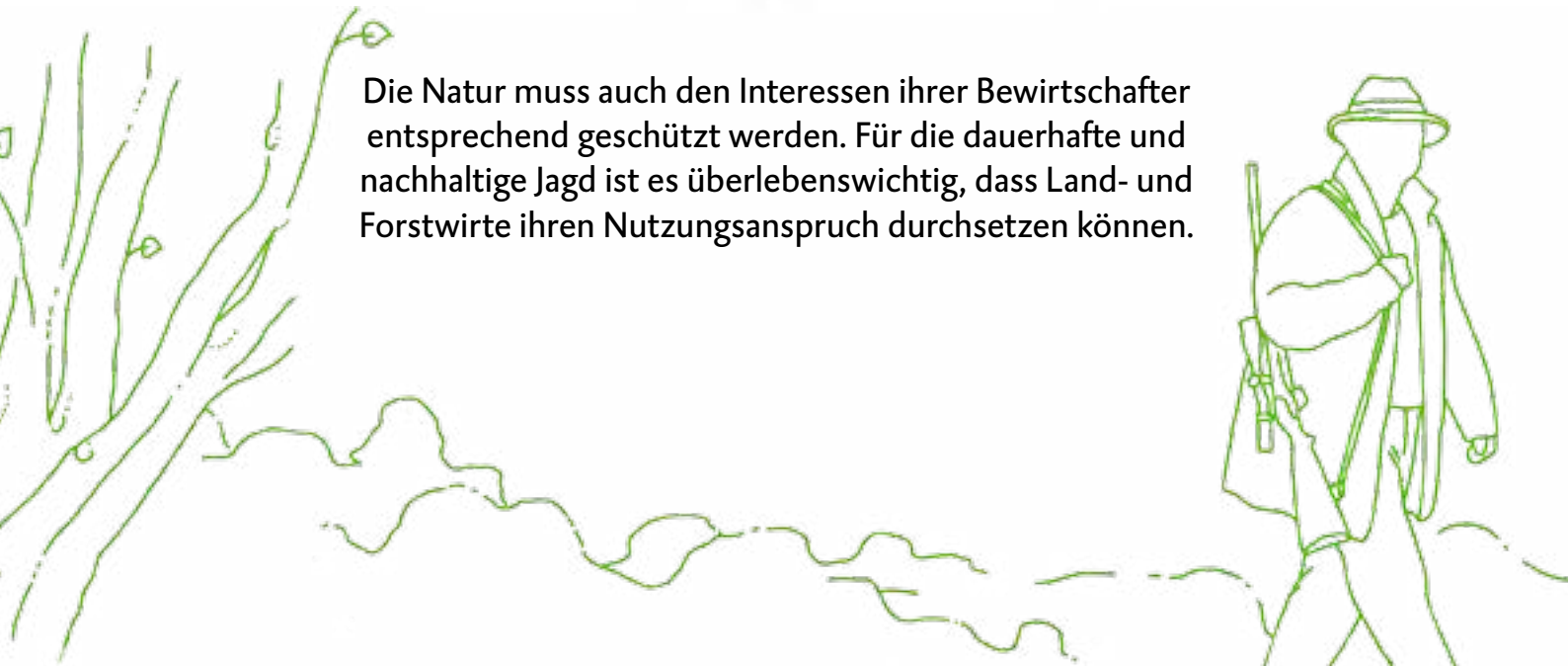
17
zwölf

Wald vor Wild

VON CARSTEN WILKE



Die Natur muss auch den Interessen ihrer Bewirtschafter entsprechend geschützt werden. Für die dauerhafte und nachhaltige Jagd ist es überlebenswichtig, dass Land- und Forstwirte ihren Nutzungsanspruch durchsetzen können.



Kulturhistorische Einordnung

Wenn wir heute darüber sprechen, welche Bedeutung Rehe und Hirsche, Schafe und Schweine, vielleicht auch Wölfe für die Eigentümer und Bewirtschafter von Wäldern haben, ist ein kleiner historischer Rückblick sinnvoll.

Beginnen wir mit dem frühen Mittelalter, das den Ausgangspunkt für die Entwicklung unserer Landschaft im zentraleuropäischen Raum markiert, die sich zwölf Jahrhunderte später weitgehend als Kulturlandschaft und nicht als Wildnis präsentiert. Die Entwicklung kann meines Erachtens am Lehenssystem der fränkischen und sächsischen Kaiserdynastien gut erläutert werden. Die Nutzbarmachung der ursprünglich überwiegend von Laubwäldern bedeckten Gebiete erfolgte durch die Lehensvergabe, die (etwas vereinfacht ausgedrückt) gestattete, dass die bäuerliche Bevölkerung das eigentlich kaiserlich/königliche Recht („Regal“) zur „Landschaftsgestaltung“ erhielt. Verkürzt gesagt: Den Bauern wurden das Recht verliehen, auf einem bestimmten Gebiet Wälder zu vernichten, um dort Ackerbau und Viehhaltung zu betreiben. Diese Entwicklung beginnt im Frühmittelalter, aber schon zum Ende dieser Epoche, beziehungsweise im darauf folgenden Hochmittelalter, verfügten die Regenten Beschränkungen des Rechts zur Waldrodung. Durch Inforestation entstanden Kaiserliche Bannwälder, zugleich endete das Recht der Bevölkerung auf freien Tierfang. Im Spätmittelalter kommt es zur Trennung von hoher und niederer Jagd. Erstere ist das Recht der adeligen Regenten, bestimmte Tierarten zu jagen, letztere das Recht der übrigen Bevölkerungsgruppen, die Jagd auf andere, „niedere“, Tierarten auszuüben.

Diese Einteilung blieb bis in die Neuzeit erhalten, sie endete in Deutschland im Jahr 1848. Das adelige „Hochjagdrecht“ führte zu erheblichen Konflikten, die sich zum Teil in den Bauernkriegen im 16. Jahrhundert und in der bürgerlichen Revolution 1848 spektakulär Bahn brachen. Das Jahr 1848 stellt in Deutschland einen enormen Einschnitt für das Jagdwesen dar. Das Recht der Jagd wird an das Eigentumsrecht an Grund und Boden gekoppelt, das Recht zur Ausübung der Jagd kann vom eigentlichen Recht der Jagd abgetrennt werden. Das Reviersystem wird etabliert, und Jagdgenossenschaften entstehen zu seiner Umsetzung.

Rechtliche Einordnung

Die Definition des Jagdrechts als untrennbarem Teil des Rechts auf Eigentum an Grund und Boden wurde 1848 festgelegt und besteht seither weiter. Eine ihrer Wurzeln ist das Bedürfnis von Land- und Forstwirten, Schaden durch herrenlose Tiere von den Früchten und Erträgen ihrer Landbewirtschaftung abzuwehren. Ein solches Abwehrrecht stand ihnen vorher nicht zu. Dieses Ergebnis des Jahres 1848, diese bürgerliche Errungenschaft findet sich auch heute noch in den gesetzlichen Regelungen wieder, etwa im § 21 Abs. 1 des Bundesjagdgesetzes: „Der Abschuss des Wildes ist so zu regeln, dass die berechtigten Ansprüche der Land-, Forst- und Fischereiwirtschaft auf Schutz gegen Wildschäden voll gewahrt bleiben sowie die Belange von Naturschutz und Landschaftspflege berücksichtigt werden.“ Und Art. 1, Abs. 1, Nr. 3 des Jagdgesetzes des Freistaats Bayern: „Beeinträchtigungen einer ordnungsgemäßen land-, forst- und fischereiwirtschaftlichen Nutzung durch das Wild sind möglichst zu vermeiden, insbesondere soll das Bejagen

» Da wo das Rotwild regelmäßig vorkommt, sind 34 Prozent der Fichten und jeweils 14 Prozent der Kiefern und Lärchen geschält.«

die natürliche Verjüngung der standortgemäßen Baumarten im Wald ohne Schutzmaßnahmen ermöglichen.“ Und zu guter Letzt Art. 1, Abs. 2, Nr. 2 des Waldgesetzes für Bayern: „Dieses Gesetz soll dazu dienen (...) einen standortgemäßen und möglichst naturnahen Zustand des Waldes unter Berücksichtigung des Grundsatzes ‚Wald vor Wild‘ zu bewahren oder herzustellen.“ Und jetzt wissen Sie auch, dass der Titel meines Vortrags gar kein deutscher, sondern ein bayerischer ist. »



Forstbetriebliche Einordnung

Das Thünen-Institut der Bundesregierung gibt als ein Ergebnis der 3. Bundeswaldinventur bekannt, dass auf 38 Prozent der Waldfläche Deutschlands Rotwild regelmäßig vorkommt, Rehwild auf 99,5 Prozent. Dort wo das Rotwild regelmäßig vorkommt, sind 34 Prozent der Fichten und jeweils 14 Prozent der Kiefern und Lärchen geschält. Der Anteil von verbissenen Jungbäumen von 20 bis 130 Zentimetern Höhe beträgt bei Eichen 43 bei anderen Laubbäumen, mit Ausnahme der Buche, 41 Prozent, und die Buchen sind zu 17 Prozent verbissen. Die deutschen Forstbetriebe schützen 2,5 Prozent des Waldes, also 440 000 Hektar (Das entspricht der Hälfte der Waldfläche Hessens) durch Zäune und Gatter.

In einer Prüfungsmitteilung aus dem Jahr 2012 kalkulierte der Hessische Rechnungshof den kumulierten Schaden, welcher das Schälen von Rotwild verursacht, auf 110 Millionen Euro, das entspricht 360 Euro pro Hektar Staatswaldfläche des Landes Hessen. Für die Bewertung des wirtschaftlichen Schadens durch den Verbiss kommt der Deutsche Forstwirtschaftsrat zu Geldbeträgen, die je nach Baumart und Verbissintensität zwischen einigen Hundert bis zu einigen Tausend Euro pro Hektar liegen. Für jeden Hektar Zaunschutz sind Kosten von etwa 1 000 Euro zu kalkulieren. Diese

Bewirtschafter der Natur aus ihr einen Nutzen haben. Dies ist übrigens auch eines der Ziele, welche die Konvention über die Biologische Vielfalt verfolgt.

Einordnung von Gemütslagen

Ist diese Sichtweise unmodern und aus der Zeit? Ich glaube: ganz und gar nicht. Vielmehr beinhaltet sie meines Erachtens eine gehörige Portion Vernunft, Realitätssinn und Pragmatismus. Und das sind Aspekte, die für ein gedeihliches Miteinander nicht die schlechtesten Voraussetzungen schaffen. Wichtig ist, dass in einer Marktwirtschaft die Eigentümer – im gesetzlich vorgegebenen Rahmen – über die verfolgten Ziele, die einzuschlagenden Wege und die einzusetzenden Mittel entscheiden. Sie tragen die wirtschaftlichen Risiken, sie können aber auch die Chancen nutzen – mithin die Früchte ernten. Das nennen die Ökonomen „Eigentümerautonomie“.

Ich möchte an dieser Stelle Michael Miersch zitieren. Er hat am 19. Juni 2015 bei der Jahrestagung meines Vereins einen fulminanten Vortrag gehalten, den ich mir zunutze mache, um auch meinen Standpunkt zu illustrieren. Er sagte: „Es wäre an der Zeit für eine Neujustierung dessen, was Umwelt- und Naturschutz für unsere Gesellschaft eigentlich bedeuten. Es sollte darum gehen, intelligente ökologische Lösungen für die sich ständig verändernde, urbanisierte und technikgetriebene Welt des 21. Jahrhunderts zu finden. Diese Lösungen müssen nicht die sein, die die dogmatisch erstarrten Ökoaktivisten und grün gefärbte Industrien auf ihre Banner schreiben. Die Zeit der Denkverbote sollte vorbei sein.“ Ich glaube, dass dies eine sehr anregende Wortwahl ist. Die Natur erfährt eine menschliche Vereinnahmung, die in einigen Übertreibungen schon fast ohne Bodenhaftung ist. Ein weiteres Miersch-Zitat: „Wir sind nach wie vor abhängig von der Natur. Doch unser Überleben und Wohlstand basieren darauf, dass wir die Natur verändern. Dass wir uns nicht in das Schicksal fügen, das sie uns vorgibt.“

Auf das Mittelalter folgte die Neuzeit und mit ihr so wichtige Epochen wie die Renaissance und die Aufklärung. Und da ist es schon verwirrend, dass unkritische Dogmen so machtvoll geblieben oder wieder geworden sind. „Natur Natur sein lassen“ oder der der Natur einen „intrinsischen Selbst- und Eigenwert“ zuzuordnen, das sind gängige machtvolle Schlagworte, bei denen die kritische und einfache Frage „warum?“ kaum noch zulässig er-

» Ich Sorge mich, weil das kritische Hinterfragen von Dogmen verpönt ist.«

Fakten, die gesetzlichen Bestimmungen und die wirtschaftlichen Bedingungen finden sich durchgängig in einschlägiger Rechtsprechung und herrschenden juristischen Meinungen wieder. Die unzureichende Festsetzung eines Abschussplans kann Schadensersatzansprüche des durch überhöhte Wildbestände in seinem Eigentum Geschädigten gegen die Behörde auslösen. Wir sehen daran, dass der Schadensabwehranspruch eines Eigentümers, wie er 1848 ersonnen wurde, seine Anwendung und Bestätigung bis heute erfährt.

Wenn wir fragen: „Welche Natur wollen wir eigentlich schützen?“, dann kommen wir als Resümee der geschichtlichen, rechtlichen und betrieblichen Analyse zum Schluss, dass eine Natur so geschützt werden sollte, dass Eigentümer und



scheint, sondern mit dem Vorwurf der „political incorrectness“ bestraft wird. Erinnert das nicht an Ereignisse vor 500 Jahren, als diejenigen, die kirchliche Dogmen durch einfache Fragen herausforderten, als „ketzerisch“ galten? Ich Sorge mich, weil das kritische Hinterfragen von Dogmen, damals „kirchlichen“, heute „natürlichen“, verpönt ist. Und ich Sorge mich, weil die, die von diesen Dogmen profitieren, machtvoll und einflussreich sind, ohne ihre Macht und ihren Einfluss den Mechanismen zu unterwerfen, die wir sonst anwenden, um Macht zu begrenzen. Ich Sorge mich, dass dieser Mechanismus eine Art Sogwirkung hat. Immer mehr Gruppen verfolgen dieses vermeintliche Erfolgsrezept.

» Ich bin überzeugt, dass es für die Jagd überlebenswichtig ist, dass Land- und Forstwirte ihren Nutzungsanspruch durchsetzen können.«

Ein Bundesvorsitzender eines großen Naturschutzverbandes soll gesagt haben: Wenn die Waldeigentümer und Forstbetriebe nicht bald ihre Haltung gegenüber dem Naturschutz änderten, dann werde sie das Schicksal der großen Energiekonzerne ereilen. In anderen Veröffentlichungen kann man lesen, in Teilen Deutschlands gebe es gesetzliche Bestimmungen, die darauf abzielten, Rotwild durch ein strenges Abschussgebot auszurotten. Zu verdanken sei dies der deutschen Forstwirtschaft und ihrem Gewinnmaximierungsstreben, welches sie seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges verfolge. Ich erfreue mich manchmal gerne an saftiger Polemik – wenn ihr die Würze von einem Kern Sachlichkeit beigemischt ist. Polemiken solcher Art aber sind saftlos und ungewürzt. Daher noch einmal zurück zu den Fakten:

Die Bundeswaldinventur 2012 dokumentiert den Zeitraum von 2002 bis 2012. In diesen zehn Jahren stieg die Jahresstrecke von Rotwild in Deutschland um 26 Prozent an, von 60 000 auf 76 000 Stück. Natürlich weiß auch ich, dass Abschusszahlen keine widerspruchsfreie Umrechnung auf den Bestand einer Wildart erlauben. Andererseits ist ihr Wert aber auch nicht gering zu schätzen, gerade in der

Betrachtung von Zeitreihen. Lassen Sie mich noch einmal Michael Miersch zitieren: „Unser Überleben und Wohlstand beruhen darauf, dass wir die Natur verändern. Dass wir uns nicht in das Schicksal fügen, das sie uns vorgibt.“ Und ich ergänze: dass wir Nutzen aus ihr ziehen. Ich zweifle nicht daran, dass die Grundlage für die Existenz von Rot- und Rehwildpopulationen, die eine jagdliche Nutzung gestattet, in der gestalteten belebten Umwelt (hier: dem bewaldeten Teil) liegt. Eine umgekehrte oder andere Kausalität sehe ich nicht. Entlang dieses Gedankens lässt sich eine vernünftige und sachliche Streit- und Konfliktlösungskultur entwickeln. Eine solche Rationalität ist ein hohes Gut. Es waren die Neuzeit, die Moderne, die Aufklärung, die uns dieses Instrument gegeben haben.

Ich bin überzeugt, dass es für die dauerhafte und nachhaltige Jagd überlebenswichtig ist, dass Land- und Forstwirte ihren Nutzungsanspruch geltend machen und durchsetzen können. Was ist die Alternative? Glaubensbekenntnisse und das Ausüben von Macht? Das kann keine Antwort sein. Ich glaube, es ist die Anstrengung wert, sich um konsensuale Lösungen zu bemühen. Dies setzt aber die Bereitschaft voraus, die existierenden Ansprüche als legitime Rahmenbedingungen anzusehen. Und innerhalb dieses Rahmens sollte es nicht zu Überforderungen der einzelnen Akteure kommen. Ob dies bei der Tierart Wolf schon so bedacht wird? Ich denke, es ist wichtig, in Zusammenhängen zu denken. In das Gesamtbild gehört die Forderung „Wald vor Wild“ genauso wie „kein Wald ohne Wild“. Solange wir nicht aus dem Rahmen dieses Bildes fallen, kann jede Diskussion nur belebend sein. «

CARSTEN WILKE

ist Präsident des Deutschen Forstvereins



Wildtiere gehören zum Wald

VON HILMAR FREIHERR VON MÜNCHHAUSEN



Der sogenannte Wald-Wild-Konflikt ist kein Konflikt zwischen dem Ökosystem Wald und dem Wildtier, sondern einer zwischen dem Nutzungsinteresse des Menschen und den Lebensbedürfnissen von Wildtieren.



Der Blick des Menschen auf den Wald

Würde man die Menschen draußen auf dem Pariser Platz fragen, ob sie sich einen Wald ohne Wildtiere vorstellen könnten, wäre wohl die klare Antwort „nein“. Und wenn man sie fragte: „Welche Wildtiere gehören zum Wald?“, würden sie vielleicht Specht oder Ameise erwähnen, mit Sicherheit aber Reh, Hirsch und Wildschwein.

In der Wahrnehmung der Menschen ist der Wald ein – vielleicht letztes – Refugium für unsere Wildtiere. Wälder werden als noch vergleichsweise naturnahe, ungestörte Landschaften empfunden – was zwar ein Irrtum ist, aber ein weit verbreiteter. Jeder weiß, dass im Wald auch Holz geschlagen wird, trotzdem werden Wälder weniger als Produktionsräume, sondern als Lebensräume begriffen. Und es macht einen großen Teil des Reizes und des Erholungswertes von Wäldern aus, wenn man als Wanderer einen Schwarzspecht oder ein Reh sieht oder zumindest die Fährte eines Rothirschen oder eines Wildschweines.

Wald ohne Wild

Dass wir Wildtieren den Wald verbieten, ist für die meisten Menschen undenkbar – und trotzdem ist es Realität. Besonders brutal manifestiert sich forstwirtschaftliches Gewinndenken in den Bundesländern, die dem „König der Wälder“ – dem Rothirsch – sein Lebensrecht auf großer Fläche absprechen. Noch immer haben sechs der 16 Bundesländer Rotwildbezirke ausgewiesen. Verlassen die Tiere diese „Reservate“, müssen sie erlegt werden. „Reviere außerhalb der Rotwildbezirke sind rotwildfrei zu machen und zu halten“, formuliert es die Ausführungsverordnung zum Bayerischen Jagdgesetz. Damit ist Bayern in weiten Teilen eine No-go-Area für den Rothirsch – nur 14 Prozent der Landesfläche sind als Rotwildlebensraum ausgewiesen. Solche No-go-Areas für den Rothirsch befinden sich vor allem im Süden und Westen Deutschlands.

Einem Wildtier das Recht zu verweigern, sich Lebensräume selbst zu suchen, ist eine Doktrin, die für andere Wildtiere, die dem Nutzungsinteresse des Menschen entgegenstehen, völlig undenkbar wäre. No-go-Areas für Kormoran, Gans, Biber oder Wolf würden sich politisch wohl kaum durchsetzen lassen. Einige Tierarten sind da doch wohl gleicher als andere...

Besonders ausgeprägt ist die wildfeindliche Haltung neben dem schwarz regierten Bayern auch im grün regierten Baden-Württemberg: Dort fristet das Rotwild auf nur vier Prozent der Landesfläche sein Dasein. Die staatlich verordneten rotwildfreien Räume in Deutschland gehen im Westen auf politische Entscheidungen aus den fünfziger Jahren zurück und wurden mit der Angst der Forstwirtschaft vor den Fraßeinwirkungen des Wildes begründet. Und da es sich beim Rotwild um ein großes Säugetier mit entsprechendem Nahrungsbedarf handelt, das zudem in Rudeln lebt, galt der Hauptangriff der Forstwirtschaft dieser Wildart. Im Zuge der Wiedervereinigung wurden Rotwildbezirke auch in den neuen Bundesländern bis auf Mecklenburg-Vorpommern eingeführt. Proteste dagegen gab es von Seiten des behördlichen und verbandlichen Naturschutzes ebenso wenig wie von der Jägerschaft. Mittlerweile ist es jedoch gelungen, dass Brandenburg, Sachsen-Anhalt, Sachsen und im Westen das Saarland die Rotwildbezirke abgeschafft haben.

Das Wild ist mehr als ein Schädling

Die Fraßeinwirkungen und weiteren „Lebensäußerungen“ des Wildes wie das Suhlen, Plätzen oder Fegen sind nur aus der Sicht des nutzenden Menschen ein „Schaden“. Aus Sicht von Natur und Ökologie können sie sogar dazu beitragen, dass ein Wald struktureicher und vielgestaltiger daherkommt als ein Wald ohne Wild. Und die auf Bonsaigröße zurückgefressenen Bäumchen auf einer Waldlichtung, die manch einem Waldbesitzer Beweis für viel zu viel Wild und Grund für verschärften Abschuss sind, sind für manche Vogel- und Insektenarten im Wirtschaftswald ein wichtiges Refugium.

Der sogenannte Wald-Wild-Konflikt ist kein Konflikt zwischen dem Ökosystem Wald und dem »



Wildtier, sondern ein Konflikt zwischen dem Nutzungsinteresse des Menschen und den Lebensbedürfnissen von Wildtieren. Diese zu berücksichtigen, sie in die Bewirtschaftung unserer Wälder zu integrieren, ist sicher im Einzelfall nicht einfach, aber dennoch eine Verpflichtung für denjenigen, der Wald sein Eigentum nennt. Besonders Waldbesitzer der öffentlichen Hand sollten hier mit Vorbild vorangehen. Doch in vielen Regionen Deutschlands ist genau das Gegenteil Realität.

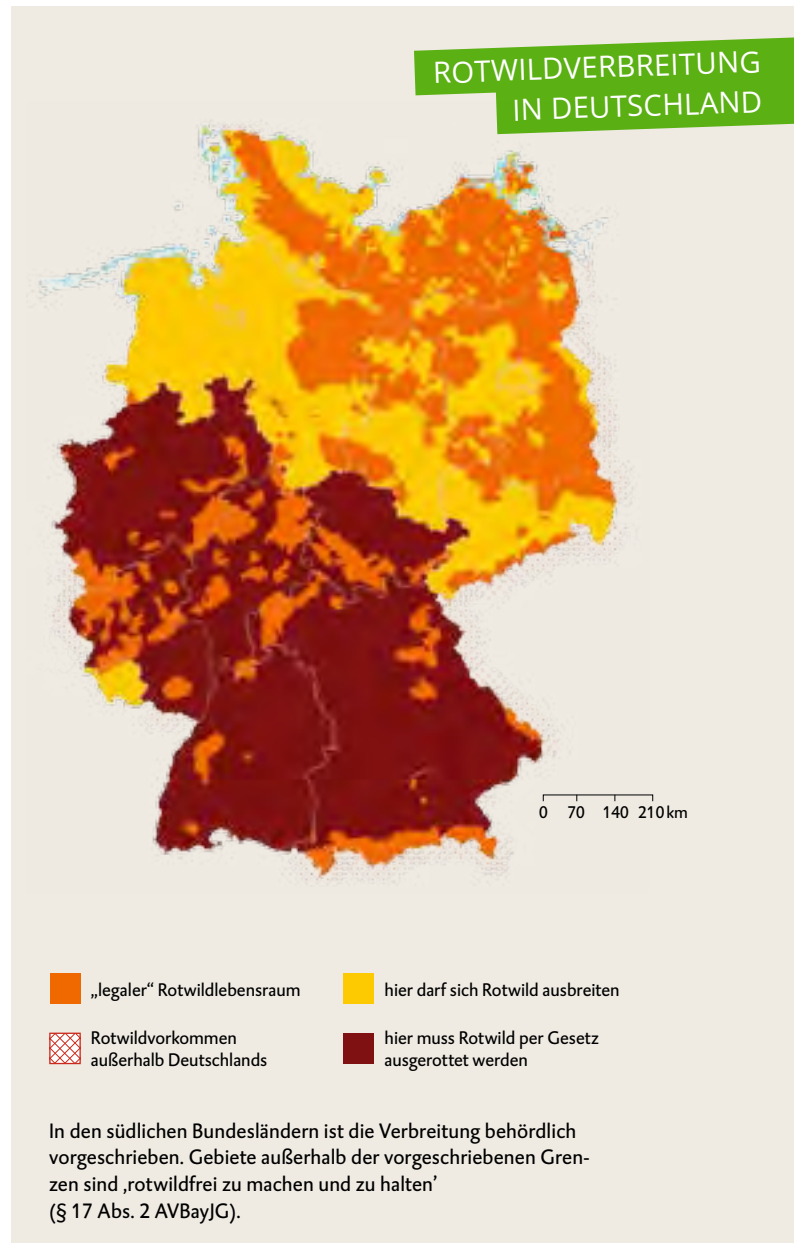
Wald mit Wild ist machbar

Dabei ist ein Wald mit Wild möglich und machbar. Die Forstwirte unter anderem in Mecklenburg-Vorpommern machen es vor. Sind sie wirklich bessere Forstwirte als ihre bayerischen Kollegen, oder sind es nicht vielmehr Kultur und politischer Rahmen, die dafür sorgen, dass im Nordosten etwas völlig selbstverständlich ist, was andernorts unmöglich erscheint?

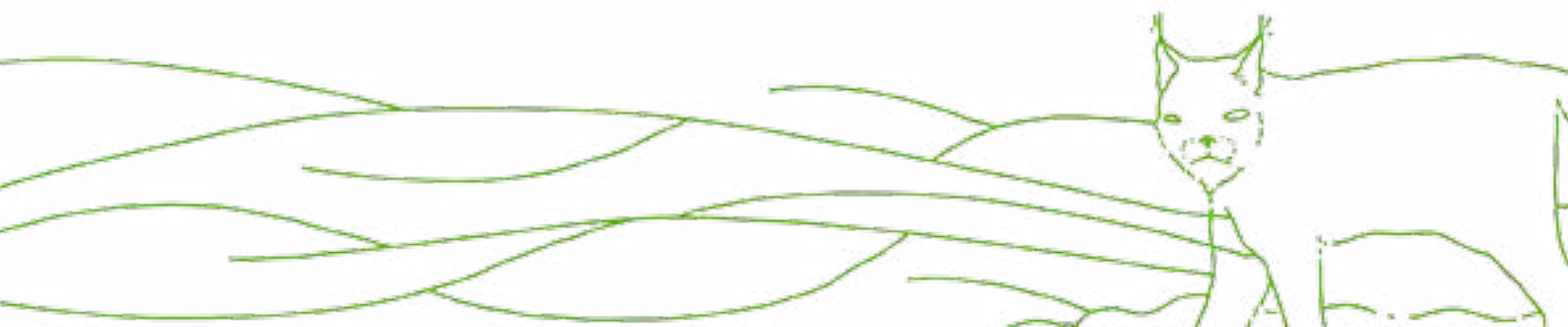
Die Deutsche Wildtier Stiftung ist davon überzeugt, dass Wald mit Wild möglich ist, unabhängig vom Standort und unabhängig von der Waldform. Zugegeben: Es ist einfacher, mit dem Rotwild im nordostdeutschen Buchenwald umzugehen als im Fichtenwald der Mittelgebirge oder in den Kiefernwäldern Brandenburgs. In derartigen Waldbeständen sollte jedoch aus Sicht des Arten- und Naturschutzes ohnehin ein Umbau zu mehr Vielfalt vorangetrieben werden. Davon würden nicht nur der Rothirsch, sondern auch viele andere Arten profitieren.

Rotwildhege ist mehr als Abschuss

Der Wildbestand und die Kapazität des jeweiligen Lebensraumes müssen in eine Balance gebracht werden. Deshalb sind die Bejagung des Wildes und damit seine Reduktion zweifellos wichtig. Doch auch dabei müssen die Lebensbedürfnisse des Wildes ernst genommen und so gut wie möglich be-



» Jeder weiß, dass im Wald auch Holz geschlagen wird, trotzdem werden Wälder weniger als Produktionsräume, sondern als Lebensräume begriffen.«



friedigt werden. Das „Totschießen“ ist nur ein Werkzeug, um Verbiss und Schälde zu verhindern. Ruhe- und Äsungsangebote sind weitere Werkzeuge, und sie sind die entscheidenden Schlüssel für eine Rotwildhege, die am Ende waldverträglich ist. Ruhezeiten sollten beim Rotwild vor allem in offenen oder halboffenen Revieranteilen eingerichtet werden. Das entspricht den Ansprüchen dieser Wildart. Auf ihrem stiftungseigenen Gutsbetrieb in Klepelshagen hat die Deutsche Wildtier Stiftung damit hervorragende Erfahrungen gemacht. Zusätzlich kann mancherorts eine Ruhezone für das Wild auch mit Möglichkeiten der Wildbeobachtung verbunden werden.

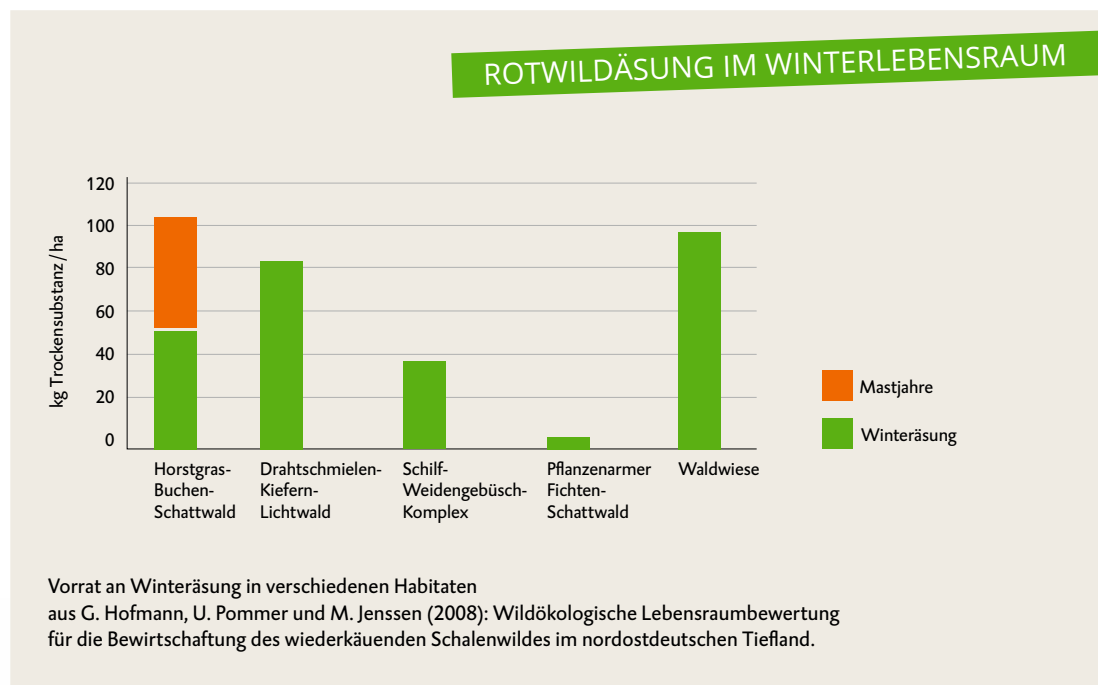
In Ruhezeiten sollte dem Wild auch Äsung angeboten werden, und zwar nicht nur im Offenland, sondern auch im Wald. Gerade hier ist Äsung oft bitter nötig – insbesondere in den von Fichten dominierten Waldgebieten unserer Mittelgebirge und vor allem im Winter. Das Maß der Dinge beim Abschuss darf dabei aber nicht die Überlebenschance einer Handvoll Ebereschen in einem ansonsten monotonen Fichtenwald sein. Hier gehören auch Fairness und Augenmaß zu einem ausgewogenen Umgang mit den Wildtieren.

Das alles – Äsungsangebote, Ruhezeiten, rotwildgerechte Jagd – ist nicht zum Nulltarif zu ha-

ben, und es ist nicht von Einzelnen allein zu leisten, sondern nur in Partnerschaft innerhalb der Hegegemeinschaften und in Zusammenarbeit zwischen den Landnutzern. Das Schicksal des Rotwildes darf nicht allein auf den Schultern der Waldbesitzer abgeladen werden. Die Landwirte, die sich in der Vergangenheit oft geschickt aus der Affäre gezogen haben, sind hier ebenso in der Pflicht, ihren Beitrag zu leisten. Die Freude am Rotwild und die Passion für die Jagd dürfen nur nicht dazu führen, dass völlig überhöhte Bestände aufgebaut werden. Wer Rotwild züchtet und dabei den Wald nur als eine Kulisse für die Jagd ansieht, der tut dem Rotwild keinen Gefallen.

Eine Zukunft für Wildtiere im Wald

Mit gutem Willen, wildbiologischem und waldbaulichem Wissen, Kommunikationsfähigkeit und langfristigem Denken ist die Bewirtschaftung unserer Wälder zusammen mit Ameise, Schwarzspecht und Rothirsch machbar. Wir kennen die Lebensraumanprüche dieser Arten und wissen, dass sie sich grundsätzlich auch mit einer Bewirtschaftung des Waldes vertragen. Der Verantwortung, diese Aufgabe zu erfüllen, müssen sich Waldbesitzer stellen. »



Schwieriger wird es mit waldbezogenen Arten, die sehr spezielle Ansprüche haben. Nicht umsonst sind es genau diese Arten, deren Bestandsentwicklung Anlass zur Sorge bieten. Als Beispiele sind Schreiadler, Mittelspecht, Schwarzstorch oder Mopsfledermaus zu nennen. Diesen Arten zu helfen ist eine besonders anspruchsvolle Aufgabe – eine Aufgabe, die sich sicher an der Grenze dessen bewegt, wozu Waldbesitzer einfach verpflichtet werden können und die daher eher als gesamtgesellschaftliche begriffen werden muss. Das bedeutet, dass Waldbesitzer finanziell zu honorieren sind, wenn sie beispielsweise durch den bewussten Verzicht auf Holznutzung in Teilen ihres Waldes zugunsten seltener Arten wirtschaftliche Einbußen haben.

» Es scheint, der Naturschutz hat sich vom Rothirsch entfernt, weil er sich vom Jäger und von der Jagd entfernt hat.«

Naturschutz neu denken

„Naturschutz neu denken“ ist diese Veranstaltung überschrieben. Das heißt, dass auch die Akteure des Naturschutzes in Behörden und Verbänden ihr Bild vom Zusammenspiel von Wald und Wild überdenken sollten. Denn während Luchs und Wildkatze, Schwarzstorch und Eremit schnell im Fokus der Sorge des Naturschutzes stehen, ist die Situation für Rothirsch und Co. eine ganz andere. Der überwiegende Teil der Naturschutzverbände Deutschlands und ein großer Teil des behördlichen Naturschutzes haben seit Jahren eine für das Wild unheilige Allianz mit der Forstwirtschaft geschlossen. So gaben beispielsweise das Bundesamt für Naturschutz und der Deutsche Forstwirtschaftsrat – nach seinem Selbstverständnis das „forstpolitische Sprachrohr der Branche“ – 2008 eine gemeinsame Erklärung zum Wald ab, in der lapidar gefor-

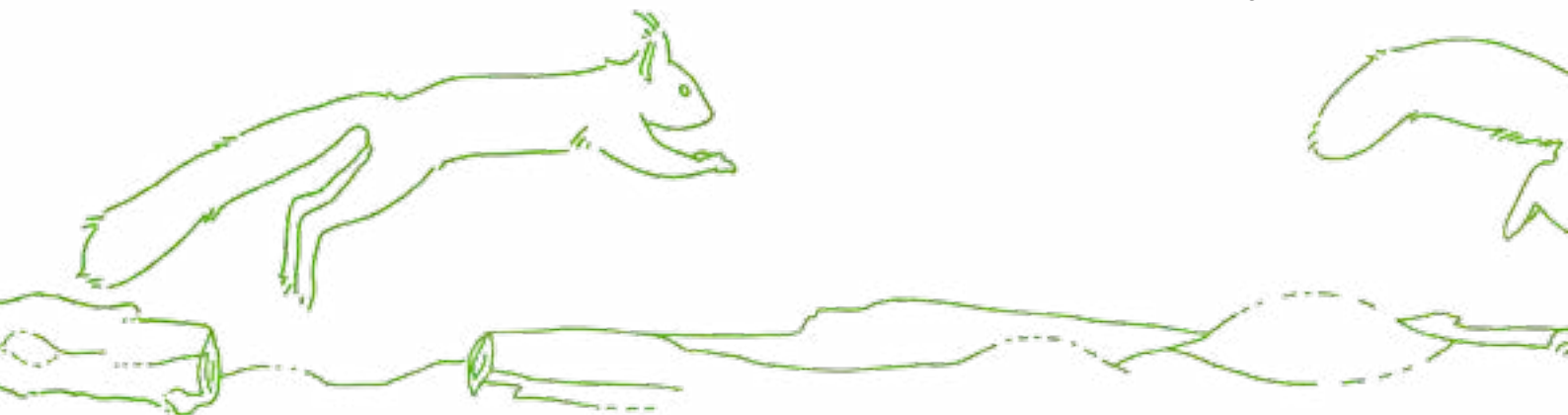
dert wurde: „Wald vor Wild; Schalenwildbestände anpassen, Abschüsse an Weiserzäunen und Verbißgutachten orientieren“. Kein Wort von mangelnder Äsung im Wald oder von Ruhezonen, keine Kritik an Nachtjagd oder langen Jagdzeiten. Mit von der Partie bei derartigen Aktionen ist auch gern der sich „ökologisch“ nennende Jagdverband (ÖJV), dessen Fokus jedoch weniger die Ökologie, sondern mehr die Forstwirtschaft ist. Seine Sicht auf das wiederkäuende Schalenwild – wohlgemerkt wird das Schwarzwild weitgehend ausgeklammert – ähnelt eher einem Vernichtungsfeldzug. Für den ÖJV und leider auch für Vertreter des Naturschutzes ist nur ein toter Hirsch ein guter Hirsch. Und Hege oder „Management“ des Schalenwildes beschränkt sich für sie auf dessen Abschuss.

Woher kommt diese Entfremdung des Naturschutzes vom Rothirsch? Warum taucht der Rothirsch in der Naturschutzdebatte nur als „Megaherbivor“ auf oder als Leitart, um weitere Grünbrücken über Autobahnen zu fordern, also immer nur dann und dort, wo er gerade ins Konzept passt?

Naturschutz und Jagd

Es scheint, als habe sich der Naturschutz vom Rothirsch entfernt, weil er sich vom Jäger und von der Jagd entfernt hat. Die Jagd ist in weiten Kreisen des Naturschutzes ein „Wildmanagement“ genanntes notwendiges Übel. Sie darf nichts mehr mit Kultur zu tun haben oder gar mit Tradition. Vor wenigen Jahrzehnten war die Kluft zwischen Jagd und Naturschutz viel weniger ausgeprägt. Heinz Sielmann und Hubert Weinzierl – beides Platzhirsche im deutschen Naturschutz – standen zur Jagd, und man sieht sie auf Fotos mit Waffe und Jägerhut im Gespräch mit Horst Popp und Gerhard Frank. Horst Popp baute unter der weitsichtigen Führung von Präsident Dr. Gerhard Frank in den siebziger Jahren einen Bereich Presse- und Öffentlichkeitsarbeit beim Bayrischen Jagdverband auf. Franks Verdienst ist auch die Gründung der Wildland Stiftung des Bayrischen Jagdverbandes und das damit verbundene aktive Eintreten der bayerischen Jäger für den Naturschutz.

Und auch Bernhard Grzimek sagte in den siebziger Jahren: „Ohne Jäger, welche heute den Landwirten oft schwindelerregende Beträge als Jagdpachten zahlen, wären vermutlich Hirsche, Hasen, Rehe, Wildschweine und Rebhühner längst als



landwirtschaftliche Schädlinge ausgerottet, wie das mit Maikäfern, Kornblumen oder Mohnblumen geschehen ist. Es ist das Verdienst der Jäger, das verhindert zu haben.“ (Aus: Auf den Mensch gekommen. Erfahrungen mit Leuten, München 1977, S. 363)

Irgendwann in den achtziger und neunziger Jahren kam es zum Bruch. Lag es am Zeitgeist? Einem Zeitgeist, der, geprägt von Demonstrationen gegen AKWs und das Waldsterben, zur Politisierung des Naturschutzes führte? Oder lag es an den handelnden Personen? Zudem war es sicherlich bezeichnend, dass sich der Deutsche Jagdschutz-Verband unter seiner damaligen Führung tief in die Arme der Landwirtschaft begab und kritiklos den Modernisierungskurs der Landwirtschaft auf Kosten von Wildtieren und -pflanzen hinnahm.

Akteure der Jagd und des Naturschutzes standen sich jedenfalls zunehmend unversöhnlich gegenüber. Daran änderte auch die Erklärung von Gut Sunder mit den „Gemeinsamen Empfehlungen des Deutschen Jagdschutz-Verbandes (DJV) und des NABU (Naturschutzbund Deutschland) zum Schutz der biologischen Vielfalt“ nicht viel. Aufgerieben zwischen den Fronten wurde am Ende das Wild.

Die Freunde vor allem des Rotwildes sind jedenfalls rar geworden. Nur wenige Akteure streiten gegen „Wald vor Wild“, für mehr Rotwildlebensraum und eine rotwildgerechte Jagd. Die Jagdverbände haben andere Sorgen. Sie stehen in den Ländern heute mit dem Rücken zur Wand, da ihnen ein durch eine neue Tierschutzszene aufgepeitschter gesellschaftspolitischer Wind entgegenweht. Und der Schulterchluss wird nach wie vor eher mit den Nutzerverbänden als den Schutzverbänden gesucht – wobei dies zwischen den vielen Landesverbänden und dem Bundesverband unterschiedlich ist. Zunehmend wird jedoch auch erkannt, dass gerade für die Jagd der Naturschutz strategisch ein ganz wesentlicher Profilverbund sein kann, durch den die Jagdverbände auch ihre Anerkennung als Naturschutzverbände unterstreichen würden.

Wild schützen, Wild nutzen

Wild schützen und Wild nutzen sind zwei Seiten ein und derselben Medaille. Sie muss nur neu geprägt und in Umlauf gebracht werden. „Naturschutz neu denken“ heißt auch, Konflikte zwischen Wildtier und Mensch neu zu denken. Es geht doch nicht um Wald-Wild-Konflikte oder Feld-Wild-Konflikte oder Gewässer-Wild-Konflikte, sondern darum, wie wir Rothirsch, Wildschwein und Kormoran in unsere Kulturlandschaft integrieren.

Wildtiere sind keine Schädlinge – das wäre eine zutiefst anthropozentrische Herangehensweise, die ausschließlich die ökonomische Nutzenmaxi-

mierung in den Vordergrund stellt. Nein, Wildtiere sind Teil unseres Lebens und sie bereichern unser Leben. Und sie bereichern mit ihren Einwirkungen auf ihren Lebensraum, die wir vielleicht vorschnell nur als Schaden wahrnehmen, unsere Umwelt.

Notwendig ist in der Zukunft eine doppelgleisige Strategie mit Blick auf den Arten- und Naturschutz im Wald: Wir brauchen in Deutschland Räume, in denen die Natur und damit auch die Wildtiere Vorrang haben. Dies wird nur auf wenigen Prozent unserer Waldfläche gelingen – politisch ist hier ein Fünf-Prozent-Ziel formuliert worden. Selbst wenn das jemals erreicht wird, brauchen wir vor allem eine Strategie für die anderen 95 Prozent unserer Wälder. Und diese Strategie kann nur heißen: Integration. Integration der Ansprüche von Wildtieren in das wirtschaftliche Handeln im Wald – sei es die Holznutzung oder die Nutzung von Wäldern für Sport, Erholung und Freizeit.

Und wir brauchen für unsere Wildtiere politische Aufmerksamkeit. Der Stifter der Deutschen Wildtier Stiftung, Haymo G. Rethwisch, hat unsere Stiftung als die „Stimme der Wildtiere“ verortet. Seine Vision ist uns heute Ansporn: Den Rothirsch zu einem gesellschaftlichen Thema zu machen. Er ist mehr als ein Waldschädling oder eine Jagdbeute. Er ist ein Natur- und Kulturgut, wir sollten dankbar dafür sein, dass wir uns seinen Lebensraum mit ihm teilen dürfen.

Fazit

Lassen Sie mich zum Schluss drei Thesen zu „Wildtiere gehören zum Wald“ formulieren:

1. Wald mit Wild! Rentable Waldbewirtschaftung ist überall in Deutschland nicht nur mit Ameise, Specht und Fuchs machbar, sondern auch mit Rothirsch und Reh.
2. Was für Wolf und Biber recht ist, muss für Rothirsch und Reh billig sein. Die Ungleichbehandlung der verschiedenen Wildtiere in Wald und Feldflur muss überwunden werden.
3. Die Menschen in Deutschland lieben den Wald. Das Erleben von Wildtieren ist wichtige Voraussetzung für ihren Schutz. „Die Menschen werden nur das schützen, was sie schätzen.“ «

**HILMAR FREIHERR
VON MÜNCHHAUSEN**

ist seit 2002 Geschäftsführer der Deutschen
Wildtier Stiftung.



Ökologie, Ideologie, Naturschutz: Wissenschaft im Konflikt mit Weltbildern

PROF. DR. JOSEF H. REICHHOLF



Die Debatten um den Naturschutz basieren heutzutage auf vielen falschen Grundannahmen. Es ist notwendig, sich von ihnen zu lösen, um die wirklich großen Bedrohungen der Natur zu erkennen und sinnvoll handlungsfähig zu werden.



Gewidmet dem Andenken von Haymo G. Rethwisch. Naturschutz hatte ihm so viel bedeutet!

Vorbemerkung

Der Naturschutz ist in eine ernste Krise geraten; eine Krise, die er selbst verursacht hat mit dem Anspruch, nicht mehr nur bedrohte Arten von Tieren und Pflanzen oder gefährdete Lebensräume retten zu wollen, sondern das Klima, die Menschheit und die ganze Erde. Dabei kommen zwangsläufig unterschiedliche Zielsetzungen miteinander in Konflikt. Etwa dergestalt, dass zu entscheiden ist, ob es wichtiger ist, den Rotmilan im Kerngebiet seines globalen Vorkommens zu erhalten, oder dort global zwar völlig bedeutungslose, aber von der Zielsetzung des Umsteigens auf erneuerbare Energien getragene und damit gerechtfertigte Windräder aufzustellen. Oder ob nicht überhaupt die Rettung des Klimas Vorrang hat vor allem, auch vor dem Naturschutz?

Zentrale These

Ökologie ist eine Naturwissenschaft, die ermittelt, was „ist“ oder was sich verändert, und nicht vorgibt, „was sein oder was werden soll“. Die Ableitung des Sollens vom Befund führt zum naturalistischen Fehlschluss, der von Seiten der Geisteswissenschaften ganz zu Recht immer wieder massiv kritisiert wird. Doch längst versteht die Öffentlichkeit die Ökologie als eine Lebenseinstellung. Im Naturschutz wirkt sie als zentrale Ideologie, und auch von der Politik wird sie als solche anerkannt. Dass sie sich dabei den Anschein von Wissenschaftlichkeit gibt, macht sie attraktiv für breite Kreise der Bevölkerung, aber auch gefährlich. Denn unter dem Deckmantel der Ökologie werden nun letztgültige Wahrheiten verkündet. Die „grüne Ökologie“ ist eine Religion geworden, die mit Archetypen wie „Mutter Erde“ argumentiert und Vorgänge in der Natur personifiziert. Das wird nachfolgend zunächst am Begriff des Ökosystems dargelegt, dann am Ökologischen Gleichgewicht weiter vertieft und in ihren gefährlichen Folgen am Thema „Fremde Arten“ speziell erläutert. Daraus sollen die Struktur der Ideologie und ihre Folgen für das Denken und Handeln im Naturschutz verdeutlicht werden. Er-

gebnis wird sein, dass wir einen neuen Naturschutz brauchen, der sich nicht so sehr von seinen Anfängen unterscheidet, sich jedoch des ideologischen Ballastes zu entledigen hat und seine Schutzziele und Ergebnisse (wieder) an der Natur, an den Tieren, Pflanzen und Lebensräumen orientieren sollte. Tragen und stützen werden ihn die Befunde der wissenschaftlichen Ökologie und das emotionale Engagement der Naturschützer, die bereit sind zuzugeben, dass sie es sind, die diesen oder jenen Schutz wollen, und nicht die Notwendigkeiten der Weltrettung ihn erfordern.

Das Ökosystem

Der Begriff „Ökosystem“ entstand zu Beginn des 20. Jahrhunderts als Kennzeichnung der Wechselbeziehungen von (zunächst) Pflanzen mit ihrer nicht lebendigen Umwelt. Damals steckte die von Ernst Haeckel 1866 begründete Ökologie noch in der rein beschreibenden Phase ihrer Entwicklung. Bald wurden die Tiere und die Mikroorganismen mit dazugenommen, so dass eine einfache Begriffsbestimmung zustande kam: Die Lebewesen bilden mit ihrer Umwelt ein Ökosystem. Offen blieb jedoch von Anfang an, wie „die Lebewesen“ und „die/ihre Umwelt“ gegen andere abgegrenzt werden.

Dazu kam es erst nach dem Zweiten Weltkrieg, als die Brüder Howard T. und Eugene P. Odum 1959 in einem grundlegenden Lehrbuch die Systembetrachtungsweise als Forschungsmethode in die Ökologie einführten, bezeichnenderweise ausgelöst durch umfangreiche Experimente der Amerikaner zur atomaren Be-/Verstrahlung eines Stücks tropischen Regenwalds auf Puerto Rico (H. T. Odum & R. F. Pigeon eds. 1970). Was die Odums dabei entwickelten, erwies sich als höchst er- »



giebige Forschungsmethode, bei der Einwirkungen und Einflüsse (input) gegen die Abgänge/Leistungen (output) bilanziert werden, und zwar in ganz nach Bedarf, das heißt von den Anforderungen des Menschen her abgegrenzten Ausschnitten aus der Natur, nicht nach natürlicherweise vorhandenen Grenzen. Solche gibt es in aller Regel auch nicht, selbst dann nicht, wenn uns das so vorkommt, etwa weil ein Wald endet oder ein See in einem Kessel liegt. Nicht nur viele Organismen wechseln frei und vielfach über diese erkennbaren Grenzen, sondern in noch viel größerem (und ökologisch bedeutenderem) Umfang gilt dies für die nicht organischen Vorgänge, wie den Austausch von Wasser, Luft und Energie.

» Es kann keinen ›richtigen‹ Zustand von Ökosystemen und ihren Gleichgewichten geben.«

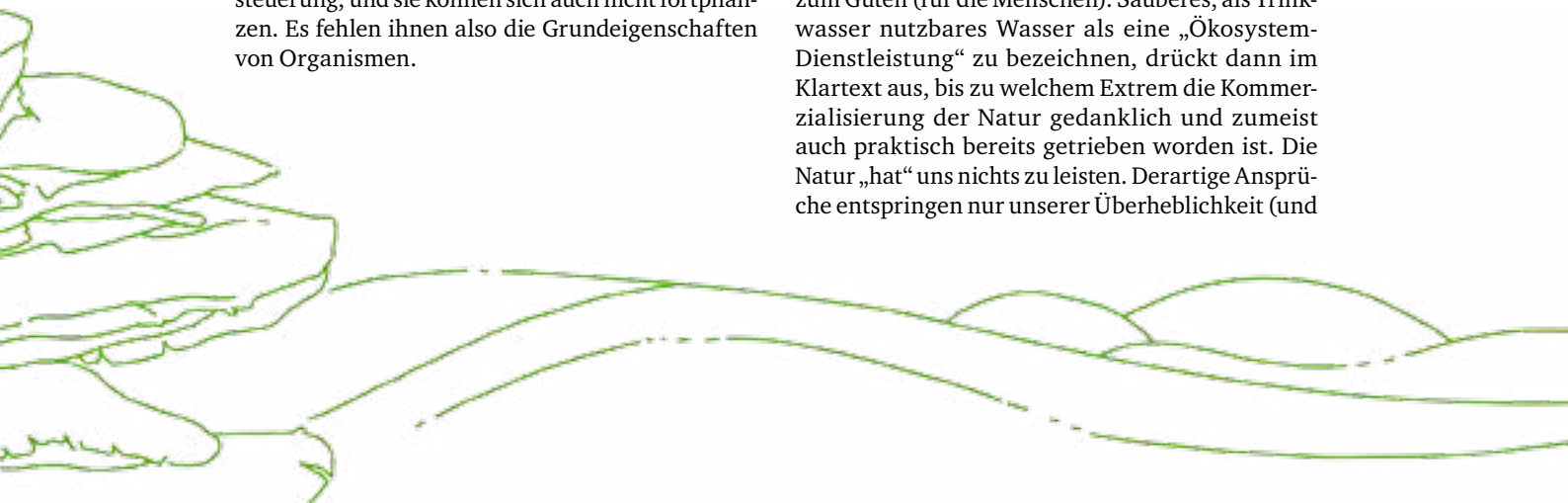
Anstelle von Grenzen gibt es im günstigen Fall Übergangszonen, wenn die Gradienten der Umweltfaktoren nicht gleichmäßig verlaufen. Doch wo ein See oder ein Wald als solcher klar erkennbar sind, bedarf es keiner zusätzlichen Abgrenzung. Auch ein Dorf oder eine Stadt werden häufig einigermaßen klar von ihrer Umgebung zu unterscheiden sein, außer bei großräumig dichter Besiedelung, wie etwa im deutschen Ruhrgebiet. Diese Klarstellung ist wichtig, weil sich dieser Begriff wenige Jahrzehnte nach seiner Einführung als Forschungsmethode gleichsam verselbständigte und zu einer der „Funktionseinheiten der Natur“ gemacht wurde.

Genau das sind sie aber nicht, die Ökosysteme, sondern sie sind Funktionsmodelle der Forschung. Sie repräsentieren keine „Über-Organismen“ und können daher weder „belastet“, „beschädigt“, noch „gestört“ und „vernichtet“ werden, außer im Computermodell, mit dem gerechnet wird. Ihre Behandlung analog zu Organismen ist völlig ungerechtfertigt, denn im Gegensatz zu jedem Lebewesen haben Ökosysteme keine Grenze zwischen innen und außen, keine zentrale Funktionssteuerung, und sie können sich auch nicht fortpflanzen. Es fehlen ihnen also die Grundeigenschaften von Organismen.

Ökosystembelastungen sind daher nichts anderes als vom Menschen verursachte Veränderungen in der Natur, die Nutzungsinteressen anderer Menschen beeinträchtigen. Aus dieser menschlichen Nutzungssicht hochgradig belastete Ökosysteme können sogar geradezu „Paradiese“ für Pflanzen und Tiere sein, wenn die üblichen, längst für selbstverständlich gehaltenen Nutzungen nicht (mehr) möglich sind. Ein eklatantes Beispiel hierfür ist die von Menschen wegen viel zu hoher nuklearer Verstrahlung vollständig verlassene Region um den havarierten Kernreaktor von Tschernobyl. Das riesige Gebiet, in dem seit 1986 die Natur sich selbst überlassen blieb, gilt inzwischen als eines der bedeutendsten Naturreservate auf dem eurasiatischen Kontinent. Es gibt dort alle Arten, denen sonst intensiv nachgestellt wird oder deren Vorkommen und Ausbreitung unmöglich gemacht werden.

Nicht einmal die aus der Sicht des Menschen katastrophale Verstrahlung stellt daher eine menschenunabhängige Belastung des „Ökosystems Tschernobyl“ dar. Entsprechendes gilt in für Menschen zwar ungleich weniger gefährlicher Weise für Tagebaugelände mit Schwermetall-Verseuchung, Abraumdungen, Mülldeponien und dergleichen, auf denen es außerordentliche Bestände seltener Arten gibt, die üblicherweise zu den besonders schützenswerten „Rote-Liste-Arten“ zählen. Hochgradig mit menschlichen Abwässern belastete Gewässer, wie der Ismaninger Speichersee bei München, zählen – oder zählten, wenn durch entsprechende Maßnahmen der Abwasserreinigung die früheren Verhältnisse nachhaltig verbessert wurden – zu den Feuchtgebieten von internationaler Bedeutung für Wasservögel. Deren Häufigkeit nimmt jedoch mit der Verbesserung der Wasserqualität ab. Die Entlastung des betreffenden „Gewässer-Ökosystems“ ist für Wasservögel daher ein großer Verlust.

Infolgedessen machen Einstufungen nur in Bezug auf Umweltschutzziele der Menschen oder ihre Nutzungsansprüche Sinn, nicht aber für „die Ökosysteme“ selbst. Allenfalls lässt sich bei Umweltbelastungen mit ökologischen Erfassungsmethoden bilanzieren, welche Arten in ihrem Vorkommen und ihrer Häufigkeit dadurch beeinträchtigt werden, und welche profitieren. „Gewinner“ und „Verlierer“ gibt es bei allen Veränderungen, auch zum Guten (für die Menschen). Sauberes, als Trinkwasser nutzbares Wasser als eine „Ökosystem-Dienstleistung“ zu bezeichnen, drückt dann im Klartext aus, bis zu welchem Extrem die Kommerzialisierung der Natur gedanklich und zumeist auch praktisch bereits getrieben worden ist. Die Natur „hat“ uns nichts zu leisten. Derartige Ansprüche entspringen nur unserer Überheblichkeit (und



sie bewegen sich auf dem geistigen Parkett der biblischen Aufforderung „Macht Euch die Erde untertan!“). Mit Vorstellungen von Harmonie mit der („Mutter“) Natur, in der die Menschen leben sollen, haben die Ökosystemdienstleistungen wahrlich nichts mehr zu tun.

Das Gleichgewicht des Naturhaushaltes

Eine ähnliche, in ihren Folgen noch bedenklichere Fiktion ist die Ableitung eines naturnotwendigen Gleichgewichts, in dem sich die Ökosysteme und überhaupt die Natur befinden sollen. Das Missverständnis – wenn es denn jemals ein solches war und nicht von vornherein eine Ideologie – ist da gleich doppelt angelegt: in der Vorstellung vom Naturhaushalt und seiner Funktionsweise. Der Begriff geht zurück auf den Wortschöpfer von „Ökologie“ Ernst Haeckel, der die neue Wissenschaft vom Naturhaushalt zwar als eine Ökonomie betrachtete, aber eben eine für das „Haus der Natur“, das *oikos* (griechisch „Haus“), und nicht einbezogen in die Ökonomie der Menschen.

Mit den frühen Vorstellungen von Ökologie war das Bild des Hauses entstanden, das in Etagen und viele Räume gegliedert ist, in dem alles seinen Platz (die ökologischen Nischen) und seine rechte Ordnung hat. War dem so, blieb die Bilanz ausgeglichen. Keine nicht verwertbaren Überschüsse werden erwirtschaftet, Mangel tritt nicht auf und Abfälle gibt es ohnehin nicht, denn, so die neuere Diktion, dafür sorgt das gleichfalls bestens geordnete Recycling.

» Wo sich nichts mehr ändert, gibt es keine Evolution mehr.«

Folglich gibt es kein Wachstum (ausgedrückt wurde dies im politischen Ziel des Nullwachstums), dafür aber fortdauernde, weil bestens austarierte Stabilität. Allein die Wortwahl drückt augenfällig das Wunschdenken aus. Dass so ein Haus zwangsläufig den großen Regler voraussetzen würde, der alles im Griff hat und immer weiß, wie gegenzusteuern ist, sollte es doch Eindringlinge (= fremde Arten) oder Belastungen (= das Tun von Menschen) geben, das wurde nicht bedacht. Bezeichnend ist daher, dass das Mobile, das seit den 1970er Jahren nach einer Skizze von Michael Lohmann dieses (elastische) Gleichgewicht zeigt, keinen Aufhänger, ja offensichtlich gar nichts hat, was es hält. Also könnte es nicht einmal hängend funktionieren.

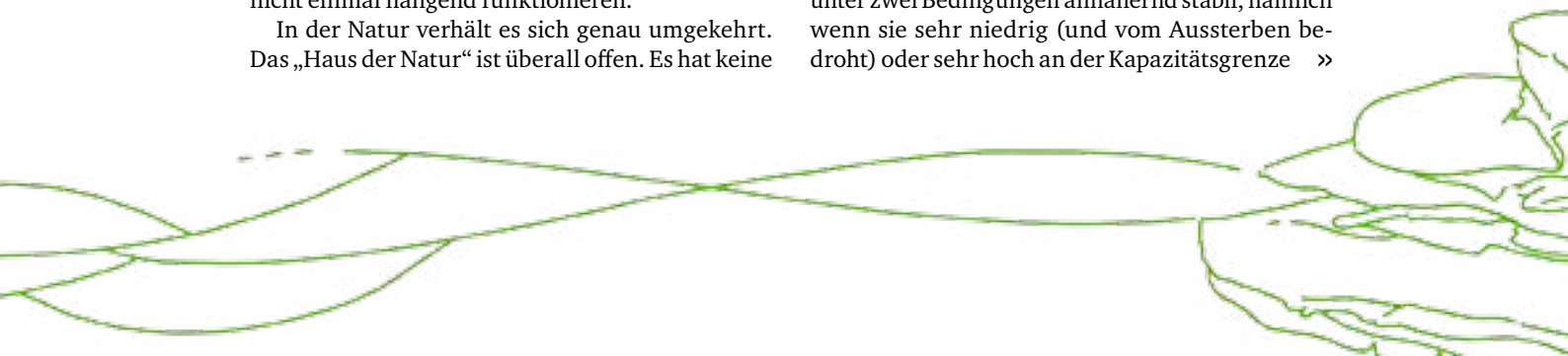
In der Natur verhält es sich genau umgekehrt. Das „Haus der Natur“ ist überall offen. Es hat keine

geschlossenen Räume oder Nischen, kein Dach, kein Fundament (außer die Erdoberfläche selbst). Alles, was sich in der Natur vollzieht, geschieht aus Ungleichgewichten heraus (Reichholf 2008). Erzeugt werden diese durch unterschiedlich starke und stark wechselnde Energieflüsse, die alles Geschehen fern vom Gleichgewicht (Prigogine 1992) halten, auch die Organismen selbst. Geraten sie in den Zustand des Gleichgewichts, sind sie tot.

Mehr noch, je ausgeprägter die Ungleichgewichte in den Naturvorgängen sind, desto „produktiver“ werden die ihnen zugeteilten Ökosysteme (als Ausschnitte aus der Natur). Nutzbare Überschüsse entstehen eben auch nur aus den Ungleichgewichten und nicht aus den in unserer Zeit so heilbringend angepriesenen Gleichgewichten. Das praktiziert die Landwirtschaft ohne tieferes ökologisches Wissen seit Jahrtausenden. Immer wieder erzeugt sie neue Ungleichgewichte und zieht daraus ihre Ernten. In der modernen, extrem hochproduktiven Form sind die Ungleichgewichte entsprechend vergrößert worden mit einem Überangebot an Pflanzennährstoffen und nötigenfalls künstlicher Bewässerung. Wo aber von Natur aus durch lang anhaltende Verluste über Auswaschung der Böden Mangel herrscht, stellt(e) sich die Vielfalt des Lebens tropischer Regenwälder und Korallenriffe ein. Führen Naturvorgänge, wie Vulkanismus, oder vom Menschen gewollte Vorgänge, wie Düngung, zur Vergrößerung der Nährstoffverfügbarkeit, nimmt die Produktivität zu, die Artenvielfalt jedoch ab. Magere Böden tragen artenreiche Pflanzengemeinschaften und eine entsprechend vielfältige Insektenwelt (Schmetterlinge, Käfer, Wildbienen und anderes Getier). Auf überdüngten Böden wachsen nur wenige Pflanzenarten, aber diese in Massen, ob gewollt (Nutzpflanzen) oder unerwünscht (Unkräuter).

Somit zeigt sich „das Gleichgewicht“ am ehesten dort, wo anhaltender Mangel an lebenswichtigen Ressourcen herrscht, weil sich unter diesen einschränkenden Bedingungen eben auch wenig verändern kann. Das „Gleichgewicht des Naturhaushaltes“, das nicht gestört werden darf, zumindest nicht so stark, dass es nicht wieder selbst zurückschwingen könnte, ist eine Fiktion. Als Wunschbild drückt es eine zwar moralisch ehrenhafte, gleichwohl aber realitätsferne Haltung aus.

Das wird nirgendwo deutlicher als bei den vielfältigen und keineswegs nur jagdlichen Regulationsversuchen von Wild und anderen Tieren oder von sich ausbreitenden Pflanzen. Denn auch die Bestände, die Populationen, bleiben letztlich nur unter zwei Bedingungen annähernd stabil, nämlich wenn sie sehr niedrig (und vom Aussterben bedroht) oder sehr hoch an der Kapazitätsgrenze »



ihrer Umwelt liegen. Dann halten die Regulierungsversuche fast immer die Bestände auf (zu) hohem Niveau mit dem Risiko, dass aus der Sicht anderer Naturnutzer Schäden entstehen. Der ideale beziehungsweise optimale „Mittelwert“ ist hingegen der am schwierigsten und aufwändigsten zu haltende, wenn das überhaupt einmal gelingt. Er würde bei der Hälfte der Umweltkapazität liegen. In diesem halten sich aber von Natur aus so gut wie keine Arten. Sie sind und bleiben entweder selten oder häufig. Die mittleren Positionen im Häufigkeitsspektrum sind kaum besetzt, und wenn, dann von den betreffenden Arten nur für kurze Zeit. Denn alle, ausnahmslos alle, tendieren über die Vermehrung zu den maximal möglichen Bestandsgrößen. Der Mensch ist keine Ausnahme, auch wenn er kraft seiner Vernunft eine solche zu seinen Gunsten und für ein für alle besseres Leben machen könnte.

» Mit ihrem Artenreichtum machen Großstädte Naturschutzgebieten Konkurrenz.«

Aus alldem folgt ebenso zwangsläufig wie zwingend, dass es keinen „richtigen Zustand“ von Ökosystemen und ihren Gleichgewichten geben kann, sondern viele mögliche, die eben alle unter den jeweiligen Bedingungen möglich und deswegen nicht besser oder schlechter als andere Zustände sind. Passen sie uns Menschen oder verschiedenen Gruppierungen von (Nutzungs-)Interessenten nicht, hat das nichts mit der Natur zu tun, sondern ausschließlich mit den Ansprüchen der Menschen – und zwar mit durchaus berechtigten. So darf es etwa in Wasser, das als Trinkwasser benutzt werden soll, es nicht vor Fischen, Krebstierchen oder Wasservögeln wimmeln. Allein deren Vorkommen und Häufigkeit würden signalisieren: Als Trinkwasser nicht geeignet. Denn in solchem müssten Fischbestände ohne Zufütterung „rückwärts wachsen“. Produktive Fischbestände brauchen mindestens so große Nahrungsmengen, wie sie Bedarf haben. Ist hohe Produktion – aus welchen Gründen auch immer – vorhanden, werden sich Nutzer finden – die abgewehrt werden müssen, wenn es sich um Produkte handelt, die Menschen brauchen.

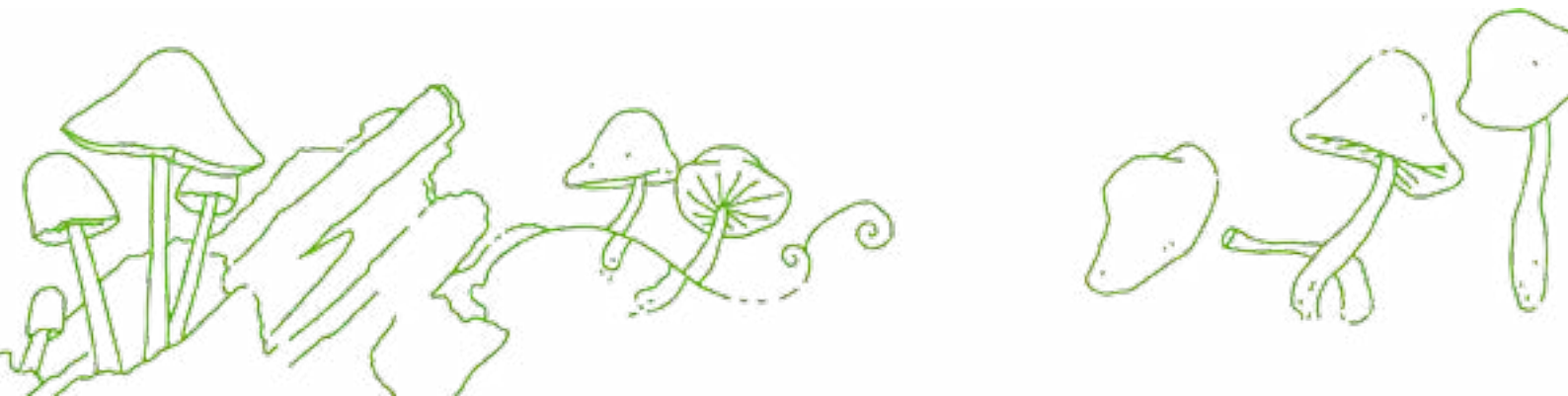
Alles in allem ähnelt die Ökologie tatsächlich

viel stärker der offenen Ökonomie menschlicher Gesellschaften, wo simple Regeln gelten, wie etwa die, dass Angebot und Nachfrage miteinander in Beziehung stehen, oder dass eine hohe Produktivität einen hohen Energieeinsatz nötig hat. Doch gerade die Erfahrungen der Nationalökonomie haben gezeigt, dass es unmöglich ist, ein Land, eine Volkswirtschaft von den anderen abgegrenzt zu halten. Wo dies massiv versucht wird, bricht die isolierte Ökonomie entweder ziemlich rasch zusammen oder sie büßt, wenn es ihr gelingt, Schlupflöcher offenzuhalten, zumindest stark an Leistungsfähigkeit ein. Prognostizieren lassen sich Volkswirtschaften in ihrer mittel- oder langfristigen Performance nicht. Auch dazu gab es wiederholt schmerzliche und viel Kapital vernichtende Ereignisse, „Blasen“ oder „Hypes“ genannt. Komplexe offene Systeme können in ihrem zukünftigen Verhalten nicht „vorhergesagt“ werden, auch nicht von den besten Supercomputern.

In der noch ungleich komplexeren Natur soll das jedoch gelingen, so die Meinung vieler, für die Ökologie gleichbedeutend mit Stabilität und Zukunftsfähigkeit ist. Sie meinen, mit ihren Eingriffen alles in den Griff zu bekommen. Könnten sie das wirklich, käme genau jener Prozess zum Erliegen, dem wir die phantastische Vielfalt des Lebens verdanken: die Evolution. Denn sie kommt aus Ungleichgewichten zustande. Wo sich nichts (mehr) ändert, gibt es keine Evolution mehr, und das Aussterben wird auch ohne Ausrottung mit der Zeit überwiegen und die Vielfalt dezimieren. Im Kleinen können wir dies bei der Entwicklung von Wäldern mitverfolgen. Die Anfangsstadien, in denen sich vieles rasch verändert, sind sehr vielfältig (= artenreich). Die lange andauernden Reifestadien hingegen sind artenarm, obwohl die Bäume noch wachsen. Erst mit dem Beginn der Zerfallsphase nimmt der Artenreichtum wieder zu, so dass beide, Anfang und Ende, reichhaltig sind, die lange Mitte aber wenig divers ist. Gäbe es nur sie oder würden Wälder so „gemanaged“, dass anhaltend schöner Hochwald vorhanden ist, verlören sie ihren Artenreichtum weitgehend.

Stadtnatur, Ökologische Nischen und die Frage, was Natur ist oder sein soll

Im Stadtgebiet von Berlin sind Exemplare von rund zwei Drittel aller Vogelarten vorhanden, die es in ganz Deutschland als Brutvögel gibt. 880 Quadrat-



kilometer repräsentieren also einen Großteil der mitteleuropäischen Vogelwelt, und das in einem Bestand von mehreren Millionen Vögeln. Dabei handelt es sich aber keineswegs nur um Spatzen (die allerdings in weiten Regionen selten geworden sind und in manchen Großstädten fast fehlen!), Amseln und Krähen, sondern es gibt auch Wanderfalken, Rotmilane, Nachtigallen (Berlin: Hauptstadt der Nachtigallen!) und viele andere, ansonsten eher rare Arten. Hinzu kommen fast alle wild lebenden Säugetiere Deutschlands mit sehr großen Beständen von Fledermäusen sowie viele weitere Arten von Tieren und Pflanzen (Reichholf 2007). Dabei ist die Stadt doch etwas Künstliches und das Ende der Natur. So lautet zumindest das gängige Vorurteil, an das sich aber weder Wildschweine noch Nachtigallen und all die anderen halten, die in die Stadt gezogen sind.

Mit ihrem Artenreichtum machen Großstädte zumindest formal Naturschutzgebieten Konkurrenz, obgleich man sie nicht zu solchen ausweisen möchte. Warum auch? Die Tiere und Pflanzen der Großstädte leben offenbar aus freien Stücken und ohne Zwang in der Menschenwelt. Vielfach tun sie das nicht schlechter als draußen in der freien Natur, in nicht wenigen Fällen offenbar sogar besser. Mag das in die Philosophie von Naturschützern passen oder nicht, die Tiere und Pflanzen haben selbst gewählt – und vielen Menschen gefällt diese Wahl. Die Stadtbewohner haben gerne Tiere in der Stadt. Sie nehmen tatsächliche oder vermeintliche Schäden viel bereitwilliger hin als die Landbevölkerung. Da das in der Stadt vorhandene Freiland, auf dem Pflanzen wachsen und Tiere leben, nicht zu Erwerbszwecken produzieren muss, kann man sich bei den stadtüblichen Nutzungen für Freizeit und Erholung damit arrangieren. Die vielen, insbesondere auch in Berlin erarbeiteten Befunde zeigen sogar, dass die Artenvielfalt mit der Größe der Stadt zu- und nicht abnimmt. Berlin hat so viele Arten, weil es größer als München oder Köln ist.

Wie ist das möglich, wo doch sogar die Ökologielehrbücher von den „ökologischen Nischen“ der Arten sagen, dass diese hier von Natur aus leben (sollten)? Das „sollten“ ist aus guten Gründen eingeklammert, denn es wird meistens bereitwillig hinzugedacht. Tatsächlich legt die wissenschaftliche Ökologie die „Nischen“ überhaupt nicht so fest, dass sie Ecken und Teilen von Zimmern im Haus der Natur entsprechen würden, mit festem Platz und klarer Ordnung, sondern als komplexe Zusammenfassung all ihrer Lebensmöglichkeiten, von denen die meisten oft gar nicht bekannt sind. Denn aus dem gegenwärtigen (Natur-)Vorkommen kann das Mögliche nicht abgeleitet werden.

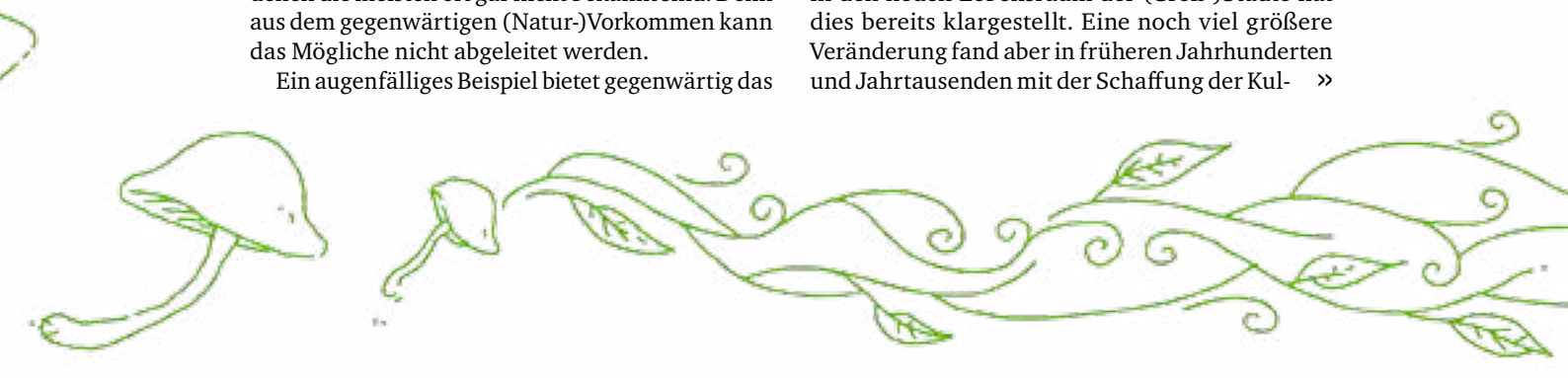
Ein augenfälliges Beispiel bietet gegenwärtig das

Überwintern Hunderter bis Tausender Silberreiher in Mitteleuropa, obwohl dieser große weiße Reiher als eine „subtropisch-tropische Art“ galt und in Lehrbüchern der Ökologie als Spezialist für Lagunen dargestellt worden ist (Stugren 1972, Tischler 1955). Seit die massive Verfolgung dieser Reiher, deren Federn vor hundert Jahren in der Damenhutmode höchst begehrt waren, aufgehört hat und sich die Bestände in schwer bis nicht zugänglichen Brutkolonien in Grenzlage wieder erholten, überwintern die Silberreiher zunehmend in Mitteleuropa. Dabei stehen sie draußen auf den Fluren und jagen Mäuse. Mitunter sind sie als weiße Reiher im Schnee kaum zu erkennen. Die Silberreiher überlebten im bayerischen Alpenvorland im Februar 2012 auch die fast zwei Wochen großer Kälte mit Nachttemperaturen unter minus 20 Grad Celsius. Dass sie das können, war unter den Verhältnisse des frühen und mittleren 20. Jahrhunderts nicht zu erkennen und hat mit dem viel strapazierten Klimawandel nichts zu tun. Ihre frühere Einordnung in den Lehrbüchern der Ökologie passte für die Zeit, aber nicht für die Art an sich.

Fachlich ausgedrückt: Die Realnische ist stets nur ein Ausschnitt aus der Fundamentalnische einer Art, die in ihrer Gesamtheit aber nicht bekannt ist. Die sogenannten Nischenerweiterungen gibt es daher wahrscheinlich nicht. Es werden unter neuen Rahmenbedingungen einfach bisher nicht realisierte Möglichkeiten der Fundamentalnische wahrgenommen. Daraus geht nun aber hervor, dass für so gut wie alle Arten von Tieren und Pflanzen schlicht und einfach gar nicht bekannt ist, wo sie überall leben könnten, wenn man sie ließe. Was wiederum bedeutet, dass aus den gegenwärtigen Vorkommen nicht abgeleitet werden darf, dass die Art „dorthin gehört“ und nirgendwohin sonst.

Fremde Arten

Die Unmöglichkeit einer definitiven Festlegung der ökologischen Nische einer Art hat Konsequenzen für die Einstufung von Arten nach heimisch und fremd. Denn wenn das Vorkommen einer Art an der Geographie (Verbreitung) und Geschichte liegt und nicht an der Ökologie, geht aus ihrer aktuellen Verbreitung auch nicht hervor, wo sie vorkommen könnte. Es lässt sich am Befund einer bestimmten Zeit weder ablesen, ob die Arealgrenzen natürlich oder nur zeitbedingt sind, noch wie es um die mögliche Konkurrenz mit anderen Arten steht. Das Eindringen einer Fülle von Pflanzen- und Tierarten in den neuen Lebensraum der (Groß-)Städte hat dies bereits klargestellt. Eine noch viel größere Veränderung fand aber in früheren Jahrhunderten und Jahrtausenden mit der Schaffung der Kul- »



turlandschaft durch Ackerbau und Viehzucht statt. Das Artenspektrum, das die Fluren bewohnt oder bis vor Beginn des gegenwärtig so starken Niedergangs dieser Arten dort vorkam, war und ist „neu“. Stellvertretend für die Vielzahl seien hier nur ein paar bekannte Vertreter genannt: Feldlerche und Rebhuhn, Feldhase und Hamster, Weißstorch und Wiesenstelze, Kornblume und Klatschmohn, Duftveilchen und die meisten „unserer“ Orchideen. Sie alle sind als Neozoen und Neophyten über die Jahrhunderte aus östlichen, südöstlichen und südlichen Vorkommen zugewandert. Einige, als Acker-Unkräuter bezeichnet, hatten durch ihre Konkurrenz zu den Kulturpflanzen Ernteverluste verursacht und waren mit Hacke und Egge, mit Händen und Feuer bekämpft worden, bevor die „chemische Keule“ sie nieder- oder ganz erschlug. Neu waren einst auch die Haussperlinge als Kulturfolger, wie die Türkentaube, die vor gut einem halben Jahrhundert ankam. Und, und, und...

Doch nicht allein aufgrund des Wirkens der Menschen, die immer wieder fremden Pflanzen neue und sehr ergiebige Nährböden bereitet und mit ihrer landwirtschaftlichen Produktivität oder den Zivilisationsabfällen (gebiets-)fremde Tierarten angelockt hatten (Ratten, Mäuse & Co), änderte sich die Zusammensetzung der lebendigen Natur beständig. Eine Startzeit, wenngleich eine auch nur aus größerem Zusammenhang herausgelöste, war das Ende der letzten Eiszeit mit dem Abschmelzen der Gletscher und der Wiederausbreitung der Wälder nach Mittel- und Nordeuropa. Diese Vorgänge sind, obgleich gebremst oder beeinträchtigt durch das Wirken der Menschen, immer noch im Gange. Seit gut einem Jahrtausend haben wir die „Buchenzeit“, in die sich seit ein paar Jahrhunderten die (menschengemachte) „Fichtenzeit“ hineingeschoben hat. Sieht man sich die Pollenanalysen für die Nacheiszeit an, so zeigen sie eine Abfolge von Waldentwicklungen mit jeweils sehr unterschiedlicher Zusammensetzung und Artendominanz. Nichts gibt darin einen Anhaltspunkt dafür, dass irgendein Zustand der richtige gewesen sei. Auch die „Buchenzeit“ ist nur vorläufig die „natürliche Waldvegetation“, vielleicht eine gar nicht so natürliche, weil Bucheckern, wie auch Eicheln, als Mastnahrung für die Hausschweine geschätzt waren, die sich im Wald selbst ihr Futter zu suchen hatten. Buchen wurden daher gefördert, ähnlich wie die Fichten in jüngerer Vergangenheit aus anderen Gründen (Bauholz und Heizmaterial).

Verfolgt man die Geschichte der Tier- und Pflanzenarten in der historischen Zeit (mit Wirken des Menschen) zurück, lässt sich nirgendwo eine Grenze ziehen zwischen einem Naturzustand und einem von der Kultur überformten. Es stellt daher nichts weiter als eine beliebige Festlegung dar, Arten, die vor der südeuropäischen Entdeckung Amerikas durch Kolumbus vorhanden waren, als die „alten“ einzustufen und die seither angekommenen als die „neuen“. Noch weniger tauglich ist die Grenze „Beginn des 20. Jahrhunderts“. Anbieten würde sich das neue Jahrtausend als Grenze nur der Einfachheit halber.

All dies ist und bleibt aber beliebig und ohne ökologische Relevanz. Die Ökologie stellt in enger Verbindung mit der Biogeographie ein mehr oder weniger kontinuierliches Kommen und Verschwinden von Arten fest, ohne dass sich ein natürlicher oder gar ein „richtiger Zustand“ festlegen ließe. Tatsächlich geht es vordergründig darum, welche Art welchen Gruppen von Menschen passt oder nicht, und nicht um „die Natur“ und die Ökologie. Wirtschaftliche Einbußen oder sonstige Schäden, die sich in Kosten für Gegenmaßnahmen ausdrücken, werden jedoch mit ökologischen Schäden gleichgesetzt. In nachgerade lächerlicher Weise macht sich der Naturschutz dabei zum Handlanger wirtschaftlicher Interessen, anstatt die Ursachen für das invasive, Schäden verursachende Auftreten einiger weniger Arten aufzuzeigen und die Verursacher anzuprangern.

Beispiele hierfür gibt es zuhauf. Die Ausbreitung (und aufwändige Bekämpfung) des Riesenbärenklau (*Heracleum mantegazzianum*), das Wuchern der ostasiatischen Riesenknöteriche (*Fallopia sp.*) und auch des Drüsigen Springkrautes (*Impatiens glandulifera*) machen Schlagzeilen und werden von Naturschützern als warnende Beispiele für die Gefährlichkeit „der Fremden“ angeführt. Und das, obwohl diese Pflanzen bereits im 19. Jahrhundert aus damals guten Gründen, nämlich als Bienenweide zur Hoch- und Spätsommerzeit sowie als Deckung und Futter für Wildtiere, eingeführt worden waren. Rund ein Jahrhundert verhielten sie sich „ordentlich“, bis ihr Wuchern in den 1970er Jahren einsetzte. Da ging ein anderes gerade zu Ende, weil die Maßnahmen zur Reinigung der Abwässer ihm die Grundlage entzogen hatten: die Massenvermehrung der Wasserpest (*Elodea canadensis*) (Reichholf 2009).



Ihr Fall hätte damals schon erkennen lassen können, worum es bei den Invasiven geht: Es wurde und wird ihnen, vor allem von der Landwirtschaft, aber auch vom Autoverkehr (Wuchern des Riesenspätholzes an den Autobahn- und Fernstraßenrändern), in unserer Zeit der Nährboden bereitet. Permanent findet im Zeitalter des Autos eine Düngung aus der Luft statt, die in Verbindung mit hocheffizienten modernen Heizungsanlagen durch Mitverbrennung von Luftstickstoff Jahr für Jahr zwischen 30 und mehr als 60 Kilogramm Reinstickstoff pro Hektar liefert; eine Menge, die vor dem Zweiten Weltkrieg als Vollwertdüngung für die deutsche Landwirtschaft angestrebt worden war. Diese arbeitet längst in anderen Größenordnungen, so dass ganz Mitteleuropa heute in einer Weise überdüngt ist, wie es noch niemals der Fall war. Überschussbilanzen von mehr als 150 kg/ha/Jahr treten weithin auf – mit höchst kostspieligen Folgen für die Bereitstellung von Trinkwasser in einer Großregion, in der es an Wasser wirklich nicht mangelt.

» Es bedarf keiner entschuldigenden Begründung, den Hirsch, eine Blume oder die Lerche als erhaltenswert zu empfinden.«

Diese Entwicklung zum heutigen, schon seit mehr als einem Vierteljahrhundert andauernden Zustand bleibt merkwürdigerweise in Kreisen von Naturschützern und häufig sogar bei Ökologen ausgeblendet, die sich mit den neuen und „invasiven Arten“ befassen (Nentwig 2011, als Beispiel für ein Werk für eine extrem einseitige Darstellung). Stimmen, die sich intensiv mit den Befunden zur Gefährlichkeit „der Fremden“ auseinandersetzen, werden hingegen marginalisiert und bleiben unbeachtet (Weiss 2015). Doch es bahnt sich ein Umdenken an. Es kommt, wie das offenbar bei uns sein muss, um Beachtung zu finden, von außen, aus dem englischsprachigen Raum. Dort werden die Unkräuter, die „weeds“, inzwischen weniger verurteilt, es wird vielmehr nach den Gründen für ihre Erfolge geforscht (Mabey 2010, Pearce 2015).

Viele der Horrorangaben, die in Naturschützerkreisen kursieren, erwiesen sich bei den Nachforschungen nach den zugehörigen Grundlagen und Forschungsbefunden als maßlos übertrieben oder als reine Befürchtungen. Thompson (2014) hat das umfassend dargelegt und Pearce (l. c.) zog daraus sogar den Schluss, dass ähnlich wie bei den invasiven Arten, aus denen sich Flora und Fauna unserer Fluren über Jahrhunderte formiert hatten und die nun Gegenstand intensivster Schutzbemühun-

gen sind, die Neuen von heute die benötigten Arten von morgen sein werden, um mit den Veränderungen in den Kulturlandschaften zurechtzukommen. Bereits vor 30 Jahren hatte Crosby (1986) den ökologischen Imperialismus des Westens anhand der invasiven Arten dargelegt und gezeigt, dass es nicht die bösartige Natur dieser Arten ist, die sich im Gefolge der Menschen ausbreiten und breit machen, sondern das Wirken der Menschen selbst.

Aber bekanntlich ist, gerade bei uns in besonders eklatanter Weise, die Landwirtschaft die „heilige Kuh“, die nicht in Frage gestellt werden darf. „Böse“ haben die fremden Arten zu sein, die sich durch sie ausbreiten. Dabei hat nichts unsere Natur so im buchstäblichen Sinne fremdartig gemacht wie die Landwirtschaft, denn alle großflächig und massenhaft genutzten Arten sind fremd, nicht heimisch, und zudem züchterisch stark verändert und nicht natürlich. Peinlicherweise trifft dies im Rahmen des „heimisch/fremd“-Denkens auch für viele Naturschutzgebiete zu, die frühere Kulturlandschaften schützen und in einem Zustand zu erhalten suchen, der zwar nicht natürlich, aber schön und artenreich ist, wie etwa die Lüneburger Heide, viele

andere Heide(=Weide-) Flächen, Streuobstwiesen, als Grünland genutzte Auen, Mittel- und Niederwälder. Was nicht gegen den Wert dieser Kulturgebiete spricht, die zweifellos erhaltenswert sind, sondern den argumentativen Hintergrund aufzeigen soll, der wenig mit Ökologie und Natur, aber sehr viel mit Kultur zu tun hat. Als „Biotope“ wären sie „fremd“ und „naturfern“, was aber die Arten, die darin leben, nicht bekümmert und auch Naturfreunde nicht zu bekümmern braucht, die sich daran erfreuen.

Ausblick auf den Klimawandel

Die invasiven Arten werden häufig in direktem Zusammenhang mit dem Klimawandel (als in dieser Kombination besonders bedrohlich) angeführt. Beiden müsse mit allen Kräften begegnet werden, sonst würde die Erde bis zum Ende des 21. Jahrhunderts einen Großteil der Artenvielfalt verlieren. Das ist unabhängig von der Problematik der Veränderung des Globalklimas – mit Verlaub – grober Unfug. Denn erstens ist längst bekannt und wissenschaftlich recht gründlich untersucht, dass die Artenvielfalt mit zunehmender Wärme (sogar exponentiell) ansteigt und im äquatorialen Bereich, nicht in der Borealen Kälte das Maximum bei »



so gut wie allen Artengruppen von Pflanzen und Tieren erreicht. Die Tropenwälder gelten zu Recht als die Schatzkammern der Artenvielfalt und nicht die Taiga, der Boreale Nadelwald – was wiederum nicht gegen dieses flächengrößte Waldgebiet der Erde spricht, sondern gegen die Argumentation im Zusammenhang mit der Erwärmung des Klimas.

Dabei werden auch die Taiga-Wälder weiter nach Norden vorrücken und, wenn überhaupt, kaum Flächenverluste erleiden, es sei denn sie werden in dem hohen Tempo niedergemacht, wie es in unserer Zeit geschieht. Nicht das Klima bedroht die Wälder weltweit, sondern die Menschen mit nicht nachhaltigen Nutzungen. Und dies betrifft nicht allein die Wälder, sondern alle Naturräume der Erde. Wie viel an Artenvielfalt am Ende des 21. Jahrhunderts noch übrig sein wird, hängt ungleich stärker von Ausbreitung und Intensivierung der Landnutzung als vom Klima ab – bei uns in Mitteleuropa wie auch global.

Das zeigt sich bereits in den „Roten Listen der gefährdeten Arten“, die bei uns sehr viele Spezies enthalten, die doch eigentlich zu den Wärmebedürftigen zählen. Anstatt häufiger geworden zu sein (wie nur einige wenige) nahmen ihre Bestände ausgerechnet in der (kurzen) Phase angestiegener Mitteltemperaturen seit den sechziger Jahren ab. Doch in genau dieser Zeit stiegen der Einsatz der Düngemittel und die Düngung aus der Luft (s. o.) so stark an, dass die überdüngte Vegetation seither immer schneller immer dichter aufwächst – und damit im bodennahen Bereich feuchtkühle Verhältnisse erzeugt.

Den ökologischen Befunden zufolge ist es daher nur allzu verständlich, dass sich genau diese Arten, die Zugang zu locker bewachsener Bodenoberfläche mit trockenen Verhältnissen brauchen würden, zurückziehen oder ganz verschwinden; beispielsweise vertreten durch Feldhase, Rebhuhn und Feldlerche. Wo deren Bestände noch einigermaßen „hoch“ geblieben sind, herrschen durchlässige Böden vor, die das Übermaß an Düngung nicht speichern oder lokal viel weniger davon abbekommen. Es sind dies insbesondere Flächen in Ostdeutschland. Diese zeigen auch in Kartierungen des Artenreichtums beispielsweise in der Vogelwelt für ganz Deutschland die größte Artendichte.

Die geringfügige Erwärmung des mitteleuropäischen Klimas seit dem Ende des 19. Jahrhunderts um etwa ein Grad Celsius bleibt zudem im jährlich

weit größeren Schwankungsbereich der Witterung verborgen. Mit diesem Verlauf der Sommer- und Winterwitterung müssen die Arten zurechtkommen, nicht mit einem statistischen Trend von Temperaturmessungen, wie sie die standardisierte Meteorologie vornimmt (und vornehmen muss). In Bruthöhe leben aber über den Wiesen und Feldern überhaupt keine Pflanzen und Tiere, denn selbst der Mais, der diese Höhe im Sommer erreicht und übertrifft, keimt und wurzelt im Boden. Für Wälder besagen die Werte von Wetterstationen gleichfalls kaum etwas, weil die biologisch wichtigen Vorgänge im Kronen- und Wurzelbereich ablaufen und weit mehr von den Niederschlägen und ihrer Verteilung über die Wachstumszeit abhängen als von der Temperatur an sich. Daher stellen die Hinweise und Begründungen im Zusammenhang mit dem Klimawandel für den Naturschutz eine Verschiebung der hier und jetzt notwendigen Maßnahmen auf eine ferne Zukunft dar. Das ist für die Politik ein probates Mittel, den ansonsten sich auftuenden Konflikten auszuweichen, für das Anliegen des Naturschutzes aber gewiss die schlechteste Lösung. Brauchen wir also einen neuen Naturschutz?

Ein neuer Naturschutz?

Ja, gewiss, ein neuer Naturschutz ist überfällig, zumindest ein Neuanfang. Der bisherige, der in den längst massiv wirtschaftlich gewordenen Interessen der „alternativen Energien“ zur Bekämpfung des Klimawandels untergegangen ist, wird genau das nicht mehr leisten können, wofür er einst angetreten war, nämlich die Natur in ihrer Vielfalt und Schönheit zu schützen und zukünftigen Generationen zu erhalten. Mais- und Rapsfelder mit Windrädern bis zum Horizont, von Stromleitungen überzogene Wiesen und Weiden anstatt eines Netzwerks von Ackerrainen haben mit Naturschutz nicht nur nichts zu tun, sie sind das Ende von Natur!

Da lebt es sich für Pflanze, Tier und Mensch tatsächlich besser in der Großstadt. Nicht sie, nicht die Ausweitung einer lebenswerten Lebenswelt der Menschen ist die Bedrohung für die Artenvielfalt, ja nicht einmal die Straßen und Industrieanlagen sind es, sondern die voll industrialisierte Landwirtschaft als Energiewirtschaft. Was vordem konzentriert auf kleiner Fläche Energie lieferte, wird nun ausgebreitet übers ganze Land. Stauseen, die zu Feuchtgebieten von internationaler Bedeutung und



zu Großrefugien für Wasservögel und am Wasser lebende Säugetiere geworden sind, gelten in diesem Denken weiterhin als katastrophale Eingriffe in den Naturhaushalt. Das Eigenurteil der Tiere und Pflanzen, die dort in Form echter Urwälder wachsen, weil sie keinen forstlichen Eingriffen ausgesetzt sind (außer der Tätigkeit der Biber), zählt nach wie vor nichts. Denn unsere Zukunft soll grün sein, maisgrün, und silbern glänzen im Netzwerk von Drähten, an denen Milan, Schwarzstorch und andere elektrokutiert werden, wenn sie vorher nicht schon von Rotoren verhackstückt wurden.

Man ist gegen den Ausbau von Straßen, der Menschenleben retten würde, weil sich ein Grauspecht davon gestört fühlen könnte, und sicherlich rar gewordene Juchtenkäfer alias Eremiten werden zur behördlichen Unterbrechung von Bahnhofsbaumaßnahmen missbraucht, obgleich sie in den zweifellos nicht heimischen Platanen stecken. Diese Instrumentalisierung des Artenschutzes für ganz andere Zielsetzungen, die mit Naturschutz nichts zu tun haben, muss aufhören. Ersetzt werden sollte die Haltung von der Ehrlichkeit, dass wir Naturfreunde und Naturschützer es sind, die diese oder jene Art, diesen Biotop erhalten wollen, weil wir diese Lebewesen schätzen. Weil uns Natur sehr viel bedeutet. Weil wir uns der Natur verbunden fühlen, wie viele andere Menschen auch. Wir brauchen keine Pseudo-Verwissenschaftlichung, sondern nennen den Wald, den See, den mageren, artenreichen Hang, den wir erhalten sehen wollen, nicht „Ökosystem Wald“... Weil es um uns und unsere Kinder, nicht um die Rettung der Welt mit dem schalen Ökosystembegriff geht. Aus Freude an der Natur ist die Wertschätzung erwachsen. Sie hat mindestens die gleiche Berechtigung wie Kultur, Sport und andere Interessenslagen von Menschen. Wir beanspruchen die gleiche Berücksichtigung, denn die demokratische, durch das Grundgesetz gestützte Grundordnung garantiert uns die Berücksichtigung unserer Interessen.

Es bedarf keiner entschuldigenden Begründung, den Hirsch, eine Blume oder die Lerche als erhaltenswert zu empfinden. Die Natur in ihrer Vielfalt und Schönheit erhalten zu wollen ist ein ehrenwertes Ziel, das sich moralisch nicht rechtfertigen muss. Am Ergebnis seiner Bemühungen aber wird sich der Naturschutz als behördliche Institution und gesellschaftliche Kraft messen lassen müssen. Das sollte insbesondere im Hinblick auf Verfügbar-

keit und Verwendung der Mittel geschehen, die beiden zur Verfügung gestellt werden. Das Wichtigste besteht aber darin, die Menschen wieder mehr an die Natur heranzuführen anstatt sie, wie gegenwärtig, weitgehend auszusperren. Natur ist genehmigungspflichtig gemacht worden. Das sollte so schnell wie möglich geändert und auf das wirklich und nachweislich notwendige Maß zurückgenommen werden. Dann kann mit mehr Freude an der Natur diese auch wieder viel mehr Freunde gewinnen. «

JOSEF H. REICHHOLF

war Leiter der Hauptabteilung Wirbeltiere an der Zoologischen Staatssammlung in München und lehrte als Professor für Naturschutz an der Technischen Universität München und an der Ludwig-Maximilians-Universität München. Er ist Botaniker der Deutschen Wildtier Stiftung.

LITERATUR

- Crosby, A. W. (1986): *Ecological Imperialism. The Biological Expansion of Europe, 900 – 1900.* – Cambridge Univ. Press, Cambridge.
- Mabey, R. (2010): *Weeds. In Defense of Nature's Most Unloved Plants.* – HarperCollins, London.
- Nentwig, W. Hrsg. (2011): *Unheimliche Eroberer. Invasive Pflanzen und Tiere in Europa.* – Haupt, Bern.
- Odum, E.P. & H.T. Odum. (1959): *Fundamentals of Ecology.* W.B. Saunders, Philadelphia.
- Odum, H.T. & R.F. Pigeon eds. (1970): *A Tropical Rainforest.* – Division of Technical Information, U.S. Atomic Energy Commission.
- Pearce, F. (2015): *The New Wild. Why Invasive Species Will Be Nature's Salvation.* – Icon, London.
- Prigogine, I. (1992): *Vom Sein zum Werden.* – Piper, München.
- Reichholf, J. H. (2007): *Stadtnatur.* – oekom, München.
- Reichholf, J. H. (2008): *Stabile Ungleichgewichte.* – edition unseld, Frankfurt.
- Reichholf, J. H. (2005/2009): *Die Zukunft der Arten.* – C. H. Beck / dtv, München.
- Reichholf, J. H. (2010): *Naturschutz. Krise und Zukunft* – edition unseld, Frankfurt.
- Stugren, B. (1972): *Grundlagen der allgemeinen Ökologie.* – Fischer, Jena.
- Thompson, K. (2014): *Where Do Camels Belong? The Story and Science of Invasive Species.* – Profile, London.
- Tischler, W. (1955): *Synökologie der Landtiere.* – Fischer, Stuttgart.
- Weiss, V. (2015): *Die rote Pest aus grüner Sicht. Springkräuter – von Imkern geschätzt, von Naturschützern bekämpft.* – Stocker, Graz.



Naturschutz neu denken! Das tut dringend Not in einer Welt, in der wirtschaftliche Entwicklung auf Kosten der Natur nicht nur allgegenwärtig ist, sondern oft einfach hingenommen wird und manchmal gar gesellschaftlicher Konsens zu sein scheint. Exportzahlen, Autobahnen, Arbeitsplätze – alles ist immer wichtiger als die Natur. Dabei können und wollen wir ohne eine intakte Natur und die Leistungen von Biodiversität und Ökosystemen nicht sein. Fernsehen, Autofahren, im Internet surfen – auch das basiert alles letzten Endes auf Leistungen der und Rohstoffen aus der Natur.

Wir sind die erste Generation von Menschen, deren Eingriffe die Umwelt auf globaler Ebene verändern. Wir sind aber auch die erste Generation, die die Bedeutung von Natur verstanden hat und global handeln kann. Wir brauchen einen neuen Diskurs, der eine breite Zivilgesellschaft einbindet.

Naturschutz ist schon lange nicht mehr nur ein Thema für Tierfreunde. Naturschutz ist die Basis allen wirtschaftlichen Handelns und Garant für das friedliche Zusammenleben von Menschen. Klima- und Ökokatastrophenflüchtlinge sind längst Realität, auch wenn sie bisher selten so bezeichnet werden. Bravo Deutsche Wildtier Stiftung, dass Sie sich das Motto „Naturschutz neu denken“ auf die Fahne geschrieben haben. Schade nur, dass die Rednerliste dieser Konferenz nur ältere Herren aufzubieten hatte. Hatte keine Frau, kein junger Mensch, kein Experte einer anderen Fachrichtung hier etwas zu sagen gehabt? Ich glaube wohl – und freue mich auf das nächste Treffen, wenn wir den Blick über den Tellerrand schweifen lassen und alle mit inspirierenden Ideen dazu nach Hause gehen, wie wir ALLE Naturschutz neu denken können.

Dr. Frauke Fischer

ist Biologin und lehrt an der Universität Würzburg. Sie gründete 2003 die Agentur „auf! – Die Nachhaltigkeitsexperten“.

Zielkonflikt: Wald versus Wild

Bei der Debatte um Wald und Wild geht es uns als Deutsche Wildtier Stiftung nicht um das Wieviel. Solange die Populationsdichte natürliche Verhaltensweisen wie zum Beispiel Rudelbildung zulässt, liegt die Höhe des Abschussplanes beziehungsweise der Population in der Entscheidung der Grundeigentümer. Uns geht es vielmehr um die Frage, wie wir mit Rotwild umgehen und welches Leben wir ihm aufzwingen wollen. Wir fordern Wildruhezonen und kurze Jagdzeiten, eben weil sich Rotwild derzeit bei uns nicht natürlich verhalten kann. Und gemeinsam mit einer scharfen Bejagung außerhalb der Wildruhezonen sind sie der Schlüssel, um Konflikte mit Rotwild zu entschärfen. Sie sind jedoch auch das einzige Instrument, um die Wildart auch für die Bevölkerung wieder erlebbar machen.

Dr. Andreas Kinser ist Referent für Forst- und Jagdpolitik bei der Deutschen Wildtier Stiftung.

Zwei Themen möchte ich ansprechen. Erstens: Bürger und Naturschutzgesetz. Es erscheint mir wichtig, einen Dialog über die Zukunft des Naturschutzes nicht nur mit der Bevölkerung zu initiieren, sondern auch mit dem Gesetzgeber. Das betrifft nicht nur das Thema „Erneuerbare Energien“, deren Ausbau nachweislich viel Schaden an der heimischen Natur stiftet. Es betrifft auch Gesetze, die den Umgang mit Natur im Kleinen betreffen. Ein profundes Verständnis für die Natur rührt stets von eigenem, ganzheitlichem Erleben von Tieren und Pflanzen und deren Lebensräumen. Während einst das Pressen von Pflanzen, das Sammeln von Insekten oder das Beobachten von gefangenen Wildtieren zur Standard-Beschäftigung vor allem junger Menschen gehörte, sind diese Tätigkeiten heute gesetzlich weitgehend verboten. Dabei sind sich wohl die meisten Fachleute einig, dass, abgesehen von wirklich seltenen Arten in Reliktpopulationen, die Entnahme von Individuen aus der Natur keinen signifikanten Einfluss auf die Populationsgröße der Art hat.

Es ist für mich nicht nachvollziehbar, dass etwa im Rahmen der ordnungsgemäßen Landwirtschaft oder des Gewässerunterhalts ganze Amphibienpopulationen beeinträchtigt oder sogar beseitigt werden dürfen, während es Kindern pauschal untersagt ist, Libellenlarven, Kaulquappen oder Eidechsen zur Beobachtung auf der Fensterbank zu fangen. Derartige das Naturverständnis fördernde Tätigkeiten folgen Impulsen, die sich aus unvorhersehbaren Situationen ergeben. Etwa wenn man am Rande des Spazierweges auf eine Pfütze voller austrocknender Kaulquappen stößt. Oder wenn beim Pilzesuchen ein von jungen Waldeidechsen bevölkerter Baumstumpf entdeckt wird. Die gesetzliche Möglichkeit der Befreiung vom Entnahmeverbot schafft durch den damit verbundenen Aufwand und das zeitraubende Genehmigungsverfahren große Hürden für Kinder und Erziehende. Das zweite Thema, das ich ansprechen möchte, ist der Wert von Wildnis. Häufig wird angenommen, dass vom Menschen abwechslungsreich gestaltete, extensiv genutzte Landschaften eine große Biodiversität aufweisen. Da solche Landschaftsformen heute oft nicht der ökonomischsten Bewirtschaftungsweise entsprechen, kann man von verhältnismäßig hohen Kosten ausgehen, die durch Erhaltungs- und Pflegemaßnahmen entstehen.

Ihnen stehen oft Wildnisgebiete gegenüber, in denen natürlichen Prozessen freien Lauf gelassen wird. Als Beispiel wird hier gern, so auch im Vortrag von Prof. Küster, der Nationalpark Bayerischer Wald angeführt, in dem nach

Windwurf und Borkenkäferkalamitäten dem Wachstum eines wilden Waldes Raum gegeben wird. Die dabei entstehende, vom Menschen unbeeinflusste Natur wird als kostengünstig „zu haben“, aber auch als vergleichsweise artenarm eingestuft.

Hierzu möchte ich anmerken, dass eine vom Menschen unbeeinflusste Natur sich nur dann sinnvoll zu einer funktionalen Wildnis entwickeln kann, wenn alle Akteure des jeweiligen Naturhaushaltes miteinander wechselwirken können. Da die großen Pflanzenfresser in Europa flächendeckend ausgerottet und als ökologischer Faktor nicht mehr vorhanden sind – oder, wie im Falle des Rothirschs, in einer Art und Weise gemanagt werden (Bestandsregulierung, Gattern im Winter, Fütterung), die einen Einfluss auf die neue Wildnis minimieren, fehlt der Faktor Pflanzenfresser im Wald. Erst durch ihr Fehlen werden Waldgebiete unter Prozessschutz zu dichten Strauch- und Baumgesellschaften, die nur wenigen spezialisierten Tieren oder Blütenpflanzen einen Lebensraum bieten. Großtiere gestalten durch Schälern, Verbiss, Grasern, Offenhalten, Anlegen von Kotplätzen, Suhlen, Wechseln und Trittsiegeln ihren Lebensraum in starkem Ausmaß. Solche Gebiete beherbergen unter Umständen eine ähnlich große oder sogar eine noch größere Biodiversität als die extensiven Kulturlandschaften, weil sie sich in ihrem Mosaik aus Teillebensräumen und in ihrer Dynamik bis zu einem gewissen Grad ähneln. Schon der Großtierkot hat das Auftreten ungeheurerer Mengen von kotverarbeitenden Käfern zur Folge, was wiederum in arten- und individuenreichen Vorkommen an Großfledermäusen, seltenen Vogelarten etc. resultiert.

Im Gegensatz zur Kulturlandschaft sind Wildnisgebiete mit Großtieren als implementierten Landschaftspflegern nicht nur günstig zu erhalten, sondern können gegebenenfalls durch sanfte Jagd oder Safaritourismus auch Profit abwerfen. In der Naturschutzplanung wird häufig der Begriff „Potentielle Natürliche Vegetation, PNV“ verwendet, wenn es um die Abschätzung der Auswirkung von gestaltenden Maßnahmen in der Naturschutzplanung geht. Ich möchte anregen, zumindest bei der Planung und Einrichtung von Großschutzgebieten die „Potentielle Natürliche (Mega-)Fauna, PNF“ zu berücksichtigen. Verschiedene Vertreter dieser landschaftsgestaltenden Tiergruppe lebten einst wohl überall in Deutschland, so dass ihr Fehlen auch überall eine unnatürliche Landschaft beziehungsweise Vegetationsentwicklung zur Folge hat.

Jan Haft ist Tier- und Naturfilmer und Miteigentümer der Produktionsfirma Nautilusfilm.



Um eine Versachlichung der zukünftigen Naturschutzdebatte zu erreichen, muss der „Eigenwert der Natur“ als gesetzlicher Schutzzweck im Bundesnaturschutzgesetz gestrichen werden. Zunächst handelt es sich um einen metaphysischen Fehler des Gesetzgebers. Die Natur besteht aus einer Vielzahl belebter und unbelebter Materie, die in ihrer Gesamtheit seit Beginn der Zeit einem dauernden Wechsel unterworfen ist, lange bevor der Mensch auftauchte. Aufgrund dieser Mannigfaltigkeit und Veränderungstypik ist allein die Definition des Naturbegriffs nahezu unmöglich. Diesen Begriff gleichsam zu einer Personenidentität („die Natur“) mit einem Individualwert zu machen, ist rechtsphilosophisch nicht haltbar. Werte außerhalb des menschlichen Denkens gibt es in der Natur nicht. Im Gegenteil liegt ihre Typik im dauernden Verfall bei gleichzeitiger Neuentstehung. Eine derartige Fehlwertung steht außerdem im Widerspruch zum anthropozentrischen Verfassungsbild des Grundgesetzes, das zu Recht allen Wert

von Naturgütern aus den Interessen des Menschen als weltweit einzigem rechtsbeteiligten Wesen ableitet. Vor allem aber hindert der Rechtsbegriff des Natureigenwertes die am Naturschutz beteiligten Parteien an der Versachlichung ihrer Debatte. Das Gefühl, für ein sprachloses, schützenswertes Individuum zu streiten, weckt in der Naturschutzdebatte leicht die Vorstellung, per se ethisch besser zu handeln, als Parteien mit eigenen oder gemischten Interessen. Unter dem Gütesiegel altruistischer Interessenwahrnehmung wird leicht sachfremden Scheinargumenten und der Anmaßung eigener Deutungshoheit („Wir bestimmen, wie Natur aussehen soll“) ein automatischer Vorrang gegenüber Drittinteressen eingeräumt. Die Verbandsklage als Beteiligungsmodul der Naturschutzverbände bedarf einer solchen Zwecksetzung nicht, da sie durchaus mit dem Selbstverständnis des Menschen und seinen eigenen Interessen an einer von ihm als intakt empfundenen Umwelt und einer ästhetisch schönen Landschaft begründet werden kann.

Dr. Florian Asche ist Autor, Rechtsanwalt, Kuratoriumsmitglied der Deutschen Wildtier Stiftung und Vorstandsmitglied der Stiftung Wald und Wild in Mecklenburg-Vorpommern.

Carsten Wilke formuliert aus Sicht der Waldeigentümer den Anspruch, gegen Beschädigung des Waldes und Minderung der Erträge durch Wildverbiss geschützt zu werden. Ich meine, dass dem mit einem ganz grundsätzlichen Hinweis auf die im Grundgesetz postulierte Sozialbindung des Eigentums begegnet werden könnte und sollte: Wenn auch der Natur- und Tierschutz in letzter Konsequenz dem Menschen zu dienen hat, dann müsste ein Ausgleich der hier kollidierenden Interessen schon dadurch zu gewährleisten sein, dass das Interesse (der Allgemeinheit) an einem funktionierenden, maßvollen Natur- und Tierschutz als ein öffentliches Interesse definiert wird, das im Rahmen der Sozialbindung mit den Eigentümerinteressen zum Ausgleich zu bringen ist.

Haben wir mit dem Begriff „Landschaft“ tatsächlich das Paradigma eines neuen Naturschutzverständnisses gefunden, das alle romantischen Mystifizierungen der „Natur“, des „Naturhaushaltes“, des „natürlichen Gleichgewichts“ hinter sich lässt? Hansjörg Küsters Vorschlag klingt verlockend. Die Kulturlandschaft, mit der wir es als Naturraum in Mitteleuropa zu tun haben, ist nun einmal das Ergebnis menschlichen Wirkens und Austragungsort menschlicher Interessenskonflikte. Dem muss man sich Küster zufolge stellen und den Landschaftsschutz zum Verhandlungsgegenstand machen. Niemand ist dabei der Sachwalter der „wahren“ oder „eentlichen“ Natur.

Mir ist das ein bisschen zu viel Nüchternheit und Ernüchterung. Es sind nicht alle Ansprüche an die Natur gleich legitim. Naturschutz muss auch klar Partei ergreifen gegen menschliche Nutzungsinteressen und Raum für natürliche

Dr. Jörg Soehring
ist Rechtsanwalt und Mitglied des Präsidiums
der Deutschen Wildtier Stiftung.

Ich sehe den Naturschutz als Kulturaufgabe an. Da mir das als ein ganz wichtiger Punkt erscheint, bin ich sehr dankbar für den Vortrag von Prof. Küster. Wir haben im Laufe der Zeit Naturschutzinstrumente entwickelt, die alles mögliche nach vorne stellen, aber Landschaft und Landschaftsbild zunehmend in den Hintergrund rücken. Ein Käfer, ein Eremit, der in Gefahr gerät, kann ganze Bauprojekte verzögern. Da gilt ein einzelnes Tier bereits als hartes Kriterium. Das Schutzgut Landschaftsbild geht in solchen Abwägungsprozessen hingegen regelmäßig unter, weil es bisher nur ein sogenanntes weiches Kriterium ist. Darum finde ich es in diesem Zusammenhang auch nicht ehrlich, wenn hier Waldbesitzer/Forst auf der einen Seite und Jagdinteresse auf der anderen Seite über Wald vor Wild oder Wild vor Wald diskutieren, und man sich im Ergebnis lediglich einig zu sein scheint, dass „der Naturschutz“ irgendwie versagt, weil er sich angeblich nicht klar genug auf die eine oder andere Seite schlägt. Ich bin es

Axel Steffen

ist Abteilungsleiter für Naturschutz im Ministerium für Ländliche Entwicklung, Umwelt und Landwirtschaft in Brandenburg.

Entwicklungen schaffen. Es gibt zwar für die „Natürlichkeit“ von Naturverhältnissen kein objektives Maß. Aber wenn wir uns nicht darauf einigen, dass Artenvielfalt ein Wert an sich ist, brauchen wir von Naturschutz nicht mehr zu reden.

Das ist kein Plädoyer für möglichst viel „Wildnis“. Biologisch bewirtschaftete bäuerliche Familienbetriebe sind für die Artenvielfalt wichtiger als Naturschutzgebiete. Dasselbe gilt für eine naturnahe Forstwirtschaft. Soviel „Agrarromantik“ muss sein. Naturschutz ohne einen grundlegenden Vorbehalt gegen die technische Zivilisation läuft zumindest Gefahr, sich von einem neuen grünen Industrialismus blenden zu lassen. Die Dekonstruktion überkommener Leitbegriffe des Naturschutzes darf nicht so weit führen, dass die Liebe zur Natur verloren geht. Und die Liebe ist, wie man weiß, rational nicht zu erklären. Man muss etwas Vernünftiges daraus machen.

Eckhard Fuhr

ist Journalist und als solcher Korrespondent für Kultur und Gesellschaft der WeltN24-Gruppe.

leid, dass man Naturschutzargumente immer nur dann und soweit verwendet, wenn es zur Durchsetzung eigener Partikularinteressen gerade passt und ein davon losgelöstes eigenes Naturschutzinteresse dahinter häufig gar nicht existiert. DEN Naturschutz, den kann es im Übrigen überhaupt nicht geben, weil dies eine gesellschaftliche Aufgabe ist, die immer wieder neu ausgehandelt werden muss, die notwendigerweise viele Facetten und Ansätze hat und vor allen Dingen flächen- beziehungsweise situationsbedingt zu jeweils anderen vorrangigen Zielsetzungen vor Ort führen kann. DER Naturschutz eignet sich ebenso wenig als Steigbügelhalter gegen den weiteren Ausbau der Windenergie, wenn man eigentlich nur gegen die Notwendigkeit einer Energiewende als solche argumentieren will. Leider haben das umgekehrt eine ganze Reihe grüner Landesminister auch nicht begriffen, die meinen, Naturschutzzielsetzungen gegen das übergeordnete Politikziel der Energiewende ausspielen zu müssen.

Arten haben unterschiedliche Ansprüche an ihre Habitate, doch ebenso unterschiedlich sind die Strategien der Populationen, die den Erhalt der Art sichern. Häufigkeit ist dabei nicht nur Anzeichen des Erfolges einer Art, sondern immanenter Bestandteil der Populationsbiologie. Zunehmend konzentrieren sich Artenschutzbemühungen auf die verschiedenen Schutzgebiete, die insbesondere in den letzten Jahrzehnten von Kleinstflächen bis hin zu Nationalparks ins juristische Leben gerufen wurden. Dabei werden oftmals Waldhabitate und kleinere Sonderstandorte geschützt, in denen seltene Arten im Fokus stehen. Diese Bemühungen sind durchaus erfolgreich für manche Arten, während viele der häufigen Arten zunehmend in Bedrängnis geraten. Ehemals subdominante bis dominante Arten insbesondere des Offenlandes durchlaufen einen anhaltenden Sinkflug und sind bereits regional verschwunden. Wenn beispielsweise zehn Prozent der Landfläche vorwiegend mit Wald und Sonderstandorten geschützt werden, nutzt dies etwa Arten der Agrarlandschaft nicht im Geringsten. Ursprünglich für die Inselbiogeographie begründet, besagt die These stark vereinfacht, dass kleinere Flächen weniger Arten beherbergen. Für das Festland sind im Vergleich zu Inseln sicher weitere Faktoren zu berücksichtigen, aber die massive Reduktion von Lebensraum führt auch hier mindestens zu Verlusten der Artmächtigkeiten. An den Beispielen Rebhuhn, Feldlerche, Kiebitz – um nur einige wenige zu nennen – wird bereits sehr deutlich, wie hilf- und bedeutungslos ein Artenschutz ist, der sich nur auf eine geringe und zudem sehr spezielle Auswahl von Habitaten beschränkt.

Dr. Daniel Hoffmann

ist Wildbiologe, Inhaber des Instituts für Artenschutz und Wildtierforschung und Geschäftsführender Direktor der Game Conservancy Deutschland.

Der Naturschutz braucht die offene Debatte

Die Deutsche Wildtier Stiftung lud am 30. Oktober 2015 an den Pariser Platz in Berlin, um in einem Kreis von Experten kontrovers und konstruktiv über Zielkonflikte im Naturschutz zu diskutieren.

FOTOS: LUDWIG NIKULSKI



1



2



3



4





5



6



7



8



9

- [1] Konferenz mit Weitblick am Pariser Platz, Sitz der Berliner Dependence der Deutschen Wildtier Stiftung
- [2] Dr. Christiane Schell
- [3] Albrecht Fürst zu Oettingen-Spielberg, Dr. Daniel Hoffmann
- [4] Harry Neumann
- [5] Ralf Fücks
- [6] Lichthof des Allianz-Forums
- [7] Dr. Jörg Soehring, Alice Rethwisch, Prof. Fritz Vahrenholt, Michael Miersch
- [8] Carsten Wilke, Hilmar Freiherr von Münchhausen
- [9] Axel Steffen, Dr. Jochen Bellebaum
- [10] Eckhard Fuhr, Prof. Josef H. Reichholf



10





7



8



9

- [1] Prof. Hansjörg Küster bekommt wie alle Referenten ein Präsent aus dem Gut Klepelshagen überreicht.
- [2] Jan Haft
- [3] Jörg Nitsch
- [4] Tim Taeger, Gregor Beyer und Hans-Caspar Graf zu Rantzau
- [5] Gabriele Neumann und Sylke Müller Althausen
- [6] Dr. Florian Asche
- [7] Dr. Andreas Kinser
- [8] Ivo Bozic, Dr. Frauke Fischer
- [9] Prof. Fritz Vahrenholt
- [10] Till Meyer



10

Feinde im Wind

VON JAN-PHILIPP HEIN

Die Energiewende führt nicht nur zu Konflikten zwischen Klima- und Naturschützern, sie spaltet ganze Dörfer und Gemeinden. Immer mehr Bürger laufen Sturm gegen die Errichtung von Windkraftanlagen. Auf beiden Seiten wird dabei zuweilen mit harten Bandagen gekämpft.

S

So könnte ein guter Lebensabend aussehen: Die Kinder sind aus dem abbezahlten Haus, die Nachbarn nette Leute, der große Garten ist gepflegt und der Blick von der Terrasse geht auf einen bewaldeten Hügel. Helga und Dieter Jurkat hatten es geschafft und freuten sich auf den Ruhestand.

Jedenfalls bis vor wenigen Jahren. Dann kam die Energiewende übers Land. Jurkats mussten den Kampf aufnehmen. Für ihren Hilsberg, eine Erhebung am Ortsrand von Holzhausen, westlich von Marburg. Vier Windräder, so erfuhren sie eines Tages, sollten dort gebaut werden, jedes 135 Meter hoch. Um das zu verhindern, investierten die beiden Jurkats ihre ganze Freizeit in den Aufbau einer Bürgerinitiative.

Der Kampf ging verloren. Sogar fünf Windräder drehen sich jetzt rund um ihr Haus in Holzhausen. Doch die Mühlen haben nicht nur das Panorama verändert, sondern auch das Klima vergiftet. Die Gemeinden am Hilsberg sind zerstritten. Knapp zwei Drittel der Einwohner Holzhausens haben sich in der Bürgerinitiative engagiert. Als Feind machten sie den Ort auf der anderen Seite des Hügels aus. Die Windkraftanlagen wurden auf dem Terrain der benachbarten Gemeinde Bad Endbach errichtet, die sich Einnahmen vom Betreiber ausrechnen konnte. »



Bad Endbacher Lokalpolitiker warfen den renitenten Holzhausenern vor, mit Äußerungen unter der Gürtellinie die lang andauernde Krankheit des eigenen Bürgermeisters verursacht zu haben. Es war sogar von Bedrohungen die Rede. „Feste feiere ich mit denen nicht mehr“, sagt Ursula Bösser von der Bürgerinitiative aus Holzhausen.

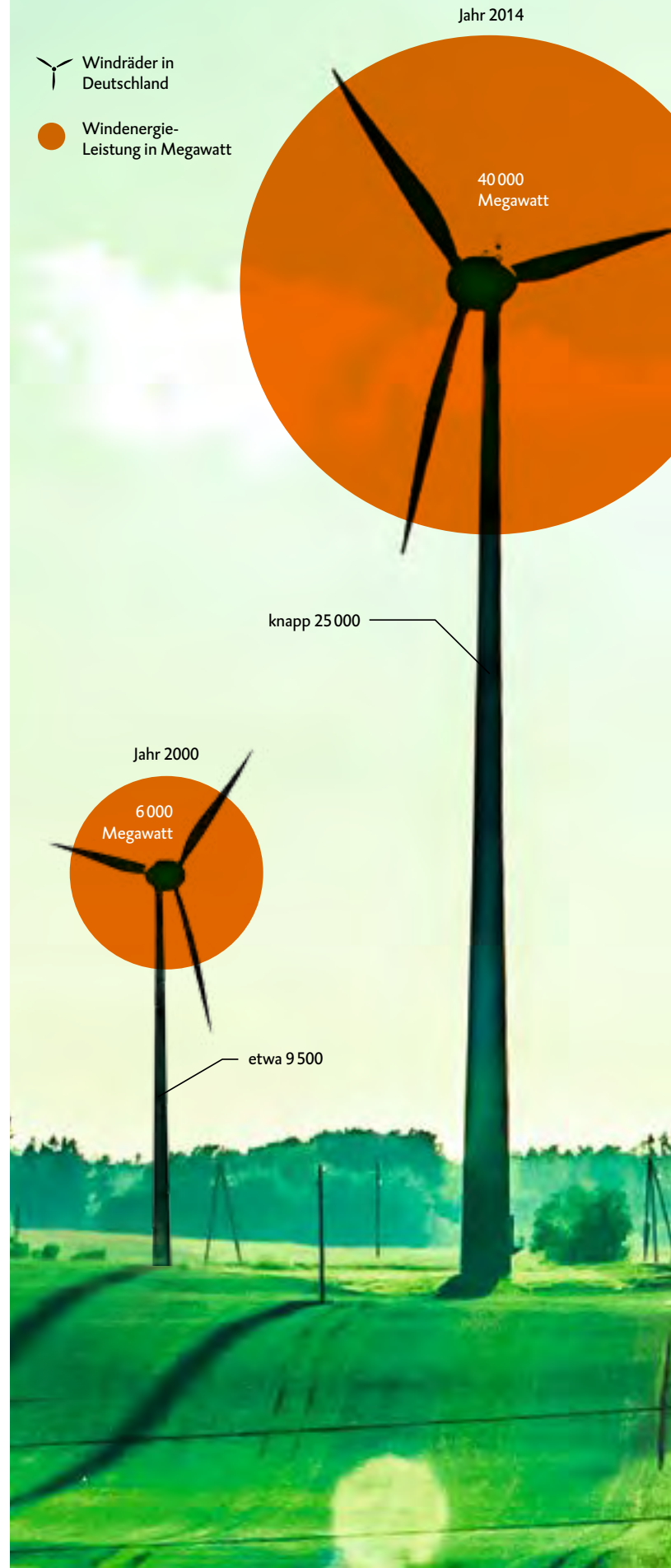
Im Jahr 2000 standen weniger als 10 000 Windräder in den deutschen Landschaften, Ende 2014 waren es nach Zahlen des Bundesverbands Windenergie bereits knapp 25 000. Die installierte Windenergieleistung stieg dabei von 6 000 auf knapp 40 000 Megawatt. Derzeit kommen jährlich ein paar hundert Mühlen hinzu, die von Generation zu Generation höher und damit leistungsfähiger werden.

Doch es knirscht an vielen Ecken und Enden des Großprojektes Energiewende. Im Energiemix erlebt ausgerechnet die Kohle eine Renaissance, und nun wird das Großvorhaben auch noch zum sozialen Spaltpilz. Überall im Land brechen Dorfgemeinschaften, Vereine und sogar Familien auseinander. Der Widerstand gegen die Energiewende wächst, Anti-Windkraft-Bürgerinitiativen schließen sich mittlerweile überregional zusammen.

Sie alle beklagen, dass die Energiewende ungerecht sei. Die einen hätten als Windparkbetreiber Profite, die anderen ernteten den Lärm der Räder und eine „industrialisierte Naturlandschaft“. In der Wissenschaft ist das Thema bereits angekommen. Marlon Hattemer schrieb an der Mainzer Universität eine Diplomarbeit über erneuerbare Energien und die resultierenden Konflikte: „Es ist schon krass, was da passiert. Bürgermeister erhalten Morddrohungen und Windradbetreiber engagieren Sicherheitsdienste aus Angst vor Vandalismus“, sagt er. Die Entwicklung spaltet nicht nur Dörfer und Freundeskreise. Auch Naturschutzverbände kommen in die Bredouille. 2012 verließ der Dirigent Enoch zu Guttenberg den BUND, den der Vater des gescheiterten CSU-Stars Karl-Theodor 37 Jahre zuvor selbst mitbegründet hatte. Jahrelang hatten die Naturschützer juristischen Widerstand gegen einen Windpark am Wattenmeer geleistet. Doch nachdem der Betreiber 800 000 Euro an eine BUND-nahe Stiftung zahlte, gab die Naturschutzorganisation ihren Widerstand auf. Der Verdacht der Käuflichkeit stand im Raum, Guttenberg trat aus Protest aus.

Bevor der Windkraftentwickler Juwi aus Rheinland-Pfalz Millionenverluste einfuhr, warb das Unternehmen als Branchenprimus auf seiner Internetseite mit „vielversprechenden Aussichten“. Für die Aktivisten der Initiative Soonwald war das Bild eines entstehenden Windparks im Hunsrück damals wie ein Stich ins Herz. Mittlerweile sind viele deprimiert. Nach und nach nahm Juwi Mühle um Mühle im Hunsrück in Betrieb. Der Rotordurchmesser der Anlagen vom Typ Enercon E-126 beträgt 126 Meter, die Nabe dreht sich in 135 Meter Höhe.

WINDKRAFTRÄDER IN DEUTSCHLAND



Jörg Rehmann von der Initiative Soonwald scheut sich nicht vor historischen Vergleichen: „Wir sind immer nur ausgebeutet worden. Erst waren wir von den Franzosen besetzt, dann lagerten die Amerikaner hier ihre Atomwaffen und haben uns beim Abzug verseuchte Böden hinterlassen, und jetzt soll unser schöner Wald geopfert werden, damit in den Städten Energie verballert werden kann.“ Seine Mitstreiterin Sylke Althausen hatte sich vor gut zehn Jahren am Rande des Soonwald-Örtchens Ellern ein altes Forsthaus gekauft: „Nachdem ich gegen die Zerstörung des Waldes protestiert habe, bekam ich anonyme Anrufe, in denen man mir drohte, meine Bude abzufackeln.“ Ihre Einkäufe macht Frau Althausen seitdem nicht mehr in der Region.

Aber auch die Windkraftbefürworter mussten in der Planungsphase einiges einstecken. Der mittlerweile ausgeschiedene Bürgermeister des Ortes, Dietmar Toldi (SPD), erstattete mehrfach Anzeige bei der Polizei, nachdem er Morddrohungen erhalten hatte: „So etwas habe ich in 35 Jahren Kommunalpolitik nicht erlebt“, erzählte er. Den Protest sah er als Inszenierung „gut betuchter und zugezogener Rentner“.

Kleinkriege, wohin man blickt. In der Vulkaneifel hatte Krimiautor Jacques Berndorf, der mit bürgerlichem Namen Michael Preute heißt, in einem offenen Brief beklagt, dass Gegnern von Windkraftanlagen „kranke Hirne“ attestiert würden. Ein Aspekt, so Preute, komme in der Debatte deutlich zu kurz: „Wenn wir in einem Land leben, in dem jeder Blick über die Landschaft auf Riesenräder trifft, dann können wir ganz sicher sein, dass unsere Häuser enorm an Wert verlieren.“ So sind, anders als die „Wutbürger“ bei Stuttgart 21, viele Windkraftgegner direkt betroffen. Immer wieder hört man von der Angst, dass die eigenen vier Wände bald nur noch für „einen Appel und ein Ei“ verkauft werden können.

In Schleswig-Holstein, 50 Kilometer nördlich von Hamburg, leben Jutta Reichardt und Marco Bernardi auf einem ehemaligen Bauernhof: „Wir sind hier vor über 20 Jahren hergekommen, um unseren Traum zu verwirklichen“, sagt Reichardt. Jetzt, da in der Gegend ein Windrad neben dem anderen steht, sei das Anwesen nur noch einen Bruchteil wert: „So können wir das nicht mal verkaufen und wegziehen.“ Auf ihrer Internetseite windwahn.de haben Bernardi und Reichardt mittlerweile gut 700 Bürgerinitiativen verzeichnet, die sich gegen Windkraftanlagen engagieren. „Die Liste ist nicht vollzählig“, sagt Reinhardt.

Ihr Idyll, das sie mit 60 Tieren, darunter ein Hängebauschwein und Truthühner, bewohnen, haben sie mit 500 Metern Zaun und sechs Kameras geschützt, nachdem ihnen Sperrmüll und eine tote Katze in die Einfahrt gelegt wurden. Anonyme Anrufe zählt das Paar schon nicht mehr. Immer wieder wurden juristische Kleinkriege mit Leuten

aus dem Ort Neuendorf-Sachsenbande geführt. „Das hat nur was mit unserem Widerstand gegen die Windräder zu tun“, ist sich Reichardt sicher. Warum ist man deshalb so verhasst? „Den Betreibern würden tausende Euro pro Jahr durch die Lappen gehen, wenn wir erfolgreich wären“, sagt Reichardt.

Matthias Willenbacher ist für Windkraftgegner so etwas wie das personifizierte Böse. Er war Gründer und Vorstand von Juwi, das kometenhaft aufstieg, dann abschmierte und gerettet werden musste. Den Vorstand der Krisenfirma verließ Willenbacher im Frühjahr 2015. Seit Jahren liegt gegen ihn eine Anklage beim Meininger Landgericht. Die Staatsanwaltschaft Erfurt wirft Willenbacher vor, den ehemaligen Innenminister von Thüringen, Christian Köckert, geschmiert zu haben. Der CDU-Mann habe 80 000 Euro bekommen und dafür – nach seinem Ausscheiden aus dem Amt – Hilfestellung bei der Genehmigung von Windparks gegeben. Köckert wurde bereits verurteilt.

Schon vor der Anklage war es extrem schwierig, mit Willenbacher über die Schattenseiten der Energiewende zu sprechen: „Ich will nicht, dass in der Öffentlichkeit der Eindruck entsteht, Windkraft sei generell nicht gewünscht.“ Gegner würden das als Rechtfertigung missbrauchen, die Energiewende zu torpedieren. Der Juwi-Chef bestreitet die Akzeptanzprobleme nicht. Die seien aber normal: „95 Prozent der geplanten Windprojekte laufen völlig friedlich ab. Aber das wird nicht erwähnt.“ Schmerzhafte Veränderungen müssten den Leuten erklärt werden. Und natürlich auch, wie wichtig Windkraft an Land sei. Denn es geht um die große Ganze: „Wir sind in Deutschland Vorbild für die Welt. Wenn wir die Energiewende nicht packen, wird es niemand machen. Wir haben nicht mehr viel Zeit, die Zerstörung der Erde zu stoppen.“

Dass seine Branche nicht zimperlich mit Windkraftgegnern verfährt, hatte das Magazin „Focus“ bereits 2012 berichtet. Bei einem Seminar des Bundesverbands Windenergie riet ein Referent zu „Dirty Tricks“ im Umgang mit Bürgerinitiativen: „Das ist ein Krieg und da müssen Sie auch keine Scheu davor haben, zu unlauteren Mitteln zu greifen.“

Die Holzhäuser Bürgerinitiative um Helga und Dieter Jurkat kämpfte mit allen legalen Mitteln. Die Windkraftgegner dichteten sogar einen Hilsberg-Rap: „Aus die Maus, Natur kaputt, Vögel tot und Wald im Schutt, Rodung war jetzt angesagt, wurde wieder mal verjagt“. Am Ende gewannen doch die anderen. Sogar Verbündete auf der Seite der verfeindeten Gemeinde halfen nichts. Thomas Christ, Inhaber einer Autowerkstatt aus Bad Endbach ließ sich den Protest unter seinesgleichen viel kosten. „Wer mit einem Pro-Windkraft-Aufkleber zu mir kommt, kann gleich wieder vom Hof fahren. Solche Leute will ich nicht als Kunden.“ Genutzt hat es nichts. «

Werden Mensch und Natur Opfer einer falschen Energiepolitik?

VON HARRY NEUMANN



Der Ausbau der Windkraft wird auf Kosten der Natur durchgesetzt. Das bestehende Gutachtersystem basiert ebenso wie die derzeitige Form der Bürgerbeteiligung auf vielen Täuschungen und wird seiner Kontrollaufgabe nicht gerecht.



Um meinen Ansatz zu verstehen, muss ich vielleicht ein paar Worte zu mir sagen. Ich war, so haben Sie mich vorgestellt, Landesvorsitzender des BUND in Rheinland-Pfalz. Von diesem Amt bin ich im Dezember 2014 zurückgetreten, weil sich dieser Verein einseitig der sogenannten Energiewende verschrieben hat und den Natur- und Artenschutz viel zu wenig berücksichtigt. Im Landesvorstand des BUND Rheinland-Pfalz sitzt die Windindustrie direkt am Vorstandstisch. Der Landesschatzmeister ist gleichzeitig auch stellvertretender Landesvorsitzender des Bundesverbands Windenergie. Für mich ist dieser Verband daher nicht unabhängig. Deshalb habe ich mein Amt aufgegeben. Ich war Montagsspaziergänger und habe die Anti-Atomspaziergänge für eine Energiewende mit Tausenden von Menschen im nördlichen Rheinland-Pfalz organisiert. Ich bin aber auch Landschafts- und Naturfotograf, Bergsteiger, Höhenbergsteiger, auch im Achttausender-Bereich. Und ich bin in Wildnisgebieten dieser Erde unterwegs, gemeinsam mit meiner Frau.

In Wildnisgebieten unterwegs zu sein, bedeutet, sich seiner eigenen Begrenztheit bewusst zu werden. Wenn Sie sich dort mit eigener Kraft bewegen und sich eigenständig ernähren müssen, und das über mehrere Wochen und Monate, wenn die elementarsten Ereignisse hautnah an Sie herankommen, „körperlich“ werden, dann bekommen Sie zur Natur ein unmittelbares Verhältnis. Vielleicht liegt es an diesen Erlebnissen, dass ich fest davon überzeugt bin, dass die Natur einen Wert an sich hat. Mein hauptsächliches Interesse ist es, die Schöpfung zu bewahren. Ich habe kein monetäres, sondern ein emotionales und vertrauensvolles Verhältnis zur Natur. Den Wert von Natur, von Biodiversität oder von Landschaft sollten wir zukünftig stärker in den Mittelpunkt unserer Betrachtungen stellen. Ich bin außerdem der Meinung, dass wir nicht nur den konventionellen Natur- und Artenschutz, so wie er auch in der Gesetzgebung vorgesehen ist, zu betrachten haben, sondern ebenso das Landschaftsbild als „ästhetische Ressource“, als Wert an sich, als spirituelle Dimension, die wir als Menschen auch zum Überleben brauchen.

Ich möchte ein paar Beispiele aufzählen, die für mich zum Ausdruck bringen, wo es gerade beim planlosen Ausbau der Windindustrie völlig falsch läuft.

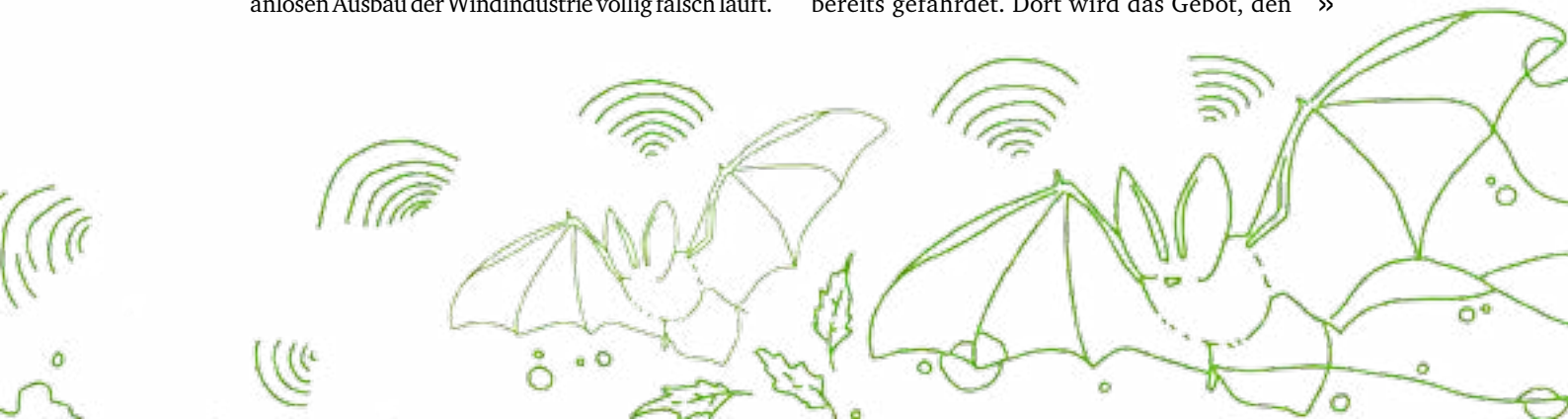
Die Untersuchungs- und Genehmigungspolitik

BEISPIEL EINS:

Im Hunsrück, Rheinland-Pfalz, sollte im Frühjahr 2015 in Ebschied ein „Windpark“ im Wald gebaut werden – wobei ich denke, man sollte den Begriff „Windpark“ nicht verwenden, sondern von dem sprechen, was es wirklich ist: ein Windindustrialgebiet im Wald. Es wurden dabei keine wissenschaftlich fundierten Gutachten erstellt. Raumnutzungsanalysen fehlten, veraltete Daten wurden in unzulässiger Weise „zusammengefasst“. Man könnte auch sagen, die Genehmigung wurde zu rechtgebogen. Ein Schwarzstorchhorst wurde nicht gefunden, ein anderer Horst, der im Jahre 2012 vom NABU bereits gemeldet worden war, wurde von der Genehmigungsbehörde ganz einfach nicht berücksichtigt. Der Genehmigungsbescheid wurde schließlich vom Kreisrechtsausschuss, der bei derselben Genehmigungsbehörde, der Kreisverwaltung, angesiedelt ist, wegen Rechtswidrigkeit aufgehoben.

BEISPIEL ZWEI:

In der Verbandsgemeinde Birkenfeld, Rheinland-Pfalz, in der Nähe zum Saarland, wurden von den Gutachterbüros der Windindustriefirmen ganze zehn Rotmilanhorste und ein Schwarzstorchhorst nicht gemeldet. Dies mussten dann Naturschützer vor Ort übernehmen. Hier wurden nach Aufhebung des Planvorbehaltes durch die Verbandsgemeinde so viele Windindustrieanlagen beantragt, dass einschließlich der schon bestehenden Anlagen sich eine Dichte von fast 100 Anlagen auf etwa 160 Quadratkilometern ergäbe – dies ist in einem Schwerpunktgebiet der Rotmilanverbreitung völlig verantwortungslos. Durch über 40 schon bestehende beziehungsweise genehmigte Windindustrieanlagen ist die lokale Rotmilanpopulation schon jetzt gefährdet, so wie in Brandenburg auch. Die Anlagen, die hier geplant waren, sollten zudem bis zu 680 Meter an die Wohnbebauung heranreichen. Auch in vielen anderen Regionen Deutschlands ist die lokale Population von Rotmilanen, für die wir weltweit eine sehr hohe Verantwortung haben, bereits gefährdet. Dort wird das Gebot, den »



Erhaltungszustand nicht nur nicht zu verschlechtern, sondern zu verbessern, einfach nicht beachtet. Besonders in Rheinland-Pfalz wird diese Verpflichtung nicht eingehalten, aber auch anderswo. Hier müssen wir als Naturschützer einschreiten, hier müssen wir uns für den Naturschutz und für den Artenschutz einsetzen. Dies müssten insbesondere die sogenannten Naturschutzverbände leisten, sie tun es aber weitestgehend nicht. Stattdessen treffen sie sogenannte Vereinbarungen mit der Windindustrie: „Windenergie und Naturschutz sind vereinbar.“ Sie sind es aber nicht.

» Ich habe kein monetäres, sondern ein emotionales und vertrauensvolles Verhältnis zur Natur.«

BEISPIEL DREI:

Im Landkreis Haßberge, Bayern, sollten sechs Windkraftanlagen nur 80 Meter von einem bebrüteten Schwarzstorchhorst entfernt gebaut werden. Ein Urteil des Verwaltungsgerichts Würzburg vom März 2015 hat hier exemplarisch die bayern- und deutschlandweit sehr häufigen Verstrickungen und Befangenheiten der Genehmigungsbehörden, der Landratsämter (hier in der Person des Landrates), in Form von Energie- und Bürgerwindgenossenschaften oder sonstigen Gesellschaftsformen des bürgerlichen Rechts ans Licht der Öffentlichkeit gebracht. Das Gericht attestierte der Genehmigungsbehörde „schlampiges“ Arbeiten. Es gab erhebliche Verfahrensfehler. Im Rahmen der sogenannten SAP, der speziellen artenschutzrechtlichen Überprüfung, wurde ein Schwarzstorchhorst ganz einfach „übersehen“. In dem Urteil ist von einer „Befangenheit“ zwischen der Genehmigungsbehörde, dem Landratsamt und der Person des Landrates wegen eigener Beteiligungen an Windradplanungen die Rede. Dieses Urteil war eine schallende Ohrfeige für die Genehmigungsbehörde. Solche Verstrickungen sind leider kein Einzelfall. Mittlerweile ist das Urteil allerdings vom bayerischen Verwaltungsgerichtshof kassiert worden. Das Hauptverfahren steht noch aus.

EIN WEITERES BEISPIEL:

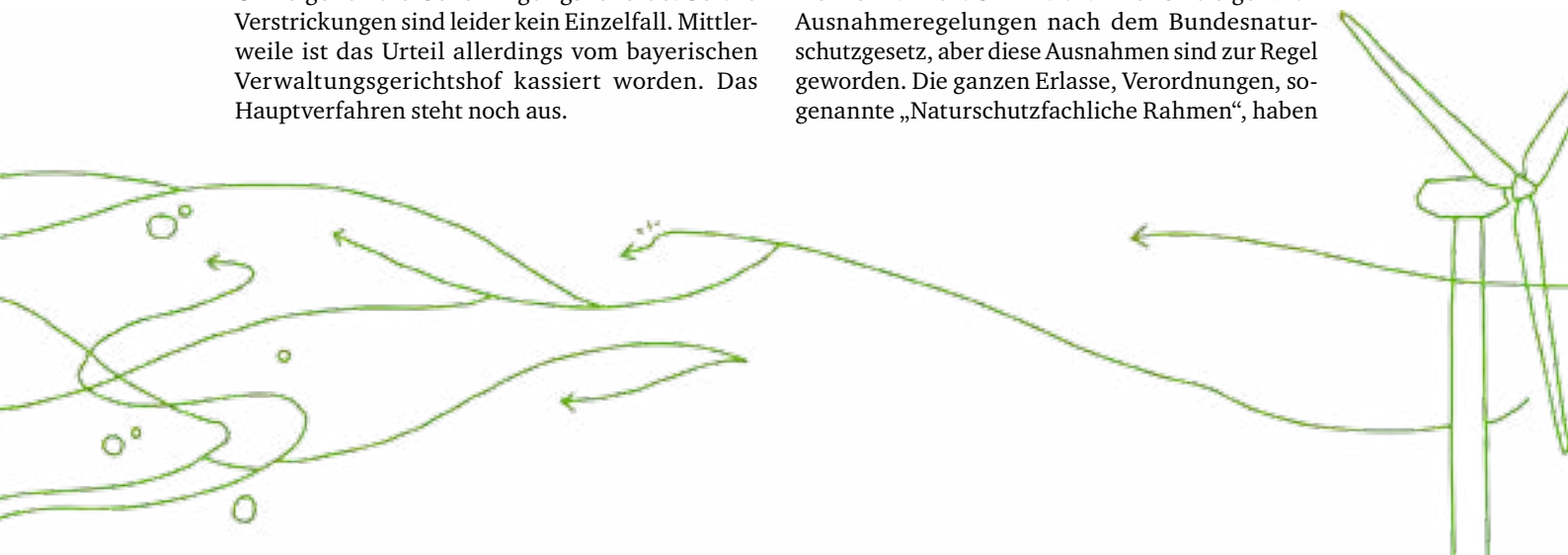
„Roter Kopf“ im Westerwald, im nördlichen Rheinland Pfalz, dort, wo ich herkomme. Der beauftragte Gutachter findet den Schwarzstorchhorst mit drei Jungtieren nicht. Die Anlagen sollen 900 Meter vom Horst entfernt errichtet werden. Die Fachkonventionen empfehlen 3 000 Meter. Gegen diesen Genehmigungsbescheid haben mehrere Verbände Widerspruch eingelegt, und erst daraufhin hat die Genehmigungsbehörde ein sogenanntes Schwarzstorchmonitoring beauftragt. Und zwar beim selben Gutachter, der den Schwarzstorchhorst nicht gefunden hatte. Nun ist es unschwer zu erraten, welches Ergebnis die neue Schwarzstorchuntersuchung desselben Gutachters hatte, nämlich, dass es für den Schwarzstorch keinerlei Beeinträchtigung gebe.

Zur hohen Störungssensibilität des Schwarzstorches wäre noch Folgendes zu sagen: Am Vogelsberg in Hessen ist die Anzahl der Brutpaare um 66 Prozent zurückgegangen, seitdem dort über 170 Windindustrieanlagen stehen: von 14 bis 15 auf jetzt fünf Brutpaare. Am Schwarzstorch-Brutplatz Heltersheim, ebenfalls im hessischen Vogelsbergkreis, wurden 2011 sieben Windindustrieanlagen errichtet. Hier wurden aufgrund der „Gutachten“ „beispielgebende“ Ausgleichsmaßnahmen festgelegt. Das Ergebnis sieht allerdings so aus: Nachdem der Horst zwischen 2007 und 2011 jährlich vier Jungvögel hervorgebracht hatte, ging der Bruterfolg ab 2012 auf ein bis zwei Jungvögel zurück. Seit 2014 gibt es keinen Bruterfolg mehr und der Horst ist verwaist.

In Niedersachsen wird ein sogenannter Windpark von drei Schwarzstorchpaaren mittlerweile komplett gemieden. Der NABU in Schleswig-Holstein ist 2014 zu dem Ergebnis gekommen, dass in 90 Prozent aller Fälle bei den Planungen von Windkraftanlagen Konflikte verharmlost werden. Die klare Aussage lautet: Das ist nicht die Ausnahme, sondern die Regel!

Die neuen Ausnahmen und Auswüchse

Und wo wir gerade bei Regeln und Ausnahmen sind, will ich noch das Stichwort „CEF-Maßnahmen“ erwähnen. CEF-Maßnahmen sind eigentlich Ausnahmeregelungen nach dem Bundesnaturschutzgesetz, aber diese Ausnahmen sind zur Regel geworden. Die ganzen Erlasse, Verordnungen, sogenannte „Naturschutzfachliche Rahmen“, haben



sich zu Instrumenten zur Umgehung des Natur- und Artenschutzes entwickelt. Sie haben nur ein Ziel: Den Bau von Anlagen zu ermöglichen. Hier stimmt etwas nicht im ganzen System. Wir haben es beim Ausbau der Windenergie mit Auswüchsen in einem neuen politisch-industriellen Komplex zu tun. Wir haben zerstörte Rotmilan- und Schwarzstorchhorste. In Birkenfeld, von dem eben die Rede war, ist einer dieser Rotmilane vor kurzem nachgewiesenermaßen vergiftet worden. Wir haben das Anlegen neuer Rückgassen unter Horstbäumen, eine gezielte, langanhaltende Störung von Schwarzstörchen, Holzfällarbeiten in unmittelbarer Nähe von Horstbäumen, Kulturarbeiten, und zwar ganzjährig, vor allem Freischneiden von Aufwuchsflächen, und wir haben den Ausbau von Waldwegen für Windindustrieanlagen, obwohl die Genehmigungsverfahren überhaupt noch nicht laufen. Menschen werden unter Druck gesetzt und auch bedroht, Förster bekommen Maulkörbe und Disziplinarverfahren, Verantwortliche Politiker äußern sich naturschutzfachlich und fachwissenschaftlich völlig untragbar, die Mitarbeiter der Fachabteilungen in den Behörden können nicht ohne massive politische Einflussnahme der Hausspitzen arbeiten und entscheiden.

Die Gutachtergesellschaft

Aber es ist eben keine Ausnahme: Wenn Gutachten nicht passen, werden neue beauftragt. Oder Gutachten verschwinden in der Schublade, weil sie nicht zu dem gewünschten Ergebnis führen. Sie tauchen gar nicht auf, es werden einfach neue beauftragt, und die kommen zu anderen Ergebnissen. Gutachterbüros bekommen Erfolgsprämien, wenn sie dafür sorgen, dass die Anlagen trotz der hohen naturschutzfachlichen Restriktionen ermöglicht werden.

Deswegen nenne ich diese Gesellschaft, in der wir uns befinden, auch die „Gutachtergesellschaft“. Gutachter werden nämlich zu Planern. Vielleicht können sie gar nicht anders. Auch Gutachter haben Familien zu ernähren und sind existenziell auf Folgeaufträge angewiesen. Sie werden zwangsläufig zum Teil des Systems. Ich kenne Gutachter, die das Spiel nicht mitmachen, die keine „Windenergiegutachten“ mehr erstellen und auch keine mehr zur Biomasse oder zur Freiflächenfotovoltaik. Der Fehler liegt nämlich im System: Gutachter stehen unter Druck und befinden sich grundsätzlich im

Interessenkonflikt. Denn Investoren und Projektierer sind es, die die Gutachten in Auftrag geben. Selbstverständlich sind das dann zielorientierte Gutachten. Meines Erachtens müsste es umgekehrt sein: Der Staat müsste die Gutachten in Auftrag geben, völlig objektiv und neutral, und die Firmen müssten sie bezahlen. Allerdings bezweifle ich, dass es dadurch besser wird, denn der Staat ist ja zum Teil dieses Systems geworden. Vielleicht würde es sogar noch schlimmer.

Dazu kommt: Die Fachkonventionen, an allererster Stelle das „Helgoländer Papier“, werden nicht eingehalten. Im Gegenteil, es wird alles versucht, diese auszuhebeln. Eine neue Einrichtung hierzu ist die „Fachagentur Windenergie an Land“, ein „gemeinnütziger“ Verein, der versucht, dies „gutachterlich“ zu untermauern. Die Untersuchungen sind auch viel zu kleinräumig. Wir sezieren, wir analysieren nur im Kleinen, wir sehen Natur >>

NEUER NATURSCHUTZVERBAND



Ende August 2015 hat Harry Neumann mit einigen engagierten Mitstreitern eine neue Organisation gegründet. „Naturschutzinitiative e. V.“ versteht sich selbst als „Angebot für Menschen, die sich als engagierte Naturschützer besonders für den Schutz von Wildtieren, Lebensräumen sowie für windkraftfreie Natur-/Kulturlandschaften und Wälder einsetzen möchten“. Die Initiative ist bisher in Rheinland-Pfalz, Hessen und Nordrhein-Westfalen aktiv, möchte sich jedoch bundesweit organisieren.

Der gemeinnützige Verein sieht sich als Alternative zu anderen etablierten Umweltschutzorganisationen und legt besonders viel Wert darauf, politisch und wirtschaftlich unabhängig zu sein. Er betont: „Der Erhalt unserer Landschaften und des Landschaftsbildes sowie deren Ästhetik sind für uns wichtige Natur- und Kulturgüter.“

Mehr Informationen im Internet:
www.naturschutz-initiative.de
 Kontakt: info@naturschutz-initiative.de

isoliert und nicht dynamisch, nicht in großen Zusammenhängen, in großen Räumen und schon gar nicht in großen Zeiträumen. Es werden keine Summations- und Kumulationswirkungen auf die Biodiversität und auf große Landschaftsräume betrachtet. Erschwerend kommt noch hinzu: Es werden Windanlagen in einzelnen Gebieten untersucht, aber nicht, wie es mit den Wechselbeziehungen zu anderen Windindustrieanlagen aussieht, mit den Wechselwirkungen mit Biomasseanlagen, mit Freiflächenfotovoltaik, mit der Vermaischung der Landschaft etc. Alles das wird nicht in einem großen ökologischen Zusammenhang betrachtet.

Die Ermöglichungsgesellschaft

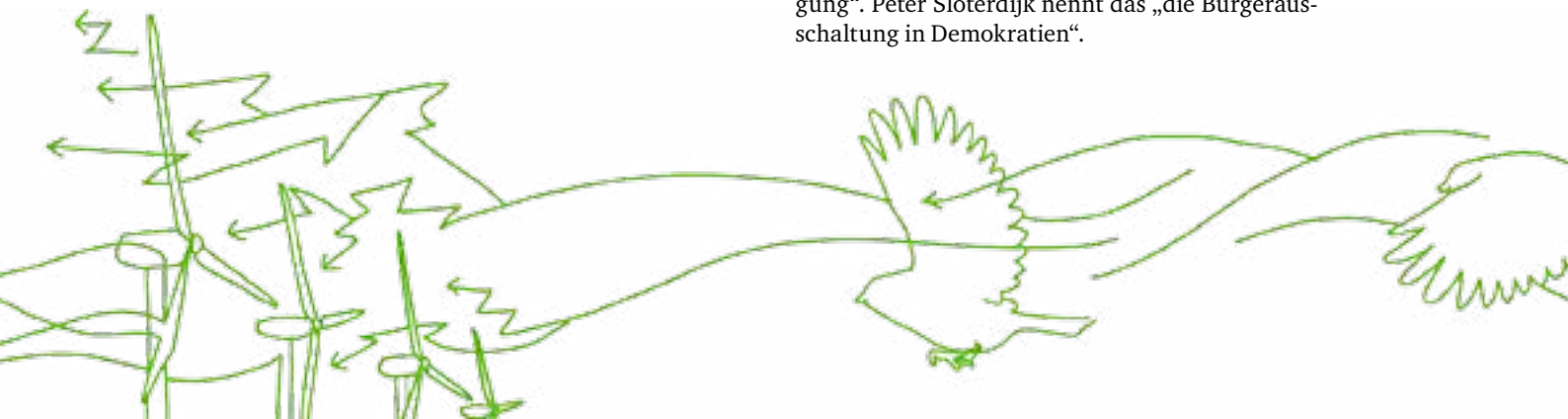
Und die Bürger? Sie sind im Grunde wehrlos. In der Regel werden hinter verschlossenen Türen vollendete Tatsachen geschaffen. Hier findet keine demokratische Beteiligung der Bevölkerung statt. Es gibt höchstens eine Art Scheinbeteiligung. Ich zitiere aus einem Schriftwechsel zwischen einem Auftraggeber und einem Gutachter. Da bekommt der Gutachter den Auftrag, den Satz „Die bisher vorhandenen Konflikte können mit hoher Wahrscheinlichkeit durch kleinräumige Verschiebungen der Anlage vermieden werden“ zu ersetzen durch eine andere Formulierung, die vorteilhafter ist: „Die bisher gutachterlich nicht auszuschließenden potentiellen Konflikte...“ Sie sehen, hier wird die eigentliche Aussage durch semantische Tricks in ihr Gegenteil verkehrt.

Wir haben eine planlose Flächenfreigabe. Ich bin der festen Überzeugung, wenn wir mindestens eine bundesweit gesteuerte und qualifizierte Planung mit klaren Ausschlussgebieten als Vorrangflächen für den Naturschutz und mit klaren Abständen zu den Dörfern hätten, gäbe es nicht all diese Konflikte. In Deutschland existieren bereits über 1 000 Bürgerinitiativen gegen Windindustrieanlagen. Wir haben Unfrieden in diesem Land. Hier werden Menschen gegeneinander ausgespielt, Dörfer gegeneinander ausgespielt. Hier klagen Bürger gegen Genehmigungsbehörden, gegen Betreiber. Hier klagen sogar Verbandsgemeinden gegen die Landesregierung. Hier ist ein Fass aufgemacht worden, ein Fass ohne Boden.

Es kommt zu einer Verlagerung auf die kommunale Bauleitplanung, das fördert Wildwuchs und eine ungezügelte Goldgräberstimmung. Das Naturschutzrecht wird ganz gezielt ausgehebelt. Wir erleben Dammbrüche in fast allen Natura-2000-Schutzgebieten, in Landschaftsschutzgebieten und in Naturparks, die zumeist der „Erholung in der Stille“ gewidmet sind. Eigentlich sind nur noch Nationalparks und Naturschutzgebiete geschützt. Und auch da besteht die Gefahr, dass sie plötzlich außerhalb ihrer Schutzgrenzen umgeben sind von Anlagen, die dort nicht hingehören.

Frank Drieschner bringt das System in der *Zeit* vom 4. Dezember 2014 auf den Punkt: „Rund um die Branche der Erneuerbaren ist in den vergangenen Jahren ein regelrechter politisch-industrieller Komplex herangewachsen. In seinem Einfluss ist er wahrscheinlich nur dem Geflecht zwischen Staat und Atomwirtschaft im vergangenen Jahrhundert vergleichbar.“ Und deswegen sage ich auch, wir müssen ehrlich miteinander umgehen, ehrlich unsere Interessen benennen. Dann sollen diejenigen, die Windindustrieanlagen bauen möchten, doch ganz einfach sagen, dass genau dies ihr Interesse ist. Sie sollen aber nicht den Klimaschutz oder gar den Naturschutz vorschieben, denn darum geht es nicht. Es geht nicht um Klima- oder Naturschutz, sondern ganz alleine um das Abgreifen von Subventionen und darum, auf Kosten der Konsumenten, der Steuerzahler und der Stromkunden Geld zu verdienen.

Ich habe anfangs von meiner eigenen Biografie berichtet und Sie sehen nun, dass ich eine große Desillusionierung erfahren habe. Ich habe einst an die Energiewende geglaubt, als ich zwei Jahre lang dafür auf die Straße gegangen bin. Ich war der Organisator und „Anführer“ dieser Demonstrationen. Ich war überzeugt, das Richtige zu tun. Doch wir müssen heute feststellen: Wir haben uns bei dieser Art der Energiewende geirrt. Trotz des Baus von 25 000 Windindustrieanlagen haben wir noch nicht ein einziges Gramm CO₂ eingespart. Im Gegenteil, der CO₂-Ausstoß steigt mit jeder weiteren Windindustrieanlage. Und unser möglicher Beitrag zur „Rettung des Weltklimas“ geht gegen Null. Dabei betreiben die Protagonisten dieser Art der Energiewende nichts anderes als sogenannten Klimaschutz durch Naturzerstörung. Und als besonders schlimm empfinde ich die Entmündigung der Bürger unter dem Deckmantel der „Bürgerbeteiligung“. Peter Sloterdijk nennt das „die Bürgerausschaltung in Demokratien“.



Die Vereinbarkeitslüge

Die Vereinbarkeitslüge lautet: Es ist alles miteinander vereinbar, es kann alles kompensiert, es kann alles ausgeglichen werden. Wir müssen nur diese und jene Maßnahmen ergreifen, irgendwelche Aufwertungen, Kompensationsmaßnahmen, ein Fledermausmonitoring. Wir können die Natur „managen“. Dies entspringt unserer omnipotenten Respektlosigkeit der Schöpfung gegenüber. Die Erfahrungen zeigen uns aber ein anderes Bild: Fledermausmonitorings sind unrealistisch und wirkungslos, die Umsetzung anderer Auflagen in den Genehmigungsbescheiden werden nicht kontrolliert oder haben keine Konsequenzen.

Wir müssen auch die Flächenvorgabe in den Blick nehmen: Zwei Prozent der Fläche können 100 Prozent unserer Landschaften zerstören. Ich halte das Flächenziel daher für falsch. Viele Bundesländer haben das Zwei-Prozent-Ziel, aber dieses Ziel ist auch nicht abschließend definiert, es ist nämlich nach oben offen. Es gibt bereits Gemeinden, in denen die ausgewiesenen Potenzialflächen bei über acht Prozent liegen. Das ist eine Katastrophe für die Landschaft, für die biologische Vielfalt und für uns Menschen. Es überfordert uns ganz einfach. Die großen Leistungen der Biodiversität selbst für Natur-, Arten- und Klimaschutz werden im Übrigen völlig ausgeblendet. Dass auch Naturschutz Klimaschutz ist, wird nicht mehr erwähnt. Es wird in einer Art religiöser, ideologischer Überhöhung eine perfide und die Menschen verdummende Analogie entwickelt: Windenergie = Klimaschutz = Naturschutz. Das ist nicht nur unredlich, sondern auch falsch. Es ist mein Interesse mitzuhelfen, dass auch die Leistungen der Natur, der biologischen Vielfalt, der Wälder, der Moore, der Landschaften und auch der Landschaftsästhetik wieder erkannt und anerkannt werden. Auch Landschaftsästhetik und unverbaute weite Blicke sind für uns Menschen von existentieller Bedeutung.

Das ist auch einer der Gründe, warum Sie in der Touristik keine Prospekte, keine Flyer von Urlaubsgebieten mit Windrädern sehen, sondern nur schöne, romantische, wunderbare, unverbaute Landschaften.

Das Biodiversitätsdesaster

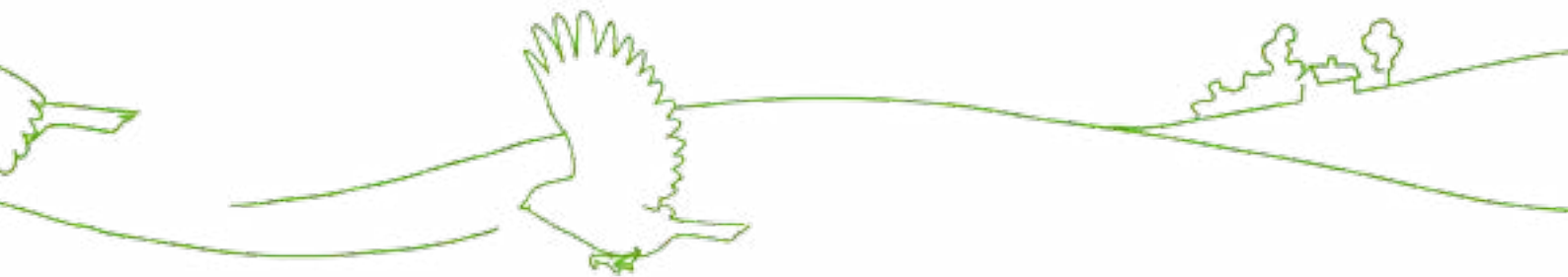
Die Deutsche Wildtier Stiftung ist in der Studie „Windenergie im Lebensraum Wald“ von Klaus Richarz (2014) zu klaren Ergebnissen gekommen: Der naturschutzfachlich unkontrollierte Ausbau der Windenergie gefährdet die Ziele des Arten-

und Naturschutzes. Der Wachstumskritiker Niko Paech spricht von einer „Naturwende“ und dass die eigentlich wichtigen Punkte, nämlich das Einsparen von Energie und die Veränderung unserer Lebensstile, völlig ausgeblendet würden. Ja, über unsere ausufernden und unnötig ressourcenverbrauchenden Lebensstile müssen wir auch sprechen, das wird kaum noch thematisiert. Stattdessen wird uns nur noch das Märchen vom „grünen Wachstum“ erzählt.

Nicht unerwähnt bleiben darf Martin Flade. Er hat schon 2012 in der „Vogelwelt“ darauf hingewiesen, dass sich die Energiewende derzeit immer mehr als eine der größten Gefahren für den Schutz der biologischen Vielfalt entpuppe. Das ist sein abschließendes Urteil. Und deswegen sage ich: Was wir brauchen, ist eine Naturwende: Eine Wende dieser unsäglichen „Energiewende“ hin zu den Leistungen der Natur, die diese uns schenkt. Auch sie schickt uns keine Rechnung. Damit unsere natürlichen Lebensgrundlagen und Landschaften nicht weiter zerstört werden, damit die Bedeutung der Biodiversität auch für den Klimaschutz wieder zur Geltung kommt. Und damit aus dieser Energiewende nicht ein noch größeres Desaster für die Biodiversität wird. Lassen Sie mich abschließen mit dem Bergsteiger Reinhold Messner, der das Desaster auf den Punkt bringt: „Die Energiewende ist unsinnig, wenn sie genau das zerstört, was sie eigentlich schützen will, nämlich die Natur!“ ‹‹

HARRY NEUMANN

war bis Dezember 2014 Landesvorsitzender des BUND Rheinland-Pfalz. Wegen Meinungsverschiedenheiten und Konflikten zum Thema Windkraft und Naturschutz innerhalb des Verbandes trat er von seinem Amt zurück.



Klimaschutz ist nachhaltiger Naturschutz

VON RALF FÜCKS



Der Klimawandel ist die größtmögliche Gefährdung biologischer Vielfalt auf diesem Planeten, der Umstieg auf Erneuerbare Energien daher unumgänglich. Ein Konsens über Standortkriterien für Windkraftanlagen ist möglich.



Eine Botschaft, die ich aus dem Programm zu dieser Veranstaltung herausgefiltert habe, scheint mir zu lauten: Naturschutz contra Energiewende, Landschaftsschutz und Artenschutz contra Windkraft. Das wäre aus meiner Sicht eine ziemlich abwegige Botschaft, was nicht heißt, dass es da keine Zielkonflikte gibt. Damit ein bisschen klarer ist, vor welchem biografischen Hintergrund ich rede, zunächst ein paar Worte zu mir: Ich war in Bremen Senator für Stadtentwicklung und Umweltschutz in einer Ampelkoalition, die ein halbes Jahr vor Ablauf der Legislaturperiode in die Luft geflogen ist, und zwar über einen Dauerkonflikt um die Flächenpolitik. Der Auslöser für das Scheitern der Koalition war die sogenannte Piepmatzaffäre. Es ging um Schutzgebiete nach der europäischen Vogelschutzrichtlinie, die in Gewerbeflächen umgewandelt werden sollten. Ich würde also reklamieren, dass ich eine Geschichte habe, wenn es um Landschafts- und Artenschutz geht. Und gerade deshalb rate ich dringend, aus dieser Entgegensetzung herauszufinden.

Pilotprojekt Deutschland

Fangen wir mit der Ratio der Energiewende an. Im vorhergehenden Beitrag von Harry Neumann erschien es so, als wäre sie das Projekt einer geldgierigen Mafia. Nun kann es schon sein, dass es in diesem Metier, wie überall in der Wirtschaft auch, Leute gibt, denen es vor allem ums Geld geht. Aber die Rationalität der Energiewende darauf zu reduzieren, dass sie zu einer Geldmaschine für Leute im Solar- und Windbusiness geworden ist, das ist hanebüchen. Womit hat das alles begonnen? Mit dem Widerstand gegen die Atomkraft. Dieser war, gesellschaftlich gesehen, die Triebkraft, die Hunderttausende für eine andere Energieversorgung, eine andere Energiewirtschaft auf die Beine gebracht hat. Hinzu kam dann seit den achtziger Jahren ein neues, entscheidendes Motiv, nämlich der Klimawandel. Auch dazu habe ich einen gewissen biografischen Bezug. Ich gehörte bei den Grünen zu denen, die 1990 einen Bundestags-Wahlkampf aus der Taufe gehoben haben, der uns fast die Existenz gekostet hat. Unser Slogan war damals, im Jahr der Wiedervereinigung: „Alle reden von Einheit, wir reden vom Wetter.“ Das war der erste Klimawahlkampf, der in Deutschland geführt wurde. Dummerweise lagen wir damit neben dem, was die Leute damals bewegt hat.

Folgt man den einschlägigen Studien, ist der Klimawandel die größte Gefährdung biologischer Vielfalt auf diesem Planeten. Die von der Erderwärmung ausgelösten Umweltveränderungen entziehen vielen Arten die Lebensgrundlagen, und das Tempo dieser Veränderungen ist zu hoch für eine evolutionäre Anpassung vieler Tiere und Pflanzen. Allein für die Bundesrepublik droht der Verlust von bis zu einem Drittel der angestammten biologischen Arten, wenn es nicht gelingt, den Klimawandel in grade noch beherrschbaren Grenzen zu halten, also unter zwei Grad Celsius. Dazu kommen die Auswirkungen auf die Existenz von Milliarden Menschen, deren Lebensgrundlagen durch den Klimawandel bedroht sind: Anstieg des Meeresspiegels, schwere Unwetter, Ausbreitung von Trockengebieten, Hitzewellen etc. Klimaschutz ist vor allem Menschenschutz. Wenn man das ernst nimmt, dann ist die entscheidende Antwort auf den Klimawandel der Ausstieg aus fossilen Energien, also die Dekarbonisierung unserer Ökonomie. Im Kern heißt das, dass wir bis Mitte des Jahrhunderts zu einem weitgehend CO₂-freien Energiesystem kommen müssen. Das erfordert den Ausstieg aus der Kohle, in weiten Bereichen auch aus Öl und mittel- und langfristig sogar aus Erdgas. Positiv gesprochen: Wir müssen die Energieversorgung auf erneuerbare Energien umstellen. Dabei geht es um mehr als Solar- und Windenergie, aber auf absehbare Zeit sind dies die beiden wichtigsten, übrigens auch die kosteneffizientesten Elemente. Haben Sie eine andere Antwort auf den Klimawandel als den Umstieg auf erneuerbare Energien? Eine andere Antwort für die künftige Energieversorgung einer wachsenden Weltbevölkerung?

Alternative Energien sind der Schlüssel, wenn man es mit dem Klimawandel ernst meint. Das gilt erst recht, wenn man die globale Entwicklung im Auge hat. Ich war vor ein paar Wochen in Indien und habe mit den exzellenten ökologischen Thinktanks geredet, die es dort gibt. In Indien ist, wie in anderen Schwellenländern auch, die entscheidende Frage, ob die weitere Industrialisierung dieser Gesellschaften auf der Basis fossiler Energien »



stattfinden wird oder auf der Basis erneuerbarer Energien. Ob sie weiter in die Kohleverbrennung investieren oder der Umstieg auf Solarstrom, Windenergie und Biogas gelingt. Im Moment verfolgt die indische Regierung noch den parallelen Ausbau von regenerativen Energien, Kohlekraftwerken und Atomenergie. Viele bezweifeln, ob das Land seinen wachsenden Energiebedarf allein aus erneuerbaren Quellen decken kann. Dafür ist die Energiewende in der Bundesrepublik ein Pilotprojekt. Die Welt beobachtet interessiert, ob wir damit erfolgreich sind – auch im Hinblick darauf, ob sie ein wirtschaftliches Erfolgsprojekt wird. Das ist für mich der Rahmen für die heutige Diskussion.

Menschen machen Natur

Wovon reden wir, wenn wir über Natur- und Landschaftsschutz sprechen? In der Bundesrepublik reden wir fast ausschließlich von Kulturlandschaften, also von Menschenhand überformten, gestalteten Landschaften. Es gibt kaum noch Ausnahmen, bei denen man von ursprünglicher Natur sprechen kann. Wir befinden uns längst im Anthropozän, also im Zeitalter, in dem der Mensch selbst ein geologischer Faktor geworden ist, in dem Menschen Natur machen. Es gibt kein Zurück mehr in eine Unschuld eines „Zurück zur Natur“. Wir müssen uns entscheiden, welche Bereiche der Erdoberfläche wir wieder zur Wildnis machen, also weitgehend sich selbst überlassen wollen. Sie müssen groß genug sein, dass dort ein neuer evolutionärer Kreislauf entstehen kann, mit allen Wechselwirkungen, die dafür nötig sind. Aber das werden relativ kleine Teile unseres Territoriums sein, das gilt übrigens auch global. Die Menschheit wird von jetzt sieben auf mindestens neun Milliarden wachsen. Und das heißt, die Flächenansprüche werden weiter zunehmen. Da bleibt nicht viel Raum für neue Biosphärenreservate.

Es geht nicht um ein konservatives Verständnis von Naturschutz, das besagt, wir müssen alles möglichst so lassen wie es ist, sondern um ein neues Verständnis der Koevolution zwischen menschli-

cher Zivilisation und Natur. Das kann auch ein ganz bewusstes Design von Lebensräumen bedeuten, in denen sich biologische Vielfalt entwickeln kann. Und wenn man fragt, ob Windenergieanlagen in der Dichte, in der sie zuweilen zu sehen sind, unserem ästhetischen Empfinden entsprechen oder nicht, dann ist das erstens eine sehr subjektive Frage, und zweitens wird sich die Antwort darauf vermutlich im Laufe der Zeit verändern. Wir leben längst in industrialisierten Landschaften. Wenn Sie durch das Ruhrgebiet fahren, dann fahren Sie durch Industrielandschaften. Das gilt selbst für den Schwarzwald, wo in jedem Tal eine Fabrik steht. Da sind ein paar Windkraftanlagen kein Sakrileg. Oder nehmen Sie das ländliche Brandenburg: Sind die ausgeräumten Agrarlandschaften dort das Ideal, das wir bewahren wollen? Wohl kaum. Und wenn es um die Gefährdung der Artenvielfalt geht, würde ich raten, statt über Windkraft vor allem über die Intensivlandwirtschaft zu reden und über die Monokulturen, die da geschaffen wurden. Die haben nämlich eine deutlich größere negative Wirkung für die Artenvielfalt als die Windenergie. Das gilt auch für den Vogelschutz.

Ein anderes großes Thema für den Naturschutz ist die Flächenzersiedelung, das Ausfransen der Städte und Gewerbegebiete in die Landschaften. Das bedeutet aber umgekehrt, dass wir Verdichtung betreiben müssen innerhalb der Städte, innerhalb unserer bebauten Räume, was auch nicht allen gefällt – ich denke da an die Initiative gegen die Bebauung des ehemaligen Flughafengeländes in Berlin-Tempelhof. Wenn es um das Thema Windkraft im Wald geht – von welchem Wald sprechen wir dann? Reden wir von den paar halbwegs ursprünglichen Wäldern, die es in Deutschland noch gibt? Oder reden wir von den bewirtschafteten Wäldern? Letztere sind voll erschlossen mit entsprechenden Wirtschaftswegen. Das ist kultivierte Natur. Was spricht dagegen, dort Windkraftträder zu errichten, wenn sie nicht gerade in Brut- oder Rastgebieten liegen oder in den Hauptrichtungen des Vogelflugs? Wenn ich für den Ausbau von Windkraft plädiere, plädiere ich doch nicht für Rücksichtslosigkeit oder

» Wenn ich für den Ausbau von Windkraft plädiere, plädiere ich nicht für Windkraft um jeden Preis. Natürlich müssen wir uns über Kriterien verständigen.«



für Windkraft um jeden Preis. Natürlich müssen wir uns über Kriterien verständigen und Kompromisse aushandeln.

Diese Debatte findet bereits seit Jahren auch mit den Naturschutzverbänden statt. Und ich bin froh, dass wir inzwischen einen weitgehenden Konsens gefunden haben. Es ist doch einigermaßen lächerlich, wenn der NABU oder der BUND als von der Windlobby unterwandert bezeichnet werden, weil sie sich auf diese Debatte eingelassen haben. Es gibt heute einen weitgehenden Konsens darüber, was verantwortbare Kriterien für neue Standorte sind, was Abstandsflächen und andere naturschutzfachliche Kriterien angeht. Man kann dazu unterschiedlicher Meinung sein, aber wir befinden uns nicht in einem regellosen Zustand, der den Wald schutzlos dem Zugriff der Windlobby ausliefern würde.

Neue Alternativen

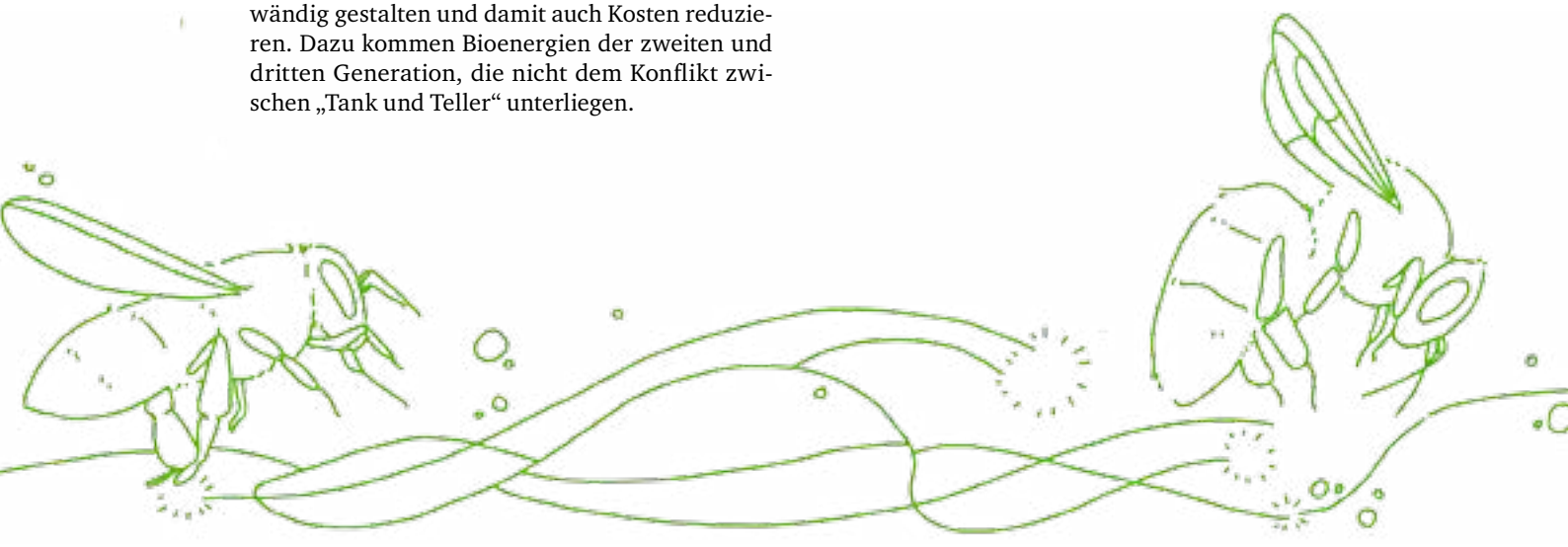
Was gibt es für Handlungsoptionen, um diesen Zielkonflikt jenseits der Festlegung von Standortkriterien weiter zu entspannen? Eine Option ist, mittels Repowering die vorhandenen Windkraftanlagen zu optimieren und damit ihr Leistungsvolumen zu vergrößern. Dabei kann man gerne auch überprüfen, ob diese Standorte noch einer Naturschutzbetrachtung standhalten oder nicht. Es gibt keine Ewigkeitsgarantie für bestehende Standorte. Aber die meisten werden weiter in Betrieb bleiben, und wenn es gelingt, dort die Kapazitäten deutlich zu erhöhen, dann reduziert das den Bedarf an neuen Flächen. Eine zweite Strategie liegt in der Erweiterung der Palette alternativer Energien. Ich gehöre nicht zu denen, die Fotovoltaik und Windenergie in ihrer heutigen Form schon für das letzte Wort halten. Wenn wir es ernst meinen, dass wir bis 2050 unser Energiesystem komplett dekarbonisieren wollen und nicht auf die Atomkraft zurückgehen, werden wir noch andere Formen von erneuerbaren Energien brauchen. Dazu gehört zum Beispiel die technische Fotosynthese, die Umwandlung von Sonnenlicht und Wasser in CO₂ – der Prozess, auf dem das ganze Leben auf dem Planeten beruht. Daran wird gegenwärtig intensiv in Pilotprojekten gearbeitet. Wie es geht, wissen wir schon, wir müssen den Prozess nur weniger energieaufwändig gestalten und damit auch Kosten reduzieren. Dazu kommen Bioenergien der zweiten und dritten Generation, die nicht dem Konflikt zwischen „Tank und Teller“ unterliegen.

Wir haben inzwischen ja einen kritischen Blick auf Biotreibstoffe der ersten Generation, deren Ausbau auch die Grünen zunächst gefordert haben. Das Ergebnis ist die Vermaischung ganzer Landschaften. Das ist ganz offensichtlich nicht der Weisheit letzter Schluss. Aber die Erzeugung von Biogas und Treibstoffen aus organischen Abfällen, die Umwandlung von Zellulose – also der gesamten Pflanze und nicht nur der Frucht – in Energie, oder die Erzeugung von Biotreibstoffen auf der Basis von Mikroorganismen und Algen, das sind interessante Optionen, die wir Zukunft noch stärker erforschen und entwickeln müssen. Last but not least: Energieeffizienz. Je effizienter der Energieverbrauch wird, desto weniger Anlagen zur Energieproduktion brauchen wir. Das ist bisher der missing link in der Energiewende, jedenfalls das Feld, auf dem wir am wenigsten Fortschritte erzielt haben. Energieeffizienz ist der Schlüssel, um den Energieverbrauch insgesamt zu dämpfen.

Was ich allerdings nicht für eine Alternative halte, sind Positionen, wie sie etwa Niko Paech vertritt: eine radikale Reduktion von Produktion und Konsum in Größenordnungen von 50 Prozent und mehr. Dieser Ansatz ist mit demokratischen Standards nicht vereinbar. Wer Ökologie in erster Linie in Kategorien von Verzicht und Begrenzung denkt, landet auf der schiefen Ebene eines grünen Autoritarismus. Für mich geht es nicht nur darum, Ökologie und Ökonomie auf einen Nenner zu bringen – also im wahrsten Sinne des Wortes eine nachhaltige Ökonomie zu entwickeln, die sich im Einklang mit der Natur entfalten kann – sondern auch um die Vereinbarkeit von Ökologie und Demokratie. Das heißt erstens: Primat für Erfindungsgeist und schöpferische Innovation und zweitens: ein gesellschaftlicher Aushandlungsprozess zum Umgang mit Zielkonflikten. «

RALF FÜCKS

war von 1991 bis 1995 Senator für Stadtentwicklung und Umweltschutz in Bremen und leitet seit 1996 als Vorstand in Doppelspitze die Heinrich-Böll-Stiftung.

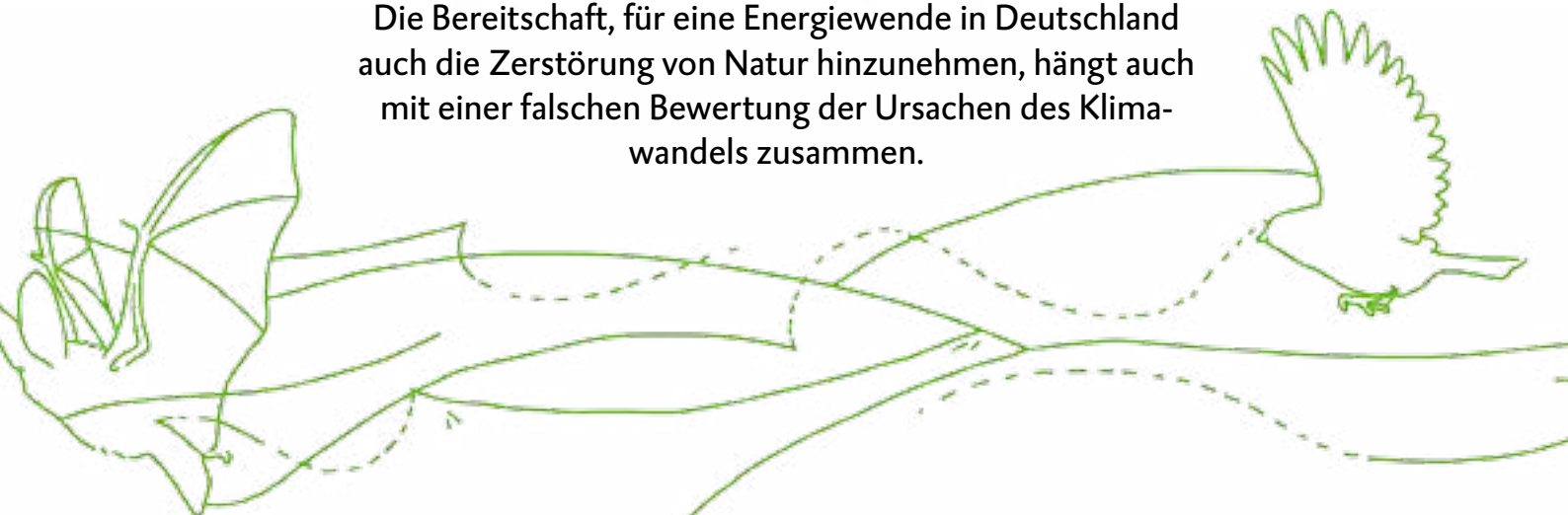


Energiewende nicht auf Kosten der Natur

VON PROF. DR. FRITZ VAHRENHOLT



Die Bereitschaft, für eine Energiewende in Deutschland auch die Zerstörung von Natur hinzunehmen, hängt auch mit einer falschen Bewertung der Ursachen des Klimawandels zusammen.



Nach den beiden engagierten Vorträgen von Harry Neumann und Ralf Fücks muss ich jetzt versuchen, einen schönen Mittelweg aufzuzeigen. Ich weiß nicht, ob mir das gelingt. Die Aussage „Die Energiewende nicht auf Kosten der Natur betreiben“, kann hier wohl jeder unterschreiben. Die Frage ist nur: Was verstehen wir unter Energiewende? Ralf Fücks hat völlig zu Recht darauf hingewiesen, dass unser Weg nicht der von Niko Paech sein kann, nämlich eine Deindustrialisierung in Deutschland anzustreben. Allerdings ist genau das in dem Konzept der Bundesregierung zur Energiewende zumindest ein Stück weit mit angelegt, denn es beinhaltet, dass wir bis zum Jahr 2050 auf die Hälfte der deutschen Stromerzeugung verzichten sollen. 50 Prozent der heute erzeugten Strommenge? Wie soll das gehen? Das wird natürlich vor allem durch ein paar Tricks erreicht, nämlich indem man zum Beispiel mehr importiert. Ob das so klug ist? Dann bestimmen andere die Standards und die Technologien und nicht wir, Energie gespart wird dadurch aber nicht. Tatsächlich ist bis jetzt noch nie Strom gespart worden, denn Strom ist eine Modernisierungsenergie. Wir brauchen in der Zukunft eher mehr Strom als weniger. 75 Prozent des deutschen Strombedarfs verbrauchen wir in Industrie, Gewerbe und Verkehr, nur 25 Prozent in den privaten Haushalten. Wenn man den Stromverbrauch halbieren will, dann ist das also auch schon ein Teil eines Deindustrialisierungsprogramms, denn bei

das modernste Kohlekraftwerk in Hamburg, durch Windkraft zu ersetzen, bräuchte man die Fläche von ganz Hamburg, 800 Quadratkilometer. Bei der Fotovoltaik ist der Flächenverbrauch sogar noch ein bisschen dramatischer. Damit das klar ist: Ich halte die Fotovoltaik und die Windenergie für zukunftsweisende Technologien. Windenergie finde ich hochintelligent – dort, wo Wind ist. Wir machen ja auch nicht in Alaska Biomasse. In Bayern Windenergie zu schöpfen ist eine anstrengende und sündhaft teure Aufgabe. Der Ertrag einer Windenergieanlage geht mit der Windgeschwindigkeit in der 3. Potenz. An der Nordsee sind es acht Meter pro Sekunde und in Bayern eher fünf Meter pro Sekunde. Jeder kann mal in der 3. Potenz nachrechnen, wie effizient das in Bayern ist. Aber das EEG gleicht das aus, d. h. in Bayern wird mehr gezahlt. Und bezahlen müssen alle, auch die sozial Schwachen, nämlich 500 Euro im Jahr für solche Fehlsteuerungen. Die Windenergie muss sich aber auch mit anderen politischen Zielen vertragen, nämlich mit dem Naturschutz. Und da gibt es zunehmend Probleme.

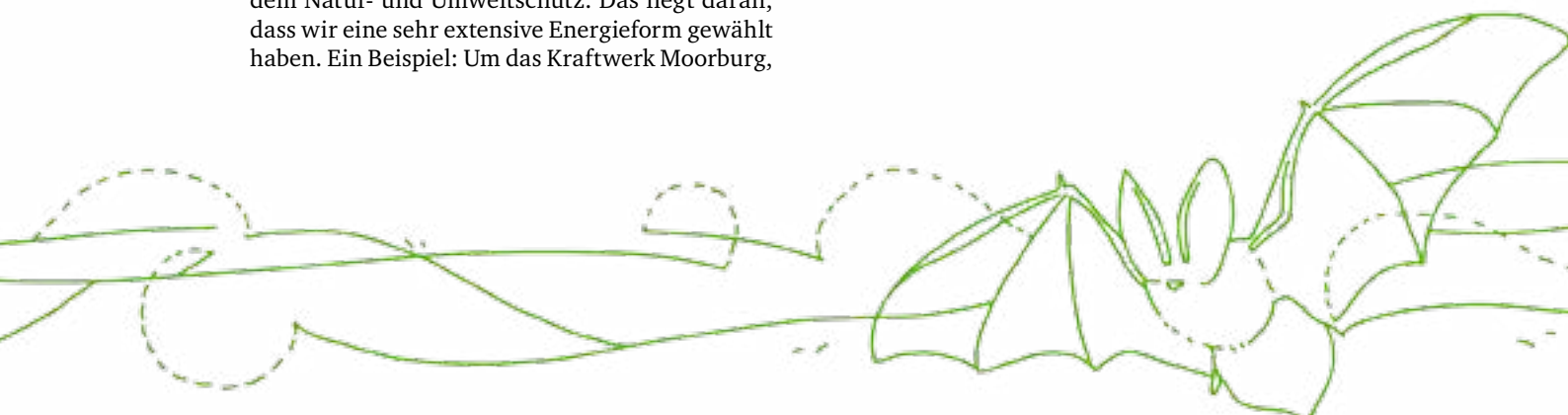
Tod am Rotorblatt

Mir geht es insbesondere um den Einsatz von Windenergieanlagen in naturnahen Bereichen. In den ausgeräumten Landschaften der Kohlfelder Schleswig-Holsteins sehe ich zum Beispiel keine Probleme. Aber in vielen Gegenden entstehen durch Windkraftanlagen massive Probleme für die Vogelwelt: Es gibt den Tod am Rotorblatt, es gibt die Barriere-Effekte, Vergrämungs-Effekte. Und wir haben ein Problem insbesondere mit den Fledermäusen. Wenn wir Schneisen in den Wald schlagen – und das tun wir ja, wenn wir einen Wald mit Windkraftanlagen besetzen – müssen wir alle 600 Meter eine Straße in den Wald bauen. Die Fledermäuse fliegen in diesen Freiraum, schnappen sich die Insekten und fliegen geradewegs auf die Windräder zu. Sie sind sehr intelligente Tierchen, sie können wegen ihrer Radarsysteme auch durch sehr schnell drehende Rotorblätter hindurch- »

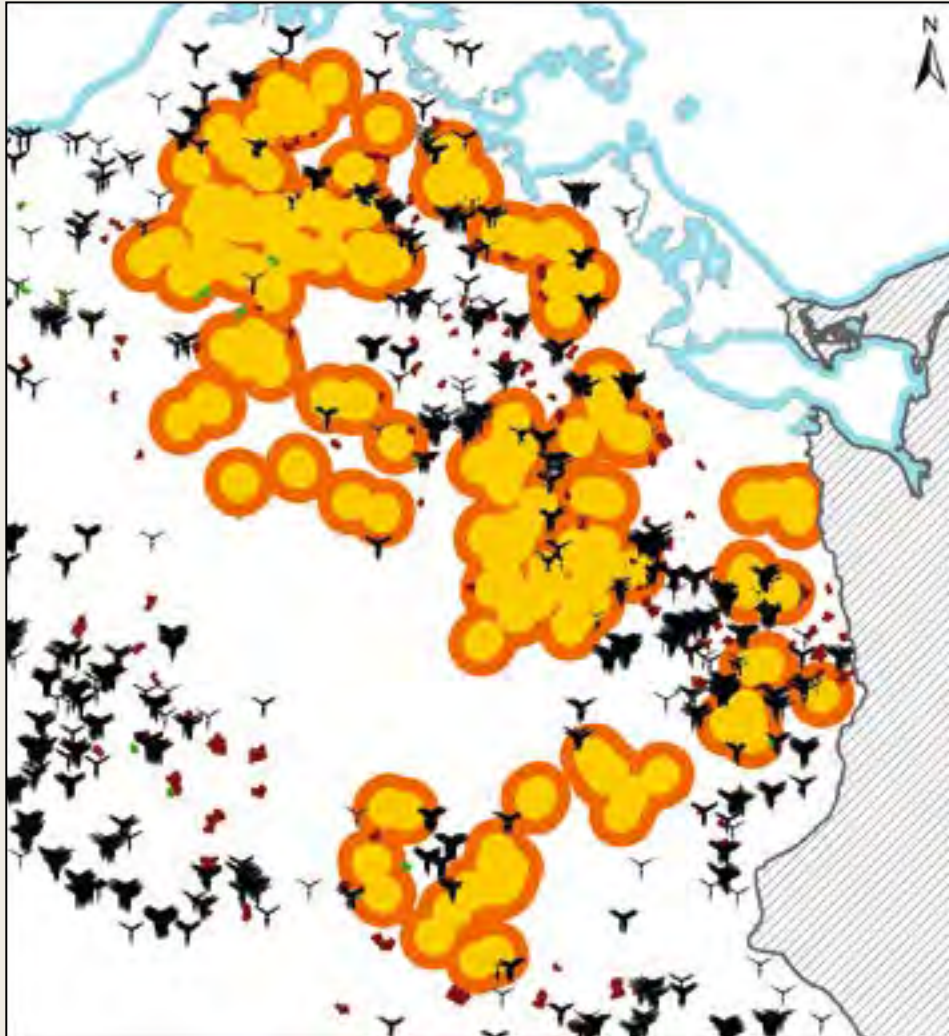
» **Um das Kraftwerk Moorburg, das ist das modernste Kohlekraftwerk in Hamburg, durch Windkraft zu ersetzen, brauchen Sie die Fläche von ganz Hamburg.«**

der Elektrostahlerzeugung oder einem chemischen Prozess relevante Mengen an Strom einzusparen, ist naturwissenschaftlich ausgeschlossen.

Der Ausbau der erneuerbaren Energien kollidiert zudem – und das ist mein eigentliches Thema – mit dem Natur- und Umweltschutz. Das liegt daran, dass wir eine sehr extensive Energieform gewählt haben. Ein Beispiel: Um das Kraftwerk Moorburg,



WINDKRAFTANLAGEN UND SCHREIADLERSCHUTZZONEN



Quellen: Regionale Planungsverbände, Landesamt für Umwelt, Naturschutz und Geologie Mecklenburg-Vorpommern, Landesamt für Umwelt, Gesundheit und Verbraucherschutz Brandenburg

Windkraftanlage
in Betrieb

0 70 140 210km

Eignungsgebiet
für Windenergie

Entwurf

bestehend, noch nicht bebaut

Entfernung zu
Schreiadlerbrutwäldern

3000 m

6000 m

fliegen, aber sie fallen hinter dem Windrad tot vom Himmel. Das nennt man Barotrauma. Ihre Lungen platzen, weil sie eben nicht wissen – dafür hat sie die Evolution noch nicht ausgestattet –, dass hinter dem Windrad ein für sie tödlicher Druckabfall herrscht. Nicht alle toten Fledermäuse finden wir direkt unter den Windkraftanlagen. Wir haben geschätzt mindestens 240 000 tote Fledermäuse pro Jahr, die den Windkraftanlagen zum Opfer fallen. Die meisten fliegen noch ein bisschen weiter und verenden dann irgendwo im Wald. Viele werden auch vom Fuchs geholt, es kann also gut sein, dass die Dunkelziffer der von Windrädern getöteten Fledermäuse um ein Vielfaches höher ist. Wir haben in Deutschland inzwischen etwa 25 000 Windkraftanlagen. Auf jedes Windrad kommen jährlich zehn getötete Fledermäuse.

Es ist also notwendig, Standorte mit hoher Fledermausaktivität – und dazu gehört natürlich der Wald – vollständig auszunehmen. Mit Abschaltzeiten alleine ist es nicht getan. Bei den Vögeln sieht das nicht weniger kritisch aus. Beim Rotmilan haben wir geschätzt über 1 000 Schlagopfer pro Jahr. Bei einem Bestand von 13 000 Exemplaren in Deutschland ist diese Zahl schon bestandsgefährdend, da das Hauptvorkommen der Rotmilane weltweit in Deutschland ist. Der Mäusebussard kommt häufiger vor, aber die Zahl der Schlagopfer ist auch entsprechend höher: rund 12 000 im Jahr.

» Es ist notwendig, Standorte mit hoher Fledermausaktivität vollständig auszunehmen. Und dazu gehört der Wald.«

Damit müssen wir irgendwie umgehen. Nur wie? Das „Helgoländer Papier“ wurde jahrelang einfach unter den Tisch fallen gelassen. Die bayerische Umweltverwaltung hat es den Vogelschutzwarten sogar untersagt, dieses Papier in die Öffentlichkeit zu bringen. Es gibt darin für jede Art eine spezielle Abstandsempfehlung zur Windkraftanlage. Für den Schreiadler zum Beispiel 6 000 Meter. Wenn Sie das hochrechnen, können Sie Mecklenburg-Vorpommern für Windenergie vergessen. Das macht aber natürlich niemand. Für den Rotmilan werden 1 500 Meter Abstand zum Horst empfohlen, Prüfbereich 3 000 Meter. Wenn man von den drei Kilo-

metern ausgeht, dann dürften auf 27 Quadratkilometern rund um einen Horst eigentlich keine Windanlagen stehen. Natürlich sind alle Ländererlasse unterhalb dieser Empfehlung.

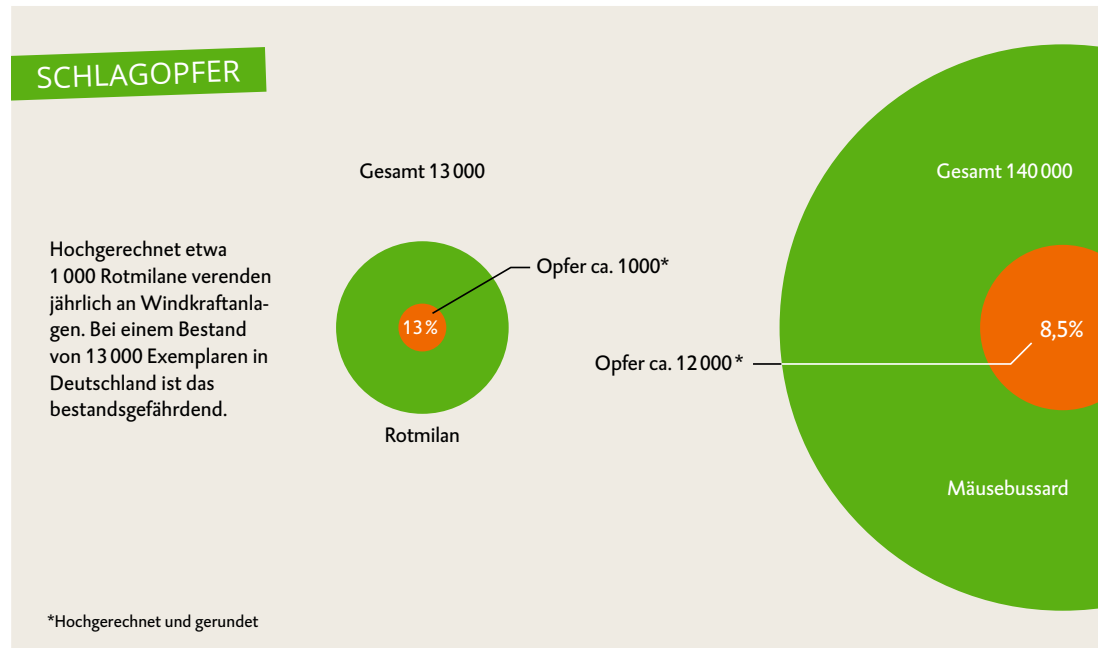
Ich will das am Schreiadler deutlich machen. Der Rückgang bei dieser Vogelart ist dramatisch, wir haben insgesamt nur noch etwa 100 Brutpaare in Deutschland. Natürlich geht es dabei nicht nur um die Windenergie. Die Windenergie kommt zur Habitatzerstörung durch den Grünlandumbruch und durch die Forstwirtschaft hinzu. Wenn man die Standorte der Schreiadlerhorste mit den Planungen für Windkraftanlagen in Mecklenburg-Vorpommern vergleicht, dann sieht man, dass die beiden weder mit drei Kilometern Abstand – die wir fordern – noch mit 1,5 Kilometern miteinander in Einklang zu bringen sind. Insofern wird das noch eine interessante Auseinandersetzung werden.

Politische Fehlentscheidungen

Mein Vorredner hat davon gesprochen, dass man Naturschutz und Demokratie vereinbaren müsse. Das ist richtig, aber vielleicht in einem anderen Sinne, als er gemeint hat. Wir erleben als Deutsche Wildtier Stiftung mit, was sich an Graswurzel-Bürgerinitiativen in Deutschland gebildet hat. Wir bekommen jede Woche zig Anfragen. Es gibt mittlerweile knapp 1 000 Bürgerinitiativen, die sich natürlich hauptsächlich wegen der Beeinträchtigung ihrer Wohnverhältnisse – die mich hier an dieser Stelle nicht zu interessieren haben – aber darüber hinaus eben auch für den Schutz der Natur engagieren. Bei Umfragen befürworten 80 Prozent der Bundesbürger die Aussage: „Für den Ausbau der Windenergie sollten generell keine Waldgebiete verschwinden oder zerschnitten werden.“

Wir kommen nicht umhin festzustellen, dass es ein schwerer Fehler der grünen Politik war, als Renate Künast 2002 gesagt hat: „Jeder Landwirt wird ein Energiewirt“. Damals dachten alle, dass wir jetzt sozusagen aus jedem Maiskorn und aus jedem Weizenkorn in Deutschland Sprit machen sollten. Das war aus meiner Sicht für den Naturschutz eine der fatalsten Fehlentscheidungen der letzten 20 Jahre. Der Maisanbau vor allem für Biogasanlagen hat dramatisch zugenommen, Maisflächen und Biogasanlagen prägen heute die Landkarte. Das lässt sich nicht einfach wieder zurückdrehen, hier sind rechtmäßige Investitionen getätigt worden. Vor allem in Ostdeutschland, in Brandenburg, ist das besonders dramatisch. »





Es geht dabei auch um das Verhältnis zwischen Grünland und Mais. Der Index mit dem schönen Namen „BraGrüMa-Index“, der das Verhältnis von Brache und Grünland zu Mais darstellt, zeigt: In den neunziger Jahren gab es noch 80 Prozent Brache und Grünland. In den vergangenen 20 Jahren ist der Grünlandanteil dann immer mehr zurückgegangen, während der Maisanteil rapide zunahm. Die Konsequenzen sehen wir in den Bestandstrends der deutschen Brutvogelarten: Es gibt einen drastischen Abwärtstrend. Das ist ein Alarmsignal, und es müsste eigentlich für jede grüne Partei ein Alarmsignal sein, man müsste aufstehen und sagen: „Stopp, sofort, Ende!“ Das höre ich aber nicht.

Stattdessen geht es immer weiter. Gerade wieder haben wir die dramatischen Meldungen aus Borneo gelesen, wo wegen des Palmöls die Wälder abbrennen, mitsamt der Orang-Utans, die dort vielleicht noch zu Hause sind. Wo bleibt der Aufschrei der Naturschutzverbände in Deutschland, die sagen: „Haltet ein, wir verbrennen dort im Augenblick den Naturschatz Borneos!“? Da müsste es einen Ruck geben, aber der WWF macht etwas anderes: Er zertifiziert Palmölverarbeiter. Er vergibt Siegel. Und dann kann Unilever sagen: „Super, diese Öl-

saat setzen wir bei uns als nachhaltige Ölsaaten ein.“ Ich finde, von so etwas sollte man sich als Naturschutzverband fernhalten.

Die Angst vorm Klimawandel

Warum machen wir Menschen so etwas? Warum nehmen wir die Zerstörung der Natur in Deutschland durch erneuerbare Energien in Kauf? Weil wir glauben, dass ausschließlich CO₂ für die Erwärmung der Erdatmosphäre verantwortlich ist. Und weil wir eine angstgetriebene Energiepolitik haben, die die CO₂-Verminderung als einzige Zielkoordinate sieht. Es hat in der Erdgeschichte natürliche Erwärmungen gegeben, genauso wie es auch natürliche Abkühlungen gegeben hat. Etwa in der kleinen Eiszeit vor 300 bis 400 Jahren, als es den Menschen sehr schlecht ging, weil es ein Grad Celsius kälter war als zuvor. Im Jahre 1000, das steht sogar im Weltklimabericht, war die Erde genauso warm wie heute. Wie hat das die Erde damals geschafft, ganz ohne menschengemachtes CO₂?

Richtig ist: Die Temperatur ist gestiegen, allerdings in Zyklen. Der CO₂-Gehalt in der Atmosphäre ist auch gestiegen, von 0,028 auf 0,038 Volumen-

» Maisflächen und Biogasanlagen prägen heute die Landkarte. Das lässt sich auch nicht einfach wieder zurückdrehen.«

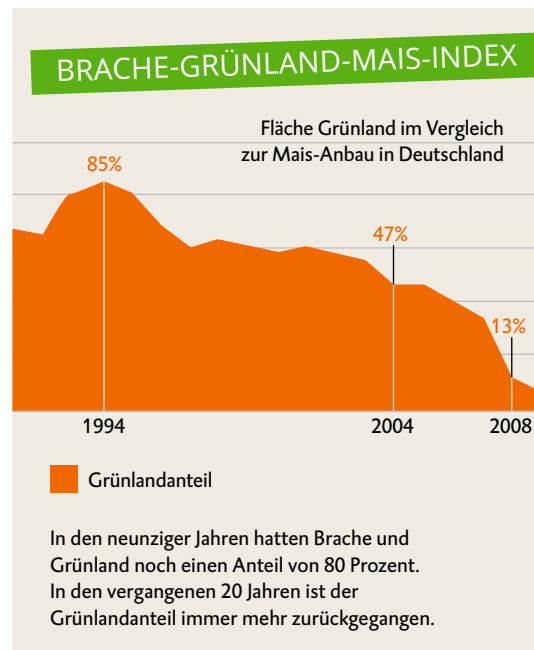
prozent. In der gleichen Zeit hat aber auch die Aktivität der Sonne zugenommen wie schon seit tausend Jahren nicht mehr. Jetzt ist die Frage, was davon verantwortet der Mensch und was die Sonne? Dem IPPC zufolge verantwortet der Mensch 95 Prozent, die Sonne fünf Prozent. Das kann man zwar auch anders sehen. Aber so sind die Modelle. Die Modelle sagen, dass die Temperatur immer weiter steigt. Aber was hat die Temperatur in den letzten 17 Jahren gemacht? Sie tut den Modellen keinen Gefallen, sie folgt ihnen nicht.

Spätestens an dieser Stelle müsste man einhalten und fragen: „Könnte es sein, dass die Modelle nicht ganz korrekt sind?“ Seit 1960 ist die atmosphärische CO₂-Konzentration kontinuierlich gestiegen. Zwischen 1960 und 1980 ist die Temperatur allerdings nach unten gegangen. *Der Spiegel*, eigentlich alle Medien, sahen damals schon eine Kleine Eiszeit kommen. Es gibt nur einen Zeitraum, zwischen 1970 und 2000, in dem CO₂- und Temperaturanstieg parallel verlaufen sind. Davor nicht und danach auch nicht mehr.

Es muss also eine Kraft geben, die dem CO₂, das ohne Zweifel ein Klimagas ist, entgegenwirkt, eine natürliche Kraft. Und die gibt es auch. Es ist die Sonne und es sind die ozeanischen Zyklen. Wer weiß schon, dass der Atlantik sich seit etwa fünf Jahren abkühlt? Wie kann das sein, wo doch das CO₂ immer weiter ansteigt und das Klima angeblich immer wärmer macht? Es geht um ozeanische Zyklen, die alle 60 Jahre zwischen Warm- und Kaltphase wechseln. Der Zyklus geht von plus 0,8 Grad bis minus 0,6 Grad Veränderung der Meeresoberflächentemperatur, viel mehr als das, was wir jetzt auf dem Schirm haben. Das zeigt sich auch in der Temperaturentwicklung: Immer dann, wenn die Ozeane in einer negativen Phase sind, steigt sie nicht so stark. In den letzten 20 Jahre befanden sie sich in einer sehr starken Warmphase und haben also das Geschehen dominiert. Dass wir bis 2030 eine Abkühlung, zumindest eine Stagnation sehen werden, ist relativ sicher.

Wer rettet die Welt?

Welchen Beitrag leisten wir in Deutschland? Es ist unser ambitioniertes Ziel, den CO₂-Ausstoß zu vermindern. Leider muss man feststellen, dass das, was wir hier mit riesigem Aufwand tun – die Zerstörung von Waldgebieten mit Inkaufnahme von erheblichen negativen Nebeneffekten –, durch den erhöhten CO₂-Ausstoß in China in drei Monaten wettgemacht wird. Es ist nämlich nicht so, dass die uns folgen. Es folgt uns kaum jemand. Der CO₂-Ausstoß in China wird bis 2035 um 40 Prozent weiter ansteigen. Sie werden die Energieeffizienz zwar verbessern, aber noch fünfmal das drauf packen,



was Deutschland insgesamt emittiert. Indien liegt im Augenblick bei 29 Prozent des weltweiten CO₂-Ausstoßes. Und wir in Deutschland glauben, dass wir die zwei, drei Prozent Anteil, die wir am weltweiten Gesamtausstoß des CO₂ haben, durch eine Vorreiterrolle verändern müssen, koste es, was es wolle. Angesichts einer solchen Bestandsaufnahme müssen wir uns fragen, ob es wirklich möglich ist, sozusagen im Alleingang die Welt zu retten. Und wenn es nicht möglich ist, wie rechtfertigen wir dann, dass wir für diese nicht zu schaffenden Ziele die Natur zerstören? In zehn Jahren werden wir uns womöglich fragen, wer uns in solch eine angstgetriebene Energiepolitik hineingetrieben hat. Wieso haben wir für unseren hektischen und unbedachten Aktivismus so viel an Natur geopfert? Jetzt ist noch Zeit innezuhalten. «

PROF. DR. FRITZ VAHRENHOLT

war bis 1997 Umweltsenator der Freien und Hansestadt Hamburg und ist seit dem 1. August 2012 Alleinvorstand der Deutschen Wildtier Stiftung. Außerdem ist er Honorarprofessor an der Universität Hamburg im Fachbereich Chemie.

Prof. Vahrenholts Ansatz, aus der aus seiner Sicht gebotenen Relativierung des Einflusses der CO₂-Emissionen auf die globale Klimaentwicklung ein Plädoyer für etwas weniger Tempo und Dringlichkeit des Ausbaus der erneuerbaren Energien und damit das Abwägungsgebot abzuleiten, dort, wo es aus Gründen des Artenschutzes geraten ist, also insbesondere im Wald, auf den weiteren Ausbau von Windenergie zu verzichten, empfinde ich als überzeugend und auch für diejenigen, die seine Prämisse nicht teilen, jedenfalls argumentativ konsequent.

Dr. Jörg Soehring ist Rechtsanwalt und Mitglied des Präsidiums der Deutschen Wildtier Stiftung.

Zielkonflikt: Energiewende und Naturschutz

Dass sich unsere Stromnachfrage an die zufälligen Wind- und Sonnenlichtdargebote anpassen ließe, ist eine Wunschvorstellung. Wir müssen eine jahres- und tageszeitenunabhängige Stromgrundlast bereitstellen. Ausweislich der Einspeiseganglinien geht in Deutschland die Leistung aller Solar- und Windanlagen zusammengekommen über manchmal bis zu dreißig Tage lang auf weniger als vier Gigawatt zurück. Wir brauchen aber mehr als 40 Gigawatt zur Darstellung unserer Grundlast. Wenn Kern- und fossile Energie wegfällt, müsste also etwa die im Vergleich zu heute zehnfache Windverstromungskapazität bereitgestellt werden, es sei denn nachts scheint in Zukunft die Sonne. Bei durchschnittlichen Winddargeboten wäre dann der größte Teil der Windanlagen außer Betrieb zu nehmen, um die Netze nicht zu überlasten. Der nicht eingespeiste Strom wäre aber dennoch nach EEG an die Windradbetreiber zu vergüten – auch deshalb, weil auf dem staatlich garantierten Einspeisevorrang die Refinanzierung der Investition aufgebaut ist. Nun könnte man Strom in Windüberschusszeiten speichern, um ihn in windarmen Zeiten abzurufen. Allerdings ist nach wie vor das wirkungsgradgünstigste Speichermedium mit 70 bis 85 Prozent das Pumpspeicherwerk. Alle Pumpspeicherwerke in Deutschland zusammengekommen bieten bei gefüllten oberen Becken eine Blackoutüberbrückung von etwa 20 Minuten. Sie dienen deshalb auch nur noch als Schwarzstartfähigkeit und sind somit für die Energieversorger ein fünftes Rad am Wagen. Für zehn Tage Windflaute brauchte man also die 720-fache der gegenwärtigen Pumpspeicherkapazität. Das ist jenseits jeder Realität. Alle weiteren Speichermöglichkeiten – Batterien, adiabate Druckluftspeicher, power-to-gas usw. – weisen entweder nicht darstellbare Kosten oder so enorme Wirkungsgradverluste auf, dass es ökonomischer ist, den Überschussstrom

gar nicht erst zu erzeugen. Speicher in der benötigten Dimension sind also reine Utopie.

Dies heißt: Für die Grundlast brauchen wir auch weiterhin regelbare Kraftwerke, die bei Windflaute hoch- und bei Wind wieder herunterfahren. Da allerdings hemmungslos weitere Windräder gebaut werden und sich jedes neue Windrad genau dann dreht, wenn sich die anderen auch drehen, und genau dann stillsteht, wenn die anderen auch stillstehen, liegen die Täler der Volatilitätskurve zwar zwischen immer steileren Hängen, ihre quasi-Nullstellen verschwinden jedoch nicht. Daher muss eine regelbare – fossil oder nuklear betriebene – Kapazitätsreserve so bemessen sein, dass sie jederzeit Deutschland allein, das heißt ohne Wind und ohne Sonne, mit Strom versorgen kann. Mit anderen Worten: Wir können kein einziges Kraftwerk stilllegen, das nicht auch ohne Wind- und Solarstrom bereits Reserve wäre.

Da die Reservekraftwerke keinen Strom einspeisen dürfen, wenn das Netz bereits durch Strom aus alternativen Quellen besetzt ist, müssen sie für den sporadisch gelieferten Strom insgesamt etwa genauso viel Geld vom Kunden verlangen, wie sie sonst für 8.760 Stunden pro Jahr konstante Leistungsabgabe erhalten hätten. Da dies nicht darstellbar sein wird, steuern alle durch den Einspeisevorrang der alternativen Verstromer benachteiligten Kraftwerksunternehmen auf die Pleite zu, und der Staat wird sie schließlich übernehmen und die Defizite aus Steuergeldern abdecken müssen. Bis jetzt hat sich eine Verbindlichkeit von etwa 450 Milliarden Euro nur infolge des EEG bis zum Jahr 2035 angehäuft – dazu kämen dann noch die Mehrausgaben für die Kapazitätsreserve, die in zwei Jahren eine Gesamteinnahme der herkömmlichen Kraftwerke ausmachen, wenn diese ihre Produktion um 50 Prozent drosseln müssen.

Arnold Vaatz war von 1992 bis 1998 Sächsischer Staatsminister für Umwelt und Landesentwicklung und ist seit 2002 stellvertretender Vorsitzender der CDU/CSU-Bundestagsfraktion.

Der Konflikt um die Windkraftanlagen existiert schon aus der Problemlage heraus auch beim BUND. Unsere Leute kommen hauptsächlich aus dem eigentlichen Naturschutz, aus dem Artenschutz. Dort wird oft emotional diskutiert, aber trotzdem arbeiten wir dazu sehr sachlich und ergebnisorientiert.

Zu den Beispielen, die Harry Neumann genannt hat: Wenn die Zahlen alle wirklich stimmen, dann sind das Windkraftprojekte, die wir als BUND, aus Bundessicht und auch ich aus meiner hessischen Sicht, ablehnen würden. Wir sagen eben nicht vorbehaltlos: „Windkraft ist uns so wichtig im Rahmen der Energiewende, dass wir den Naturschutz beiseite schieben.“ Auch der BUND Hessen hat schon eine Klage gegen Windkraft eingereicht. Der BUND – das kann ich für den Bundesverband und für Hessen ganz konkret sagen – ist dafür, dass die Windkraft ausgebaut wird, wir sagen aber ganz deutlich: Das muss planerisch unter größtmöglicher Berücksichtigung des Naturschutzes vorbereitet sein. Es darf nicht so sein wie in Rheinland-Pfalz, wo alles offen ist für Windkraftanlagen, weil es keine landesplanerischen Grundlagen für Vorrang- beziehungsweise Ausschlussgebiete für die Windkraft gibt.

Wir wollen flächenmäßig eine massive Beschränkung. Und die ausgewählten Windvorrangflächen sollen natürlich auf

die Naturschutz- und Artenschutzaspekte Rücksicht nehmen und immer alle noch einmal im Einzelfall geprüft werden.

Was mir am Vortrag von Herrn Vahrenholt ehrlich gesagt gar nicht gefallen hat, war die Frage, warum wir Deutschen so blöde und besessen sind, in die Energiewende und die Windkraft hineinzurennen, und die Behauptung, wir würden global sowieso kaum eine Rolle spielen und unterm Strich würde das gar nichts nützen. Als BUND sind wir der Meinung, man sollte immer für Verbesserungen antreten, auch wenn es vielleicht erst einmal nicht viel nützt. Wir verzeihen doch auch nicht in Deutschland auf den Vogelschutz, weil wir wissen, dass die Zugvögel im Balkan alle abgeschossen werden. Natürlich machen wir trotzdem Vogelschutz in Deutschland und beteiligen uns gleichzeitig an den Aktionen, um den Vogelmord dort, wo die Zugvögel abgeschossen werden, zu verhindern. Das gehört doch zusammen, und genauso gehören für mich auch Naturschutz und Energiewende zusammen. Und selbst wenn die ganzen Bemühungen in Deutschland weltweit betrachtet noch zu keinem Milligramm CO₂ weniger geführt haben, heißt das doch nicht, dass wir hier nichts mehr machen, um CO₂-Emissionen einzusparen. Sondern das heißt, wir müssen uns auch darum kümmern, dass sich weltweit etwas ändert.

Jörg Nitsch ist stellvertretender Vorsitzender des Bundes für Umwelt und Naturschutz Deutschland e.V. (BUND).

Die Tatsache, dass Windkraftanlagen in deutschen Wäldern für die globale CO₂-Bilanz bestenfalls irrelevant sind und ein „Klimaschutzbeitrag“ allein schon wegen der Deckelung der Emissionen auf europäischer Ebene sowie aufgrund der quantitativen Dimensionen zwingend auszuschließen ist, hat er Herr Fücks verleugnet. So erübrigt sich die Suche nach Konzenstridoren.

Dr. Nikolai Ziegler
ist Vorsitzender der
Initiative „Vernunftkraft“.

Michael Mierschs Auftakt-Haken gegen das sogenannte Waldsterben beziehungsweise die damals vorherrschende Hysterie hat auch bei mir gesessen. Herrje, wie waren wir damals betroffen! Und wir waren nicht nur betroffen, wir waren besessen von einer vermeintlich drohenden Apokalypse.

Aber hatte diese Hysterie nicht auch positive Seiten? Ich denke an seither veranlasste Maßnahmen zur Reinhaltung der Luft, welche die Emissionen der Industrie und des Kraftverkehrs in der Republik deutlich reduziert haben; auch der Umbau der Fichtenmonokulturen in naturnahe Mischwälder ist letztlich dem gesellschaftlichen Druck zu verdanken und einer, wenn auch überzogenen, allgemeinen Betroffenheit. Ich frage mich, ob ähnliches gerade in der Energiewende passiert. Vielleicht heiligte der Zweck tatsächlich die Mittel. Dass manche der Mittel – etwa Windkraftanlagen am falschen Platz oder der Handel mit Emissionsrechten – gründlich überdacht werden müssen, hat Fritz Vahrenholt eindrucksvoll deutlich gemacht.

Dass die weltweite Klimaerwärmung vor allem den erhöhten Sonnenaktivitäten geschuldet sein soll und weniger den menschlichen Aktivitäten, ist jedoch schwer nachzuvollziehen. Die Klimaerwärmung, die Prof. Vahrenholt ja nicht bestreitet, ist ein komplexes Phänomen mit vielen Wechselwirkungen. Zu diesen Wechselwirkungen gehört es auch, dass sich die Stratosphäre, also die Schicht über der erdnahen Troposphäre, offenbar schon seit Jahren abkühlt, was wiederum ein Indiz dafür ist, dass die Ursachen für die Klimaerwärmung unterhalb der Stratosphäre zu suchen sind.

Till Meyer ist Journalist, Filmemacher und Buchautor.

Gibt es ein besseres Klassenzimmer als die Natur?

Die Deutsche Wildtier Stiftung setzt sich nicht nur für den Erhalt und den Schutz von Lebensräumen für heimische Wildtiere ein. Zusammen mit Partnern führt sie mit Kindern und Jugendlichen Projekte zur Naturbildung durch. Denn nur was man kennt, schützt man.



Spendengelder an die Deutsche Wildtier Stiftung werden zu 100 % ohne Abzug von Verwaltungskosten und Kosten für die Öffentlichkeitsarbeit für Wildtier- und Naturschutzprojekte verwendet.

Mehr Informationen erhalten Sie unter
www.DeutscheWildtierStiftung.de

Spenden Sie unter:
Bank für Sozialwirtschaft
IBAN: DE63 2512 0510 0008 4643 00
BIC: BFSWDE33HAN

**Alle Achtung
vor unseren Tieren.**

